This is a digital copy of a book that was preserved for generations on library shelves before it was carefully scanned by Google as part of a project to make the world's books discoverable online.

It has survived long enough for the copyright to expire and the book to enter the public domain. A public domain book is one that was never subject to copyright or whose legal copyright term has expired. Whether a book is in the public domain may vary country to country. Public domain books are our gateways to the past, representing a wealth of history, culture and knowledge that's often difficult to discover.

Marks, notations and other marginalia present in the original volume will appear in this file - a reminder of this book's long journey from the publisher to a library and finally to you.

Usage guidelines

Google is proud to partner with libraries to digitize public domain materials and make them widely accessible. Public domain books belong to the public and we are merely their custodians. Nevertheless, this work is expensive, so in order to keep providing this resource, we have taken steps to prevent abuse by commercial parties, including placing technical restrictions on automated querying.

We also ask that you:

+ *Make non-commercial use of the files* We designed Google Book Search for use by individuals, and we request that you use these files for personal, non-commercial purposes.

+ *Refrain from automated querying* Do not send automated queries of any sort to Google's system: If you are conducting research on machine translation, optical character recognition or other areas where access to a large amount of text is helpful, please contact us. We encourage the use of public domain materials for these purposes and may be able to help.

+ *Maintain attribution* The Google "watermark" you see on each file is essential for informing people about this project and helping them find additional materials through Google Book Search. Please do not remove it.

+ *Keep it legal* Whatever your use, remember that you are responsible for ensuring that what you are doing is legal. Do not assume that just because we believe a book is in the public domain for users in the United States, that the work is also in the public domain for users in other countries. Whether a book is still in copyright varies from country to country, and we can't offer guidance on whether any specific use of any specific book is allowed. Please do not assume that a book's appearance in Google Book Search means it can be used in any manner anywhere in the world. Copyright infringement liability can be quite severe.

About Google Book Search

Google's mission is to organize the world's information and to make it universally accessible and useful. Google Book Search helps readers discover the world's books while helping authors and publishers reach new audiences. You can search through the full text of this book on the web at `http://books.google.com/`

Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

Nutzungsrichtlinien

Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

+ *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.

+ *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.

+ *Beibehaltung von Google-Markenelementen* Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.

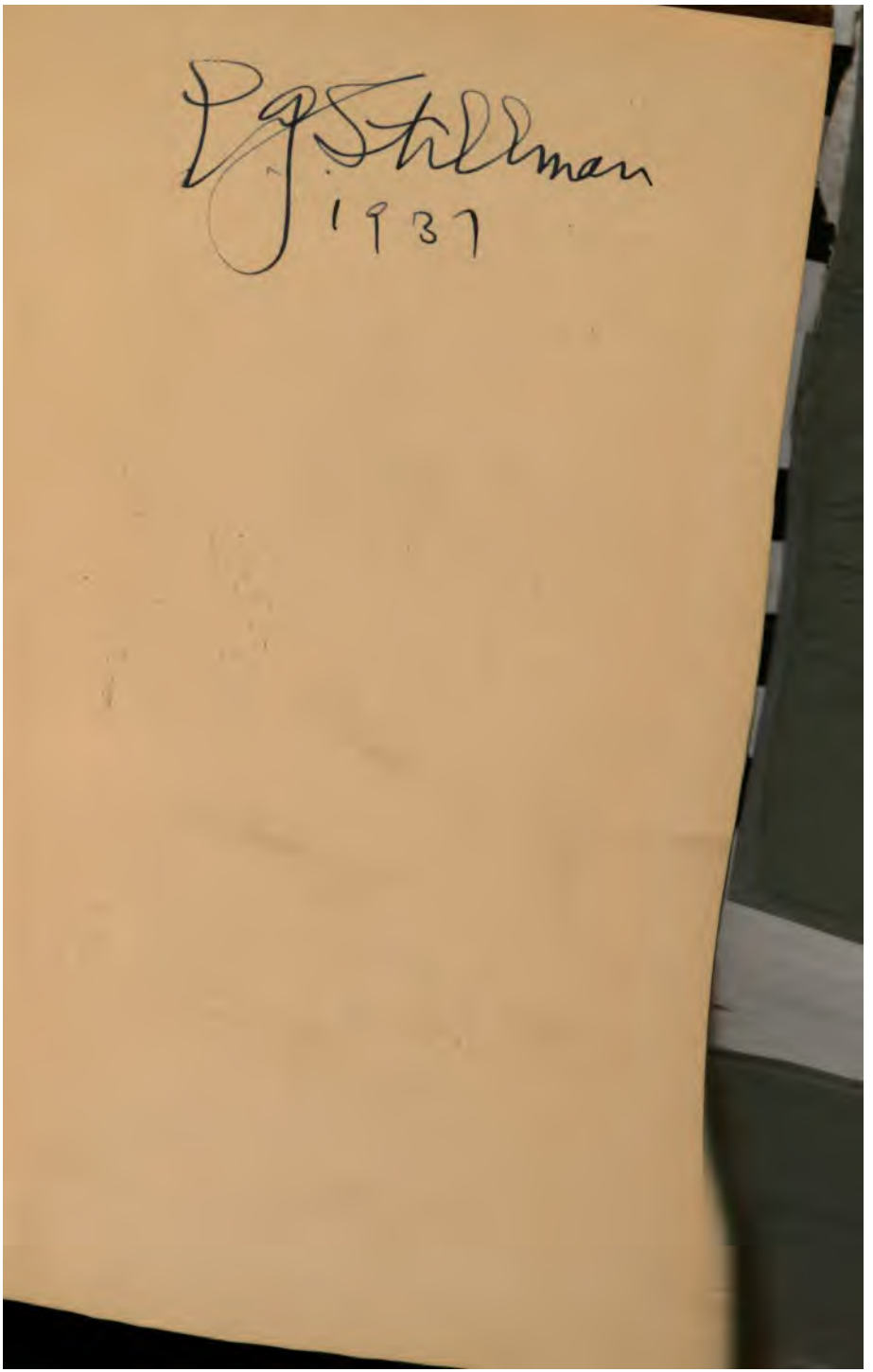
+ *Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität* Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

Über Google Buchsuche

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter `http://books.google.com` durchsuchen.

00.3.55

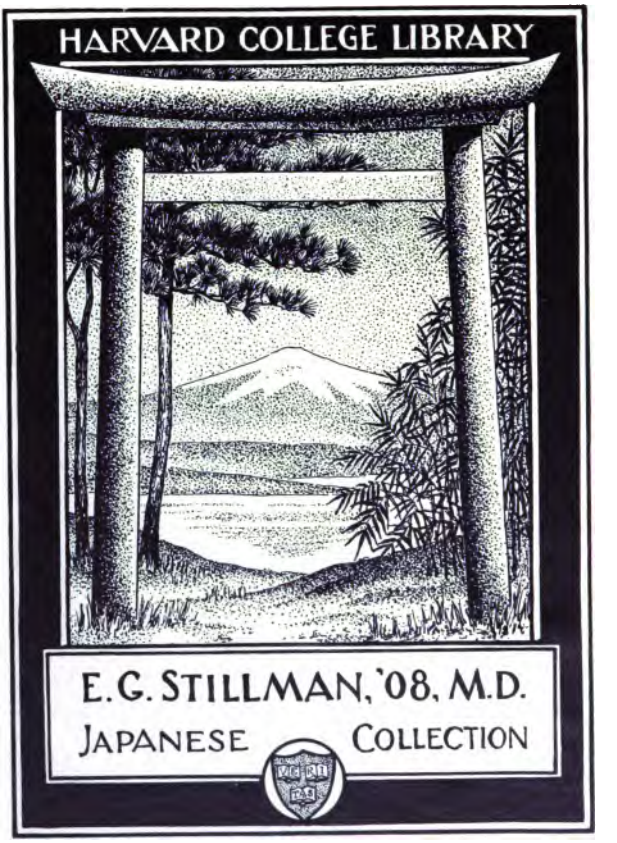
~~9.3.55~~

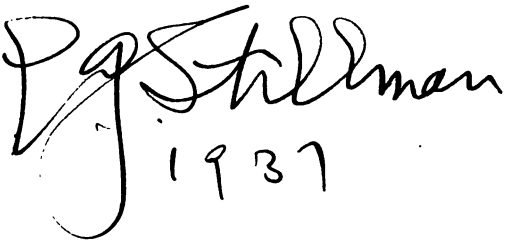

P. J. Stillman
1937

1333

Jpn 700.3.55

~~Jap 700.3.55~~




1937

Nach dem englisch-japanischen Bündnis

Nach dem englisch-japanischen Bündnis

von

Dr. Hans Plehn

Berlin
Verlag von Karl Curtius
1907

Rezensions-Exemplar.

Jpn 700.3.55
~~Jpn 700.3.55~~
✓
HARVARD COLLEGE LIBRARY
GIFT OF
ERNEST GOODRICH STILLMAN
1942

Vorwort.

Die nachfolgenden Studien und Beobachtungen sind während eines dreijährigen Aufenthalts in London gemacht worden. Die Absicht war, die gegenwärtige weltpolitische Lage aus ihren historischen Ursachen zu erklären, einen Abriß der Geschichte der Weltpolitik zu geben, soweit eine zeitgenössische Geschichtschreibung eben möglich ist. Es ergab sich aus der Natur der Dinge, daß die ostasiatischen Verhältnisse in den Vordergrund gestellt wurden und daß das englisch-japanische Bündnis, das der gegenwärtigen Weltlage die Signatur gibt, zum Ausgangspunkt gewählt wurde. Die Grundlagen und Ursachen der weltpolitischen Verhältnisse der Gegenwart ließen sich bei Japan, Rußland und den Vereinigten Staaten am besten durch eine geschichtliche Übersicht ihrer Politik entwickeln. Bei England schien es dagegen zweckmäßig, eine andere Methode zu wählen. Die gesellschaftlichen, politischen und psychologischen Faktoren, die der englischen Politik zugrunde liegen und deren Kenntnis zum Verständnis der englischen Politik notwendig ist, sind in der neuen deutschen Literatur nicht im Zusammenhange dargestellt worden, so daß es sich empfahl, ein Gesamtbild davon zu entwerfen. Hierbei ist den Erörterungen über

die öffentliche Meinung und die Presse ein ziemlich breiter Raum eingeräumt worden. Denn wenn in der Gegenwart die Bedeutung der öffentlichen Meinung und der Presse in allen Ländern gestiegen ist, so doch am meisten in England; und der Politiker kann diesen bedeutenden politischen Mächten seine Aufmerksamkeit nicht entziehen. So schien es dem Verfasser im Interesse einer objektiven und ruhigen Beurteilung der englischen Politik zweckmäßig, diese Dinge in größerer Ausführlichkeit zu behandeln.

London, im April 1907.

Inhaltsverzeichnis.

Erster Teil.

Seite

1. Der Ursprung der Weltpolitik 1
2. England und Japan 10
3. Wirtschaftliche und soziale Verhältnisse in Japan . 30
4. Rußland in Asien 45
5. Die auswärtige Politik der Vereinigten Staaten . . . 59
6. England und Amerika 74

Zweiter Teil.

7. Grundlagen der auswärtigen Politik Englands . . . 91
   I. Gesellschaft und Politik 91
   II. Auswärtige Politik und Parlament 101
   III. Auswärtige Politik und öffentliche Meinung . . 109
   IV. Zentralisation und Dezentralisation in der auswärtigen Politik 131
   V. Radikalismus und Imperialismus 141
   VI. Politische Motive 154

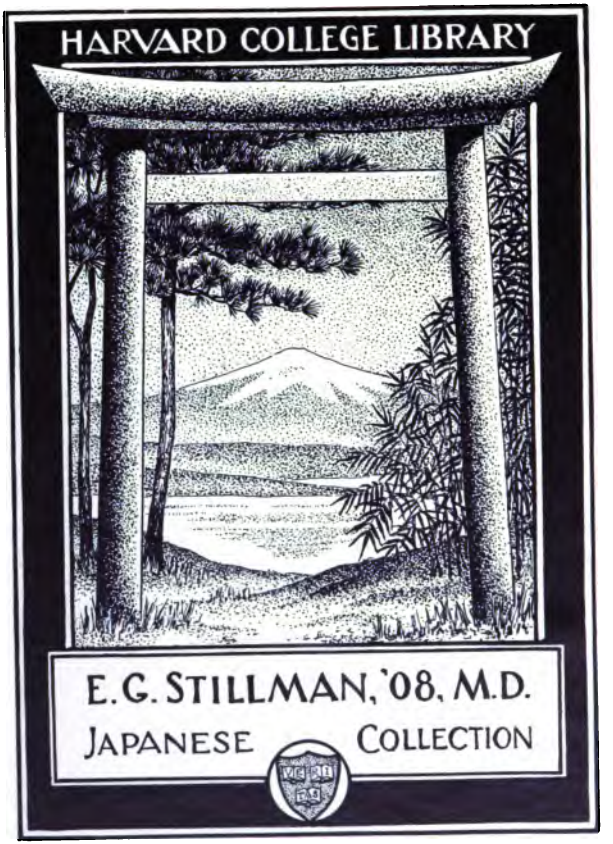
Dritter Teil.

8. Korea und die Mandschurei 167
9. Probleme des Pacific 185
10. Japan und seine Nachbarn 202

1333

Jpn 700.3.55

~~Jap 700.3.55~~



P G Stillman
1937

Nach dem englisch-japanischen Bündnis

standskraft Chinas und die Existenz einer asiatischen Macht, die bisher kaum beachtet worden war, und die jetzt daran ging, die Halbinsel Liautung von dem chinesischen Reiche loszureißen. Dieser Stoß, den Japan auf den ostasiatischen Kontinent führte, traf mittelbar Rußland; sofort erfolgte ein russischer Gegenstoß; die Bewegung teilte sich den übrigen europäischen Mächten mit und erreichte schließlich auch die Vereinigten Staaten von Amerika. Dort in China erschloß sich ein weites Feld politischer und wirtschaftlicher Möglichkeiten; und wenn China nicht mehr sein eigener Herr sein konnte, so war die Frage, unter wessen Herrschaft es geraten sollte. Die Motive der Mächte waren dieselben wie einst bei der Teilung Polens oder bei der Aufteilung Afrikas, nämlich das Gleichgewicht untereinander aufrecht zu erhalten. Diesen Motiven wird immer nur von denjenigen Nationen (oder später von ihren Geschichtsschreibern) die Berechtigung abgesprochen, die bei einer solchen Teilung leer ausgegangen sind, und dann pflegt das politische Argument durch moralische Entrüstung ersetzt zu werden. Soll das Gleichgewicht der Staaten aufrecht erhalten werden, so kann keiner ruhig zusehen, wenn die andern ihre Macht unverhältnismäßig vergrößern. Das gilt von der Vermehrung ihrer wirtschaftlichen Bedeutung ebenso wie von ihrer politischen Macht, und es gilt auch von dem Zuwachs an politischem Prestige allein. So ist auch Deutschland nicht mehr in der Lage, sich mit der Rolle des Schillerschen Dichters zu bescheiden und zu warten, bis die Welt wieder einmal weggegeben ist.

Weltpolitik in Ostasien

In China vollzog sich die Entwicklung in wesentlich anderer Weise als in Afrika. Anstatt daß

China in europäische Interessensphären aufgeteilt oder in Kolonien zerschlagen worden wäre, wurde Peking einer der bedeutendsten Brennpunkte der europäischen Politik. In Peking rivalisierten die Mächte, nicht nur die Großmächte, sondern auch die kleinen Staaten wie Belgien, die an der wirtschaftlichen Ausbeutung Chinas ihren vollgemessenen Anteil haben wollten. In Peking spiegelte sich die europäische Situation wieder, wie sie sich in den kritischen Phasen der orientalischen Frage in Konstantinopel wiedergespiegelt hatte. China war eines jener Länder, die zur Eroberung oder zur politischen Beherrschung oder zur wirtschaftlichen Ausbeutung einluden; es wurde zu einem politischen Mittelpunkt, um den sich die rivalisierenden Mächte gruppierten. Um solche Zentren politischer Schwäche, deren staatliche Fortdauer nur von der Eifersucht und Zwietracht der benachbarten Mächte abhängt oder abzuhängen scheint, haben sich die europäischen Staatensysteme gebildet. In diesem Verhältnis standen im 15. und 16. Jahrhundert die italienischen Staaten zwischen Frankreich, Deutschland und Spanien; im 17. und 18. Jahrhundert Polen zwischen Schweden, Preußen, Rußland und der Türkei; durch den Dreißigjährigen Krieg geriet Deutschland in eine ähnliche Lage, und in dem heutigen Europa bietet das türkische Reich eine Analogie.

Die europäische Politik wurde mit allen ihren vielfältigen Interessen und Gegensätzen nach China projiziert. Aber es blieben nicht mehr die europäischen Mächte allein, die sich um China als politisches Zentrum gruppierten; dort im fernen Osten erfuhr das europäische Staatensystem eine Erweiterung, indem Japan und Amerika ihm beitraten. Vom

europäischen Standpunkt betrachtet, bestand die neue Lage zunächst, Mitte der neunziger Jahre, wesentlich darin, daß jenes neue politische Zentrum nicht nur außerhalb Europas, sondern auch recht weit weg von der natürlichen strategischen Basis der europäischen Mächte lag. Freilich war auch das nichts absolut Neues. Das 18. Jahrhundert hatte ähnliche Bildungen gesehen. Auch damals reichte die europäische Politik weit über das Festland hinaus. In drei Gebieten besonders kreuzte sich die Politik der Mächte, die an den überseeischen Unternehmungen teilgenommen hatten, in Indien, Westindien und Nordamerika.

Weltpolitik des 18. Jahrhunderts

Es ist durchaus berechtigt, das 18. Jahrhundert als eine Zeit der Weltpolitik zu bezeichnen. Aber damals so wenig wie heute bestand die Weltpolitik darin, daß die Mächte den Hans in allen Gassen spielten, daß sie „eine öde Weltpolitik trieben, die überall dabei sein muß", wie Wilhelm II. es prägnant ausgedrückt hat. Es waren sehr große und sehr konkrete Interessen, die Spanien, Holland, Frankreich und England über See zu verteidigen hatten. Der Siebenjährige Krieg ist nicht allein in Deutschland, sondern auch in Indien und Nordamerika geführt worden; man denke an Napoleons ägyptischen Feldzug, an seine indischen Pläne und die Expedition, die er nach Australien plante. Kurz vor dem Ende jener Epoche schrieb der Göttinger Historiker Heeren in der Vorrede zu seinem „Handbuch der Geschichte des europäischen Staatensystems und seiner Kolonien", das i. J. 1809 erschien: Der Forscher entdecke in der Vergangenheit „die Aussicht zu einer größeren und herrlicheren Zukunft, wenn er statt des beschränkten europäischen Staatensystems

des verflossenen Jahrhunderts, durch die Verbreitung europäischer Kultur über ferne Weltteile und die aufblühenden Pflanzungen der Europäer jenseits des Ozeans, die Elemente zu einem freieren und größeren, sich bereits mit Macht erhebenden Weltstaatensystem erblickt: ein Stoff für den Geschichtsschreiber kommender Geschlechter".

Weltstaatensystem

Dahin sind wir nun, ein Jahrhundert später, gelangt. Das europäische Staatensystem ist zu einem Weltstaatensystem geworden. Nicht nur, daß nun wirklich beinahe der ganze bewohnte Teil unseres Planeten in den Bereich der internationalen Politik einbezogen worden ist; seitdem die Vereinigten Staaten und Japan in das Konzert der Mächte eingetreten sind, besteht das politische System nicht mehr allein aus europäischen Staaten. Faßt man das Ganze ins Auge, so ist Weltpolitik eben die Politik der Weltstaaten; vom Gesichtspunkt des einzelnen Staates ist es die Politik überseeischer Interessen. Das klingt feierlich nüchtern und anspruchslos, während das glücklich geprägte Wort: Weltpolitik die Einbildungskraft der Nationen in Bewegung setzte und sie ideelle Werte neben den materiellen Interessen schaffen ließ.

Französische, deutsche, amerikanische Weltpolitik

Für England war das Wesen der Weltpolitik als einer Politik überseeischer Interessen seit Jahrhunderten nichts Neues mehr; für England bestand das Neue der Entwicklung darin, daß auch andere kontinentale Mächte seinem Beispiel zu folgen begannen. Und die Engländer nahmen das nicht ausschließlich in dem Sinne ihres Sprichwortes auf, daß Nachahmung die wirksamste Form der Schmeichelei wäre. Das bis dahin isolierte Gebiet ihrer eigenen Weltpolitik wurde mehr und mehr in den Kreis

der allgemeinen politischen und wirtschaftlichen Interessen und Berechnungen hineingezogen. Das ebenfalls lange isoliert gebliebene Gebiet der russischen Weltpolitik dehnte sich überall aus und näherte sich in Persien, Afghanistan und dem fernen Osten den englischen Interessensphären. Frankreich, das nach der Zertrümmerung seines alten Kolonialreiches in den napoleonischen Kriegen mehrere Anläufe gemacht hatte, neue Kolonien zu erwerben, war das erste Land, das bald nach 1880 in die Epoche der modernen Kolonialpolitik eintrat. Etwas später erschien Deutschland auf dem Plan, und schließlich die Vereinigten Staaten.

Deutschland und Amerika

Zwischen der Entwicklung Deutschlands und Amerikas herrscht ein auffälliger Parallelismus. Ihrer politischen Entwicklung nach lag beiden Nationen der Übergang zur Weltpolitik ferner, nicht nur als England, sondern auch als Rußland und Frankreich, deren geschichtliche Traditionen ihnen fehlten. Vorläufer des Imperialismus hatte es in beiden Ländern gegeben, in Deutschland Männer des Gedankens wie Friedrich List, in Amerika Männer der Tat wie die Präsidenten und Staatssekretäre, die das Gebiet der Union ausdehnten oder auszudehnen versuchten. In beiden Ländern aber kam die entscheidende Wendung, der Wille zur Weltpolitik, der Entschluß, daß die Geschicke der Welt nicht von den anderen Mächten allein entschieden werden sollten, weniger von unten als von oben. Die deutsche wie die amerikanische Weltpolitik ist schwer denkbar, wenn man von den Persönlichkeiten Kaiser Wilhelms und Präsident Roosevelts und von ihrer werbenden Kraft für die neuen Ideen absehen wollte. Der Parallelität ihrer

nationalen Lage und Bedürfnisse, ihrer Notwendigkeit, Weltpolitik zu treiben, entspricht in merkwürdiger Weise die politische und persönliche Wahlverwandtschaft ihrer Herrscher. Und um die Parallelität noch vollständiger zu machen, so stellten in beiden Ländern die Parlamente das retardierende Element in dieser Entwicklung dar. Wie in Deutschland der Reichstag, so war in Amerika der Senat schwerer zur Weltpolitik zu bekehren als die Nation; und auch die Motive waren bei beiden Parlamenten die gleichen, nämlich konstitutionelle Bedenken, um der Exekutive den Zügel nicht frei zu geben.

Weltpolitik und europäische Politik

Betrachtet man die neue Entwicklung vom europäischen Standpunkt, so findet man, daß die Bedeutung der Weltpolitik ebenso oft unterschätzt als überschätzt wird, während daneben die europäische Politik entweder zu sehr in den Vordergrund gerückt, oder zu sehr ignoriert wird. Ein amerikanischer Schriftsteller ging vor einigen Jahren so weit, auszurufen: was bedeute für die Welt der Zerfall Österreich-Ungarns gegenüber dem Aufsteigen einer neuen Welt im Pacific! Dieser Überschätzung der Weltpolitik hatte der ostasiatische Krieg vielleicht neue Nahrung gegeben. Dann aber kam die Marokkokrise, und plötzlich schwang sich der Schwerpunkt der internationalen Politik wieder nach Westen. Durch die Ausdehnung des Staatensystems über die Kreise Europas hinaus und durch die engere Verflechtung der Weltstaaten miteinander haben sich neue Brennpunkte der Politik gebildet; aber daneben sind auch die alten Brennpunkte bestehen geblieben, und bald gewinnen die einen, bald die andern den Vorrang. Im 17. und 18. Jahrhundert gab es nicht ein, sondern zwei europäische

Staatensysteme, ein westliches und ein östliches; erst durch den Siebenjährigen Krieg wurden beide durch Preußen, das am Rhein mit Frankreich und an der Ostsee mit Schweden, Polen und Rußland grenzte, verbunden, bis sie schließlich eng miteinander verwuchsen. So haben wir heute nebeneinander ein europäisches und ein Weltstaatensystem, die noch nicht völlig miteinander verwachsen sind, so sehr sich auch ihre Berührungsflächen vergrößert haben. Neben den Problemen des fernen Ostens und des Pacific bestehen die Probleme der europäischen Politik und die des nahen Orients, und für die Vereinigten Staaten die Probleme Mittel- und Südamerikas. Je nach der allgemeinen Konstellation bleiben die einzelnen Probleme isoliert oder greifen ineinander über. So eng sind aber ihre gegenseitigen Beziehungen bereits geworden, daß man weder die europäischen Probleme über den weltpolitischen übersehen darf, noch die weltpolitischen über den europäischen, und daß man stets alle Möglichkeiten ihrer vielfältigen Wechselwirkung in die politische Berechnung einstellen muß.

2. England und Japan.

Die ostasiatischen Fragen haben mehr als alles andere dazu beigetragen, das europäische Staatensystem zu einem Weltstaatensystem zu entwickeln. Die weltpolitische Lage hat ihre gegenwärtige Gestalt durch den japanisch-russischen Krieg und das englisch-japanische Bündnis erhalten. Eine Betrachtung der Politik der Weltstaaten und der wich-

tigsten Probleme der Weltpolitik wird demnach in Ostasien ihren natürlichsten Ausgangspunkt finden.

Anerkennung Japans als zivilisierten Staats

Lange Zeit hindurch hatte die auswärtige Politik Japans kaum ein anderes praktisches Ziel gekannt, als eine Revision der Verträge zu erreichen, die es mit dem Auslande geschlossen hatte. Alle diese Verträge, die aus den 50er und 60er Jahren des vorigen Jahrhunderts stammten — der früheste war der amerikanische von 1854 — enthielten eine Klausel, die den japanischen Stolz tief kränkte. Es war das Privileg der Exterritorialität der Fremden in Japan. Danach standen die Fremden, die sich in Japan niedergelassen hatten, nicht unter der japanischen Gerichtsbarkeit, sondern unter der Gerichtsbarkeit der Konsuln ihres Landes. Wider ihren Willen hatten die Japaner die Isolierung, in der sie bisher gelebt, aufgeben, einige Häfen dem internationalen Handel öffnen und Fremden den dauernden Aufenthalt gestatten müssen; noch widerwilliger aber ertrugen sie jene Beschränkung ihrer Gerichtshoheit. Seitdem sie einmal auf ihre Abgeschlossenheit verzichtet und sich den Kultureinflüssen des Westens hingegeben hatten, konnten sie es nicht verwinden, von den großen Nationen des Westens als ein unzivilisiertes Volk betrachtet und behandelt zu werden, dem man die Gerichtsbarkeit über die Fremden vorenthielt. Wenn sie sich aber um die Revision der Verträge bemühten, so erhielten sie zur Antwort, erst sollten sie ihr Recht reformieren. In dem alten Japan gab es keinen Unterschied zwischen Verwaltung und Gerichtsbarkeit, zwischen Straf- und Zivilrecht; das Verfahren war so willkürlich wie in China, die Gesetzbücher wurden geheim gehalten, und man

bediente sich der Tortur. Mit außerordentlicher Energie und Anpassungsfähigkeit setzten es die Japaner durch, während eines Menschenalters ihre politischen Institutionen nach westlichem Vorbilde umzuformen. Nachdem sie auch ihr Recht und ihre Gerichtsverfassung auf das Niveau europäischer Anforderungen erhoben hatten, erreichten sie endlich das Ziel ihrer Wünsche.

Kurz vor der Jahrhundertwende kam Japan in die Lage, sich den Nationen des Okzidents wirklich gleichberechtigt zu fühlen. Es erhielt gewissermaßen das Diplom als zivilisiertes Volk. Die Revision der Verträge erfolgte, die Exterritorialität der Fremden wurde aufgehoben; ein Amerikaner, der wenige Stunden nach dem Beginn der neuen Ära einen Mord begangen hatte, war der erste Weiße, der von Richtern gelber Rasse in legaler Form zum Tode verurteilt wurde.

Anerkennung Japans als Großmacht

Nur wenige Jahre darauf trat Japan als vollberechtigtes Mitglied in den Kreis der Großmächte des Westens ein. England erkannte es als bündnisfähig an. Zum erstenmal geschah es, daß eine europäische mit einer asiatischen Macht auf der Grundlage völliger Gleichheit ein Schutz- und Trutzbündnis abschloß. An vielen Orten in Europa und noch mehr in den europäischen Kolonien in Ostasien machte das auf das Rassegefühl einen ebenso tiefen Eindruck, wie vor Jahrhunderten auf das religiöse Gefühl der Christenheit, als König Franz von Frankreich ein Bündnis mit dem türkischen Großherrn einging. In der Empfindung, daß die weiße Rasse solidarisch der gelben Rasse gegenüberstehen müßte, waren Franzosen, Deutsche, Spanier, Portugiesen, Belgier, die im

fernen Osten lebten, während des Krieges fast ohne Ausnahme prorussisch; auch die angelsächsischen Australier wünschten den russischen Waffen den Sieg. In Europa gewöhnte man sich indes bald daran, Japan als eine Großmacht wie die anderen auch zu betrachten; das gefühlsmäßige Moment mußte hinter die politische Beurteilung der Dinge zurücktreten.

Europäisierung Japans

Japan hatte eine ungeheuer rasche Entwicklung hinter sich. Im Jahre 1854 durchbrach der amerikanische Kapitän Perry zuerst die Abgeschlossenheit des Inselreiches. 1868 begann die konstitutionelle Revolution, die mit dem Feudalwesen aufräumte, die Monarchie wiederherstellte und an Stelle der feudalen Zersplitterung einen modernen Einheitsstaat schuf. Es geschah nicht ohne Opposition, nicht ohne bewaffneten Widerstand; zwischendurch fanden Ausbrüche der alten Fremdenfeindschaft statt, die neue Verwicklungen mit dem Auslande herbeiführten. Aber der Gedanke, die Fremden gewaltsam zu vertreiben, erlosch; neue Häfen wurden dem Handel und der Einfuhr des Westens geöffnet; die Japaner begannen selbst den Westen aufzusuchen und zu studieren. In wenig mehr als zwanzig Jahren war das gesamte gesellschaftliche und politische System des Landes umgestaltet. Die großen Feudalherren verzichteten auf ihre Rechte wie der französische Adel in der Nacht des 4. August 1789; eine monarchische Verwaltung wurde eingerichtet, das Schul- und Bildungswesen europäisiert. Schon im Jahre 1872 wurde die allgemeine Wehrpflicht eingeführt, das feudale Heerwesen durch eine Organisation nach deutschem Vorbilde ersetzt, ein Heer- und ein Marineministerium

geschaffen, Werften, Arsenale und moderne Befestigungen in Angriff genommen. Man baute Eisenbahnen und Telegraphen, richtete ein modernes Postwesen ein; man gründete Dampferlinien, führte den Impfzwang und den europäischen Kalender ein, und i. J. 1890 wurde das erste japanische Parlament eröffnet.

Der Krieg mit China

Im Jahre 1895 legte Japan seine erste Probe als moderner Militärstaat ab; im Jahre 1902 schloß England mit ihm sein erstes Bündnis. Epochemachend aber war vor allem der Krieg mit China. Wenn auch der Friede von Shimonoseki nicht den ganzen erhofften Landerwerb brachte, so brachte er Japan etwas ein, was für das kapitalarme Land vielleicht größeren Wert hatte, als die Halbinsel von Liautung. Die Kriegsentschädigung, die China zahlen mußte, hat dem japanischen Ehrgeiz mindestens ebensoviel neue Impulse gegeben, als der moralische Erfolg seiner Siege. Die Regierung und die Nation waren voller Pläne und Entwürfe; Eisenbahnen wurden gebaut, Handel und Schiffahrt entwickelt, die junge Industrie gefördert; der Millionensegen befruchtete alle individuellen wirtschaftlichen Unternehmungen. Auch war Japan eine Kolonialmacht geworden, und es mag erwähnt werden, daß ihm seine ersten kolonialpolitischen Erfahrungen in Formosa kaum weniger Unkosten, Enttäuschungen, Mißerfolge und Verdruß bereitet haben, als den Nationen des Westens, die als Kolonialmächte ja nur wenige Jahrzehnte älter waren. Zugleich aber waren die Regierung und die oberen Klassen, deren Gewicht in der japanischen Politik bis jetzt allein in die Wagschale fällt, entschlossen, eine Großmachtstellung zu erringen. Das Budget von 1896/97 zeigt

Japan wird militärische Großmacht

zum ersten Male das gewaltige Anschwellen des Heeres- und Flottenetats. In dem kurzen Zeitraum von 1893/94 bis 1897/98 haben sich die Ausgaben für Heer und Flotte mehr als verzehnfacht. Schon der chinesische Krieg hatte die vortreffliche Organisation, die physischen und moralischen Leistungen der Truppen, die taktischen und strategischen Fähigkeiten der Führer bewiesen. Aber das war doch nur ein Krieg in kleinem Maßstabe gewesen. Japan besaß kein einziges Kriegsschiff und fürchtete sich vor den beiden chinesischen Panzerschiffen von 7000 Tons; selbst das japanische Heer war nach europäischen Begriffen keine Größe, die zu fürchten gewesen wäre. Die chinesische Kriegsentschädigung gewährte Japan die materielle Voraussetzung, eine militärische Großmacht zu werden. Aber dies hätte nicht in so kurzer Zeit geschehen können, wenn nicht die moralischen Voraussetzungen bereits vorhanden gewesen wären. An militärischem Instinkt und an militärischer Begabung übertreffen die Japaner die anderen Völker des fernen Ostens ebensosehr wie an nationalem Stolz. Beides ist eine Folge des Feudalsystems, das bis über die Mitte des vorigen Jahrhunderts in Japan herrschte, und dessen Geist auch unter den veränderten politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnissen fortwirkt. Japan war so viele Jahrhunderte lang ein militärisch organisiertes Reich gewesen, daß die Japaner eine ebensolche natürliche Fähigkeit für das Heerwesen geerbt haben, wie die Chinesen für den Handel; und ihr militärischer wie ihr nationaler Ehrgeiz wurde durch die Erfolge des chinesischen Krieges und die Enttäuschungen des Friedens von Shimonoseki mächtig angespornt.

Expansionstendenzen

Der Krieg mit China brachte die ostasiatischen Probleme in Fluß. Überall wurden die japanischen Siege so verstanden, daß ein starker Expansionsdrang Japans, so schwer man ihn anfangs genauer definieren konnte, entfesselt wäre. Die Richtung der japanischen Expansionstendenzen deutete zugleich auf den Ozean und auf den asiatischen Kontinent. Formosa wurde eine japanische Kolonie. Korea wurde von der bisherigen chinesischen Suzeränität befreit, und das hieß offenbar so viel, als daß Japan dort die Rolle Chinas übernehmen wollte. Die Halbinsel Liautung wollte Japan von China losreißen, und nur dadurch, daß Rußland, Deutschland und Frankreich ihm in den Arm fielen, wurde dieser Anfang zu einer Aufteilung Chinas verhindert. Wie erklärlich, gingen die Expansionsideen der Nation über die konkreten Pläne der Regierung weit hinaus. Aus jener Zeit stammen die Ideen, einen panasiatischen Bund unter Japans Führung zu bilden, oder alle buddhistischen Völker um Japan zu scharen, Asien wirtschaftlich wie politisch zu einer ausschließlichen Domäne der Asiaten zu machen. In so phantastischem Gewande diese Ideen zum Teil auch auftraten, so schien es doch plötzlich, als ob sie, im Verein mit den Siegen über China, das Fundament der europäischen Interessen in Ostasien erschüttert hätten. In dem französischen Indo-China, in Australien, in Niederländisch-Indien und in dem spanischen Kolonialreich entstand eine nicht geringe Erregung. Spanien schloß noch im Jahre 1895 eine Konvention mit Japan, worin die älteste und die jüngste Kolonialmacht vereinbarten, ihren beiderseitigen Besitzstand zu respektieren. Aber welche Pläne immer die Japaner damals im

Pacific gehabt haben, die Vereinigten Staaten kamen ihnen zuvor: die Philippinen und Hawai fielen in die Hände Amerikas. Gegen die Annexion Hawais erhob die japanische Regierung Protest, aber er wurde nicht beachtet. Im Süden und Osten war den Expansionsplänen somit eine Schranke gezogen, und Japans Interessen erhielten um so mehr die Richtung nach Westen auf das Festland, wohin sie schon durch die unmittelbaren Folgen des Krieges mit China gewiesen worden waren. Aus dem chinesischen Kriege entsprang der Gegensatz Japans zu Rußland.

Der russisch-japanische Gegensatz

In einem Teil namentlich der englischen Presse ist der japanisch-russische Gegensatz auf den Eingriff Rußlands, Frankreichs und Deutschlands vom Jahre 1895 zurückgeführt worden, der Japan „der legitimen Früchte seiner Siege beraubte", d. h. die Japaner verhinderte, die Halbinsel Liautung zu okkupieren. Indes ist der Gegensatz zwischen Japan und Rußland weit älteren Datums. Das Vordringen der russischen Macht in Asien hat die Japaner schon Ende des 18. Jahrhunderts beunruhigt. Schon damals schrieb ein japanischer Publizist über die russische Gefahr. Um 1850 gab es bereits eine antirussische Literatur in Japan. Schon 1806 hatte sich Rußland im Norden der Insel Sachalin festgesetzt; später erfolgten neue Vorstöße am Amur und die Gründung von Wladiwostok. Rußland allein unter den europäischen Völkern — so schrieben die japanischen Publizisten — bedrohe die Freiheit Japans, da es sein unmittelbarer Nachbar wäre und eine strategische Basis in der Nähe Japans besäße. Die Abtretung von Sachalin an Rußland (1875) mit ihrem Fisch-

reichtum und ihren Kohlenlagern, wofür Japan die wertlosen Kurilen eintauschte, rief in Japan eine außerordentliche Erbitterung hervor. Man beobachtete die Ausdehnung des russischen Besitzes in Asien mit Furcht und Mißtrauen. Man schrieb den Russen Absichten auf die Insel Jezo zu. Im Jahre 1861 okkupierten die Russen vorübergehend die seither durch die Seeschlacht berühmt gewordene Insel Tsuschima; 1885 okkupierten sie, ebenfalls auf kurze Zeit, den koreanischen Hafen Masampho.

Der englisch-russische Gegensatz

Nun hatte Rußlands Vordringen in Asien nicht allein die Japaner beunruhigt, sondern nicht minder auch die Engländer. Der historische Gegensatz zwischen Rußland und England brachte die englischen und japanischen Interessen in eine Linie. Es war England, das die Annexion von Tsuschima hinderte; es war England, das von 1885 bis 1887 Port Hamilton okkupierte und dadurch den Rückzug der Russen aus Masampho erreichte. Es war England, das sich 1895 weigerte, der Kombination von Rußland, Frankreich und Deutschland beizutreten und Japan zum Verzicht auf die Halbinsel Liautung zu veranlassen.

England und Japan

Seitdem Japan mit den Mächten des Okzidents Handelsverträge geschlossen und einige Häfen dem internationalen Handel geöffnet hatte, begann sich englischer Einfluß in Japan geltend zu machen. England war damals noch der Weltstaat, die Welthandelsmacht schlechthin; die englische Schiffahrt allein beherrschte die Meere, und wo immer neue Handelsmöglichkeiten auftauchten, da waren es englische Interessen, die zuerst begründet wurden. Das Englische wurde die lingua franca des fernen

Ostens. In China und in Japan wurden mehrere englische Zeitungen gegründet. Wie nicht anders zu erwarten, kam der Russenhaß der Japaner den Engländern gelegen: die Engländer und die englische Presse im Orient bestärkte die Japaner in diesen Gesinnungen.

Mitte der achtziger Jahre begann, wie bemerkt, der englisch-russische Gegensatz, der sich früher nur im nahen Orient und in Zentralasien geltend gemacht hatte, auch im fernen Osten fühlbar zu werden. Der Plan der sibirischen Bahn wurde bereits erwogen. Wenn es zum Kriege zwischen England und Rußland kam, so stand schon damals ein ostasiatischer Kriegsschauplatz im Bereich der Möglichkeit. Sir Charles Dilke hielt sogar dafür, daß Rußland die ungünstigsten und England die günstigsten Aussichten hätte, wenn der Krieg an die ostasiatische Küste hinübergespielt würde; in Wladiwostok müßte Rußland sich verbluten. Mit besonderem Interesse liest man heute, daß Sir Charles Dilke schon vor zwanzig Jahren zu dem Schluß gekommen ist, daß England in Ostasien einen Bundesgenossen brauche. In erster Linie dachte er freilich an China; ein Bündnis mit China wäre für England geradezu wesentlich. Aber, meinte er, auch ein Bündnis mit Japan könnte nützlich sein; wenn England den Japanern die Insel Sachalin anböte, die Rußland leicht abgenommen werden könnte, so würden sie gewiß bereit sein, gemeinsame Sache gegen das Zarenreich zu machen. Fünfzehn Jahre später schloß England zwar nicht mit China aber mit Japan das Bündnis ab; und in dem Frieden von Portsmouth hat Japan die südliche Hälfte von Sachalin und anderes dazu erhalten.

Das koreanische Problem

Japans Sieg über China führte zu der russischen Gegenaktion, die Chinas Herrschaft über die Halbinsel Liautung aufrecht erhielt. Japan sah den Norden von China und die Mandschurei seinen Plänen verschlossen. So faßte es Korea ins Auge, ohne das Nachbargebiet ganz aus dem Blick zu verlieren. In Korea handelte es sich einmal um ein strategisches Problem. Wenn Rußland in den südlichen Häfen von Korea festen Fuß faßte, so beherrschte es mit Port Arthur und Wladiwostok die Meerenge von Tsuschima; und diese wollte Japan ebensowenig in die Macht eines möglichen starken Gegners fallen lassen, wie England die Dardanellen, die Straße von Gibraltar oder den Suezkanal. Wenn andererseits Korea von Japan beherrscht wurde, so wurde hierdurch ein Keil in den ostasiatischen Besitz Rußlands getrieben; die Küstenprovinzen und Port Arthur waren zur See voneinander abgeschnitten, und die Landverbindung konnte ebenfalls bedroht werden. Ferner lockten die wirtschaftlichen Möglichkeiten in Korea sowohl Rußland wie Japan. Auch war für beide Korea ein wichtiger Stützpunkt für Unternehmungen in Nord-China, doppelt wertvoll in dem Augenblick, wo das chinesische Problem einer baldigen Lösung entgegenzugehen schien. Aber Korea berührte aus strategischen Gründen die japanischen Interessen weit direkter und persönlicher als China selbst.

China-Politik der Mächte

China war fast unmittelbar nach dem Kriege mit Japan zu einem Mittelpunkt der Weltpolitik geworden. Vom Standpunkte der allgemeinen Politik war Korea nur eine Episode, während sich in China der dramatische Knoten schürzte. Die China-Politik der Mächte ist mehreren Wandlungen unter-

worfen gewesen. Als Japan die Halbinsel Liautung annektieren wollte, schritten Rußland, Frankreich und Deutschland ein, um diesen Beginn der Aufteilung Chinas zu verhindern. Dann aber schien es, als ob die Mächte selbst geneigt wären, China in Interessensphären aufzuteilen. Es war eine Zeit der zweiten Hälfte der 90er Jahre, wo die Presse der ganzen Welt diese Aufteilung Chinas für ganz nahe bevorstehend hielt. Wohl in den meisten Ländern, auch in England, hat man eine Zeitlang diese Politik verfolgt. Auch Japan sollte seine Interessensphäre haben, nämlich die beiden Provinzen, die Formosa gegenüber liegen. Dagegen aber wandten sich nun die Vereinigten Staaten, die seit der Annexion der Philippinen ebenfalls ein unmittelbares Interesse an der Zukunft Chinas nahmen. Die Vereinigten Staaten wären bei der Aufteilung Chinas in Interessensphären, so wie die internationale Presse sie dargestellt hatte, leer ausgegangen. So stellten sie jetzt dem Grundsatz der Aufteilung Chinas den Grundsatz der „Offenen Tür" entgegen; und als Staatssekretär John Hay dies sein Programm den europäischen Mächten vorlegte, fand er deren Zustimmung.

Das Konzert der Mächte, das sich in China gebildet hatte, hatte also formell dem Grundsatz der „Offenen Türe" zugestimmt. Der Boxeraufstand, die Belagerung von Peking und die China-Expedition, an der auch Japan teilnahm, führte die Mächte für den Augenblick enger zusammen. Aber die inneren Gegensätze traten nach Beendigung der Kriegsunruhen um so stärker hervor. Die wirtschaftspolitische Rivalität um Eisenbahn- und Bergwerkskonzessionen lebte wieder auf, und dazu

kamen neue Gegensätze politischer Natur. Rußland, das sich 1898 in den Besitz von Port Arthur gesetzt hatte, verband diesen langersehnten eisfreien Hafen durch die Zweigstrecke Port Arthur—Charbin mit seiner großen transsibirischen Bahn, benützte die Boxerunruhen zur friedlichen Durchdringung der Mandschurei und schien auf dem besten Wege, die Mandschurei von China abzutrennen und seinen ostsibirischen Provinzen einzuverleiben. Daneben übte Rußland einen großen Einfluß auf den koreanischen Hof aus.

Im geraden Gegensatz zu dieser energischen vorwärtsdrängenden russischen Politik war die englische Politik in Ostasien seit 1895 ziemlich passiv gewesen. Der englische Schriftsteller Putnam Weale bezeichnet die englische Diplomatie in Peking in dem Jahrzehnt von 1895—1904 als „einfach kläglich". Und daß in derselben Zeit von Downing-Street keine besonders starke Initiative ausging, lehrt das Kapitel, wie die Russen Port Arthur erwarben. England verhinderte nicht, daß die chinesische Regierung anderen Nationen eine lange Reihe wichtiger wirtschaftlicher Konzessionen gewährte. England selbst machte bei jener Konzessionsjagd keine besonders reiche Beute; alle wichtigen chinesischen Eisenbahnen befinden sich unter der Kontrolle anderer Nationen. Auch das politische Vordringen Rußlands in der Mandschurei wurde durch England nicht aufgehalten. England verkaufte Baumwolle. Solange die Reeder von Liverpool, die Industriellen von Lancashire und die Kaufleute von Shanghai gute Geschäfte machten, hielt sich die englische Politik in Ostasien sehr in der Reserve.

Die drei Mächte, die an der politischen Entwicklung des ostasiatischen Problems in erster Linie interessiert waren, waren England, Rußland und Japan. Die übrigen Mächte: Frankreich, Deutschland, die Vereinigten Staaten, deren Interesse wesentlich kommerzieller Natur waren, kamen erst in zweiter Reihe. Japan war entschlossen, bei der Lösung des Problems eine entscheidende Rolle zu spielen. Auch die japanische Politik hatte die Schwenkung von der Aufteilung Chinas zu dem Grundsatz der „Offenen Tür" mitgemacht. Nun schlossen, noch ehe der amerikanische Staatssekretär Hay die Zustimmung der europäischen Regierungen zu seinem Programm der „Offenen Tür" eingeholt hatte, England und Rußland ein besonderes Abkommen über ihre beiderseitigen Interessen in Ostasien. Diese Nachricht verursachte in Japan eine ungeheure Erregung; nicht weil das Abkommen der Politik der „Offenen Tür" zu widersprechen schien, sondern weil es die Möglichkeit eines friedlichen Ausgleichs zwischen den englischen und russischen Interessen in Aussicht stellte. Eine englisch-russische Kombination mußte für Japan aber noch weit gefährlicher sein, als die russisch-französisch-deutsche Kombination von 1895. Eine englisch-russische Kombination mußte Japan zu verhindern suchen; nicht England und Rußland sollten zusammenstehen, sondern Japan mit einer dieser beiden Mächte.

England, Rußland und Japan

Japan hat lange geschwankt, ob es sich Rußland oder England zuneigen sollte. In Korea schien sich in den Jahren vor 1900 ein Ausgleich anzubahnen; und wenn der politische Gegensatz zu Rußland alten Datums war, so waren doch die Beziehun-

gen beider Nationen keineswegs ausschließlich gegensätzlicher oder feindlicher Natur gewesen. Rußland selbst machte einen Versuch, einen Ausgleich mit Japan zu finden. Schon im Frühjahr 1900 hatte Rußland mit der koreanischen Regierung über die Errichtung einer Flottenstation in Masampho verhandelt, aber die japanische Diplomatie hatte den Versuch vereitelt. Rußlands Vorschlag war nun, daß Japan freie Hand in Korea haben sollte, dafür aber Rußland Masampho als Flottenstation überließe und ihm in der Mandschurei keine Opposition mehr machen sollte. Die japanische Politik mußte das ablehnen. Masampho als russische Zwischenstation zwischen Port Arthur und Wladiwostok war eine unmittelbare strategische Bedrohung Japans. Marquis Ito soll gesagt haben: „Freie Hand in Korea, während Masampho in russicher Gewalt ist, bedeutet so viel, wie eine Hand in einem Beutel voll Gold, während der Beutel dicht über dem Handgelenk fest zugeschnürt ist." Die Verhandlungen von 1900 hatten den Japanern gezeigt, daß Rußland trotz früherer Versicherungen nicht willens war, die Mandschurei zu räumen. Japan war zum Kriege gerüstet, und es wußte, daß Rußlands Rüstungen nichts weniger als vollendet waren. Es fühlte sich also in der Lage, seine Interessen im Kriege zu verfechten, vorausgesetzt daß Rußland keine Verbündeten hätte, daß die Kombination von 1895 nicht wiederkehrte. Wenn es zum Kriege kam, so mußte das russische Bündnis mit Frankreich paralysiert werden. Seit dem Jahre 1901 hatte die japanische Regierung den Krieg ins Auge gefaßt. Gleichwohl trug sie sich damals noch mit dem Gedanken, mit Rußland ein Bündnis einzugehen, das

durch den bestehenden russisch-englischen Gegensatz notwendig eine Richtung gegen England erhalten hätte. Allein Rußland, das die Japaner militärisch gewaltig unterschätzte, wies deren Annäherungen zurück. Darauf erst instruierte die japanische Regierung Viscount Hayashi in London, mit dem englischen Auswärtigen Amt in Verhandlungen zu treten. Lord Lansdowne zeigte sich geneigt, das Kabinett stimmte zu, und im Januar 1902 wurde das Bündnis geschlossen.

Das englisch-japanische Bündnis von 1902

Das Bündnis mit einer ostasiatischen Macht, von dem sich Sir Charles Dilke schon 1887 so große Vorteile versprochen hatte, fiel England wie ein unerbetenes Geschenk des Glücks in den Schoß. Die Initiative lag ganz auf japanischer Seite. Und in dreifacher Weise zog Japan aus dem Bündnis Nutzen. Wie es dessen ausdrücklicher Zweck war, einen etwaigen Krieg zwischen Japan und Rußland zu isolieren, und zu verhindern, daß andere europäische Mächte in den Zweikampf eingriffen, so bewirkte es in der Tat, daß Frankreich trotz des russischen Bündnisses, offenbar aber seinen innersten Neigungen entsprechend, neutral blieb. Zweitens sicherte das Bündnis den Japanern die Unterstützung der englischen und amerikanischen Presse und damit drittens die absolut notwendigen Anleihen auf dem englischen und amerikanischen Geldmarkt.

Von dem Augenblick an, wo der Bündnisvertrag unterzeichnet war, wollte Japan den Krieg. Nicht daß es ihn sofort gewollt hätte; ein längerer Zeitraum wäre ihm vielleicht zur Vollendung seiner Rüstungen lieber gewesen. Aber Rußland gab der japanischen Regierung eine diplomatische Gelegenheit zum Kriege, die nicht versäumt werden durfte. Auf

Graf Wittes Politik der friedlichen Durchdringung folgte unter der Statthalterschaft des Grafen Alexejew das schärfere Tempo einer militärischen Okkupationspolitik. Diese erleichterte es der japanischen Diplomatie, Rußland vor der öffentlichen Meinung der Länder, von deren Geldmarkt die ganze Aktion abhing, ins Unrecht zu setzen. Der Bündnisvertrag mit England, der ja für die Veröffentlichung bestimmt war, hatte wohl von der Erhaltung des Friedens und des status quo gesprochen; aber gerade den status quo wollte Japan verändern, Rußland weit hinter seine Stellung vom Jahre 1902 zurückdrängen, und das Mittel dazu konnte eben nur der Krieg sein. Japan war bereit, sein Programm in dem Kriege durchzufechten. Das Bündnis von 1902 aber wurde, noch ehe der Friede geschlossen war, im August 1905 auf einer breiteren Grundlage erneuert.

Das Bündnis von 1905

Der neue Vertrag unterscheidet sich in mehreren wichtigen Punkten von dem früheren. Schon nach Ablauf des ersten Kriegshalbjahrs sprach sich die japanische Presse dahin aus, daß das Bündnis doch sehr einseitig wäre, daß es England allein Nutzen brächte. Das Prestige, das Japan durch seine Leistungen im Kriege gewonnen hatte, berechtigte es, an seinen Verbündeten höhere Ansprüche zu stellen. Englands Bündnispflichten wurden in dem neuen Vertrage erweitert. Der casus foederis sollte nicht allein dann gegeben sein, wenn der eine Verbündete sich im Kriege mit mehr als einer Macht befände, sondern auch wenn er nur einer einzigen Macht mit den Waffen gegenüberstände. Als Gegenleistung von japanischer Seite wurde der geographische Bereich ausgedehnt, so daß sich die

Bündnispflichten nicht mehr allein auf Ostasien, sondern auch auf Indien erstrecken. Als Zweck des Bündnisses wurde in der Einleitung zum Vertrage folgendes hingestellt: 1. die Konsolidierung und Erhaltung des allgemeinen Friedens in den Gebieten Ostasiens und Indiens; 2. die Aufrechterhaltung der gemeinsamen Interessen aller Mächte in China, indem die Unabhängigkeit und Integrität des chinesischen Reiches und der Grundsatz gleicher Gelegenheit (opportunity) in China für Handel und Industrie aller Nationen gewährleistet wird, und 3. die Aufrechterhaltung der territorialen Rechte der vertragschließenden Mächte in den Gebieten Ostasiens und Indiens und die Verteidigung ihrer speziellen Interessen in den genannten Gebieten.

Die dritte Klausel ist natürlich die wichtigste. Die erste Klausel ist eine inhaltslose diplomatische Formel. Die zweite ist eine Erklärung zum Prinzipe der „Offenen Tür". Aber wenn die vertragschließenden Mächte erklären, die gemeinsamen Interessen aller Mächte in China vertreten zu wollen, so haben die anderen Mächte ihnen doch kein Mandat dazu übertragen. Falls also über die „gemeinsamen Interessen aller Mächte" zwischen ihnen Meinungsverschiedenheiten entstehen, so ist es klar, daß England und Japan in der Vertretung ihrer Auffassung zusammenstehen werden. Mit dem Abschluß des Bündnisses ist für ganz Ostasien und namentlich auch in Peking eine neue diplomatische Situation geschaffen, die die größte Bedeutung für die weitere Entwicklung der ostasiatischen Frage haben muß. Schon ist von amerikanischer Seite die Frage aufgeworfen worden, ob der englisch-

japanischen Kombination nicht eine Kombination der anderen Mächte entgegengestellt werden sollte. Eine bestimmte Antwort auf diese Frage zu geben, wäre natürlich verfrüht; daß aber auf dieser neuen Basis neue Kombinationen und neue Entwicklungen entstehen können, ist möglich genug. Die dritte und wichtigste Klausel erklärt als den Zweck des Bündnisses, die „territorialen Rechte" und die „speziellen Interessen" Englands und Japans zu verteidigen. Was sind nun diese territorialen Rechte und diese speziellen Interessen? Daß Japan selbst und Britisch-Indien unter den territorialen Rechten einbegriffen sind, versteht sich von selbst. Daß auch Korea dazu gehören soll, läßt sich aus den Rechten Japans in Korea schließen, die ihm von England durch den Bündnisvertrag und von Rußland durch das Friedensinstrument von Portsmouth zuerkannt sind — Rechte, die einem japanischen Protektorat über Korea gleichkommen. Vielleicht ist der Begriff der territorialen Rechte auch auf einen Teil der Mandschurei zu übertragen, deren rechtliche Verhältnisse noch so überaus unklar geblieben sind. Der Bündnisvertrag selbst spricht freilich nicht von der Mandschurei. Aber es ist kaum nötig, sich in Kombinationen darüber zu versuchen: was nicht klärlich ein „territoriales Recht" ist, kann sehr wohl ein „spezielles Interesse" sein. Die Grenzen zwischen beiden sind so flüssig, die Begriffe selbst so wundervoll elastisch, daß vielerlei darunter fallen kann, und daß nicht nur den Verhältnissen der Gegenwart, sondern auch der Zukunft in vollem Maße Rechnung getragen wird. Auch die territorialen Rechte und die speziellen Interessen, die noch während der zehnjährigen Dauer des Bündnisses

erworben werden können, werden durch den Vertrag gedeckt.

Japan als Weltstaat

Das Bündnis mit England hat Japans Stellung als Weltstaat außerordentlich konsolidieren helfen. Es sichert den Japanern jetzt noch für eine Dauer von acht Jahren die Möglichkeit, die Früchte seiner Siege zu ernten. Welches werden die Früchte sein? Es eröffnen sich für Japan Aussichten von einem ungeheuer weiten Horizont. Wie viele von diesen Aussichten sich verwirklichen werden, kann nur die Zukunft lehren. Korea und der Süden der Mandschurei ist zu erschließen und wirtschaftlich auszubeuten. Japan kann der politische und wirtschaftliche Lehrmeister Chinas werden. Die Erschließung Chinas bietet der japanischen Industrie unbegrenzte Möglichkeiten. Der politische Blick der Japaner richtet sich auf die Vorherrschaft auf dem ostasiatischen Kontinent und im Pacific. Man hört von einer ostasiatischen Monroe-Doktrin sprechen. „Machen wir es wie die Vereinigten Staaten," sagte noch während des Krieges Graf Okuma: „Sie haben zuerst Amerika okkupiert, ehe sie daran gingen, die Welt zu okkupieren. Okkupieren wir Ostasien." Die Verwirklichung dieser ehrgeizigen Gedanken ist freilich an einige Voraussetzungen geknüpft. Werden die beiden verbündeten Mächte über die Gesamtheit der ostasiatischen Probleme die unangefochtenen Schiedsrichter bleiben? Werden die politischen und wirtschaftlichen Interessen der beiden Verbündeten selbst kongruent und konvergent bleiben? Wird China sich willig der japanischen Führung anvertrauen? Wird die japanische Industrie leistungsfähig genug sein, um den ostasiatischen Wirtschaftsmarkt zu beherrschen? Dieser

letzten Frage werden wir uns zunächst zuzuwenden haben, bevor wir uns mit der Politik der übrigen Weltstaaten beschäftigen.

3. Wirtschaftliche Verhältnisse in Japan.

Wirtschaftliche Lage nach dem Kriege

Der Friede von Portsmouth hat Japan keine Kriegsentschädigung eingebracht wie der Friede von Shimonoseki. Kein Millionensegen hat diesmal die japanische Volkswirtschaft befruchtet. Die Kosten des Krieges mit China beliefen sich auf 250 Millionen Yen[1]), während die Kriegsentschädigung 300 betrug. Der russische Krieg kostete über 1800 Millionen Yen, und Rußland hat keinen Sen Kriegsentschädigung bezahlt. Zieht man die politischen und wirtschaftlichen Folgen in Betracht, die die Kriegsentschädigung von 1895 gehabt hat, so ist es klar, welchen Einfluß die Standhaftigkeit, mit der Graf Witte bei den Friedensverhandlungen von Portsmouth die geforderte Indemnität zurückwies, auf die ostasiatischen Dinge haben mußte. Die japanische Staatsschuld ist durch den Krieg von 190 auf mehr als 1500 Millionen Yen angewachsen, und außerdem ist Japan mit seinen Eisenbahnen und durch Kommunal- und Bankanleihen dem Auslande verschuldet. Die gesamten Verpflichtungen Japans an Europa und Amerika werden auf 3 Milliarden Mark, und die entsprechenden jährlichen Zinszahlungen auf 130 Millionen Mark geschätzt. Der Kredit des Landes ist also hoch belastet, und neue Kredite würde keine Nation gewähren, die kein großes Vertrauen

[1]) Ein Yen ungefähr = 2 Mark.

zu der künftigen Politik Japans besäße. Bezeichnend ist, daß die Amerikaner, die ein solches Vertrauen nicht mehr besitzen, die japanischen Werte mehr und mehr abzustoßen suchen.

Zu einer weiteren Expansionspolitik, sowohl auf wirtschaftlichem wie auf politischem Gebiete, braucht Japan vor allem eins: Kapital.

Kapitalarmut

Es liegt auf der Hand, daß Japan nicht zu den Mächten gehört, die sich eine Abrüstung leisten können, daß sein Heer- und Flottenetat nicht verringert werden kann, daß namentlich die Flotte großer Mittel bedurfte, um die Verluste und die Abnutzung vom russischen Kriege zu ersetzen. Die Steuerlast ist um 46% gestiegen, die inneren Anleihen haben die Kapitalskraft des Landes hoch angespannt. Durch das Salz-, Kampfer- und Tabaksmonopol und die Verstaatlichung der Eisenbahnen, die sich allerdings über ein Jahrzehnt hinziehen wird, erschließt sich der Staat neue Einnahmequellen; der neue Zolltarif belastet die Einfuhr höher und gewährt der Industrie einen stärkeren Schutz; durch energische Förderung von Schiffahrt, Industrie und Handel, vor allem durch Unternehmungen im Pacific und auf dem asiatischen Festland hofft man den Nationalwohlstand zu heben. Aber all das braucht Zeit. Gegenwärtig entbehrt nicht nur der Staat selbst, sondern auch die Volkswirtschaft des Kapitals. Das fremde Kapital wird aber absichtlich nach Möglichkeit ausgeschlossen. Die Ausländer dürfen zwar Nutzungsrechte am Grund und Boden, aber nicht den Boden selbst erwerben; und unter diesen Bedingungen scheut das ausländische Kapital, Anlagen in japanischen Fabriken, Bergwerken oder dergleichen zu machen.

Unter allen Nationen, die an der Zukunft Ostasiens interessiert sind, ist Japan die unbekannteste Größe. Sein schnelles Aufsteigen aus völligem politischen Dunkel zur Weltmacht erschwert alle Berechnungen über seine künftige Entwicklung. Man ist genötigt, auf die elementaren Grundlagen seiner wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse zurückzugreifen, wenn man sich ein ungefähres Bild von seiner Lage machen will.

Bevölkerung

Japan ist dichter bevölkert als das Deutsche Reich. Deutschland hatte 1905: 60,6 Millionen Einwohner, Japan i. J. 1903: 46,7 Millionen. Der Flächeninhalt Deutschlands beträgt 540 742 Quadratkilometer, der Japans 417 412. In Deutschland leben auf einem Quadratkilometer 112 Menschen, in Japan 119. Das sind natürlich Durchschnittsziffern; es gibt japanische Bezirke, wo die Zahl sehr viel höher steigt.

Landwirtschaft

Japan ist noch ganz überwiegend ein Agrarstaat. Trotz der Fortschritte, die die junge Industrie gemacht hat, ist Japan noch sehr weit davon entfernt, ein Industrie- und Agrarstaat in der Art Deutschlands zu sein. Ein unvergleichlich höherer Bruchteil der Bevölkerung als in Deutschland lebt in Japan von der Landwirtschaft. Nun kann man aber die landwirtschaftlichen Verhältnisse Japans, vom europäischen Gesichtspunkt aus, keineswegs günstig nennen. Während in Deutschland etwa 60 % der gesamten Bodenfläche der landwirtschaftlichen Nutzung dient, sind es in Japan nur 15,7 %, oder nach einer anderen Schätzung nur 13,6 %. Etwa 85 % der Bodenfläche des Landes haben sich der landwirtschaftlichen Nutzung bisher versagt. Man sieht daraus, wie dicht sich die japanische Bevölkerung auf der kultivierten Fläche zusammen-

drängen muß. Nun ist nach den Untersuchungen der japanischen Geologen etwa noch ebensoviel Land der landwirtschaftlichen Nutzung fähig, als sich jetzt im Betriebe befindet. Aber um dies Gebiet der Kultur zu erschließen, bedürfte es großer Anstrengungen, lebhaften Unternehmungsgeistes und beträchtlichen Kapitals, und an alledem scheint es zu fehlen.

Die Einfuhr von Ackerbauprodukten aus dem Auslande war bis auf die letzte Zeit geringfügig. Der Boden Japans allein hatte seine 46 Millionen Einwohner zu ernähren. Der Ackerbau muß fast alle notwendigen Nahrungsmittel erzeugen. Allerdings darf man die Erträge der Fischerei nicht vergessen. Hingegen ist die Viehzucht sehr wenig entwickelt. Wenn ihr neuerdings auf Anregung der Regierung mehr Aufmerksamkeit gewidmet worden ist, so beschränkt sich das ganz auf die Pferdezucht, und zwar nicht zu wirtschaftlichen Zwecken, sondern zur Remontierung der Kavallerie. Im Jahre 1904 betrug in Japan der Bestand an Pferden 1,4 Millionen, an Rindern 1,2 Millionen, an Schweinen 191 952, an Schafen 2799, an Ziegen 67 972. Ziehen wir zum Vergleich die deutschen Verhältnisse heran, so finden wir nach der Viehzählung von 1900: 4,19 Millionen Pferde, 18,9 Millionen Rinder, 9,6 Millionen Schafe und 16,8 Millionen Schweine. Dabei verhalten sich die Bevölkerungsziffern beider Länder ungefähr wie 3:4.

Landproletariat

Die wichtigste Ackerbaufrucht ist der Reis; daneben werden einige Getreidesorten und Hülsenfrüchte gebaut. Die ganze Bodenkultur geschieht fast ausschließlich durch Menschenhand. Zugtiere sind noch sehr wenig im Gebrauche. Der Grund-

besitz ist außerordentlich zersplittert, die landwirtschaftlichen Betriebe sind ungeheuer klein. Es sind Zwergwirtschaften, wie man sie in Europa in der Art kaum kennt. Ein sehr großer Teil der Besitzungen umfaßt nur wenige Ar. Von dem Ertrag dieser kleinen Flächen lebt nicht allein die Familie des Besitzers. Fast jeder Besitzer hat eine größere oder kleinere Anzahl von Landarbeitern und Arbeiterinnen. Die Landarbeiter erhalten, außer der Kost, als Jahreslohn 3 Koku = 390 kg Reis. Die halben Ruhetage der Arbeiter sind selten. In einigen Dörfern erlaubt man ihnen zur Neujahrsfeier ein bis zwei Wochen zu ihren Familien zurückzukehren; am ersten Februar müssen sie zu ihren Herrn zurück; sie nennen das „in die Hände der Teufel zurückkehren". Der Jahreslohn der Arbeiterinnen ist die Hälfte von dem der Arbeiter, und sie haben noch weniger Ferientage.

Übervölkerung

Japans Bevölkerung vermehrt sich jährlich ungefähr um eine halbe Million. Das Land leidet also an Übervölkerung, und sein Landproletariat bietet ein schwieriges soziales Problem. Beides beruht auf Landarmut, und zwar ist es in ähnlicher Weise eine relative Landarmut wie in Rußland. Die japanische Regierung hat ganz richtig erkannt, daß das Problem der Übervölkerung zum guten Teil gelöst wäre, wenn die Anbaufläche vergrößert werden könnte. Aber der japanische Kleinbesitzer, und der Arbeiter noch mehr, hängt mit ungeheurer Zähigkeit an den Wirtschaftsmethoden, die sie von der Urväterzeit überkommen haben. Pioniere neuer landwirtschaftlicher Methoden sind allerorten die Großgrundbesitzer gewesen, und Großgrundbesitz ist in Japan kaum vorhanden. Mit so großer Sorg-

falt auch der Acker bestellt wird, so wenig ist es eine intensive Wirtschaft. Die Wirtschaftsgeräte der Japaner unterscheiden sich kaum von denen, die die Ägypter unter den Pharaonen gehabt haben. Die Regierung bemüht sich durch Versuchsstationen, Wanderlehrer usw. die Zustände zu bessern; aber es wird Zeit brauchen, ehe sich namhafte Erfolge bemerklich machen können. Die Japaner, die nach Kalifornien ausgewandert sind und dort von den Amerikanern gelernt haben, haben es in ihrem Adoptivvaterlande als Landwirte zu Wohlstand gebracht; in Japan selbst aber beläuft sich der Wert der landwirtschaftlichen Erzeugnisse pro Kopf der Bevölkerung im Jahre etwa auf 40 Mark. Es versteht sich von selbst, daß jeder Vergleich der japanischen Verhältnisse mit europäischen nur einen sehr relativen Wert hat, daß die Lebenshaltung und die Lebensansprüche ungeheuer verschieden sind, daß der Japaner noch bedürfnisloser ist wie der neapolitanische Lazzarone.

Auswanderung

Gleichwohl ist es klar, daß auf diese Verhältnisse das Caprivische Wort zutrifft: entweder müssen Waren exportiert werden oder Menschen. Entweder bedarf Japan einer starken Auswanderung oder einer Industrie, die dem Überschuß der Bevölkerung neue Erwerbsgelegenheiten bietet. Die Auswanderung ist nicht sonderlich groß. In den Jahren 1900 bis 1904 war die höchste Zahl der erteilten Auslandspässe 41 339 (i. J. 1900). Die Zahl der Japaner im Auslande wurde 1904 auf etwa 300 000 angegeben; davon kamen in runden Ziffern 75 000 auf China und Korea, ebensoviel auf die Vereinigten Staaten[1]); 70 000 auf Australien, 65 000 auf

[1]) Der amerikanische Zensus gibt 86000 an.

Hawai, 12000 auf Kanada, Mexiko und Südamerika und 2600 auf die Philippinen. Unter den Gründen des russischen Krieges ist häufig die Notwendigkeit genannt worden, ein Reservoir für das Überströmen des Bevölkerungszuwachses zu schaffen; und da Australien und Amerika der asiatischen Einwanderung unfreundlich gesinnt sind, sollte das ostasiatische Festland ganz besonders in Betracht kommen. Aber bisher hat sich weder der japanische Landarbeiter noch der Bauer zur Auswanderung nach Korea oder der Mandschurei bereit finden lassen; was nach dem Kontinent auswandert, sind Händler, Handwerker und gewerbliche Unternehmer. Eine wirkliche Massenauswanderung hat nur nach Hawai stattgefunden, wo sie in dem amerikanischen Zuckerbau Beschäftigung finden. Die ländlichen Klassen werden nicht von dem Auslande angezogen, sondern von den heimischen Städten und Fabriken.

Industrie

Japan hat sich erst seit verhältnismäßig kurzer Zeit auf die Industrie geworfen und hat erklärlicherweise das Stadium des Übergangs noch nicht überwunden. Das alte japanische Handwerk und Kunsthandwerk, dessen Erzeugnisse einen wohlverdienten Ruhm genießen, beruhte auf einer ähnlichen Arbeitsverfassung, wie sie in Europa vor dem Aufkommen der großen Industrien und des Fabrikwesens bestand. Es war eine Organisation, die sich an die Familie anschloß, und es war ein handwerksmäßiger Betrieb. Nun hat sich die Industrialisierung Japans mit solcher Schnelligkeit vollzogen, daß sie zwar die alte Arbeitsverfassung zum guten Teil zerstört, aber noch keine gleichwertige Organisation an ihre Stelle gesetzt hat. An die Stelle der Handwerker sind die Fabrikarbeiter getreten, deren Zahl

sich bereits auf eine halbe Million beläuft. Ein Landproletariat bestand bereits. Die Aussicht auf neue Arbeitsgelegenheit in den Fabriken zog große Massen in die Städte, und neben dem ländlichen gibt es jetzt ein städtisches Proletariat. Die Beschreibungen dieser Verhältnisse weichen voneinander ab. Einige Schriftsteller berichten nur von den besten Fabrikseinrichtungen, den besten Schulen, den besten Hospitälern, die man ihnen in Japan gezeigt hat; andere berichten von Zuständen, die an die Anfänge des Industriesystems in England im 18. Jahrhundert erinnern. Der Kapitalismus, so sehr er sich noch in den Anfängen befindet, hat ein städtisches Proletariat erzeugt, und dies Proletariat bietet einen geeigneten Nährboden für die sozialistischen Ideen, die von Europa herüberströmen.

Arbeiterfrage

Die erste Voraussetzung für eine junge Industrie, die den Wettbewerb mit den alten Industrien des Westens aufnehmen könnte, ist die Lösung der Arbeiterfrage. Man hat immer hervorgehoben, und es als eine besondere Gefahr der japanischen Konkurrenz bezeichnet, daß die japanische Arbeit so ungemein billig sei. Es fragt sich aber immer, in welchem Verhältnis die Arbeitsleistung zu dem Arbeitslohne steht. Und nach übereinstimmenden Zeugnissen ist der Arbeitslohn im Vergleich zu der dafür geleisteten Arbeit immer noch höher als in Europa oder Amerika. Vor allem ist zu betonen, daß es eine Klasse von gelernten Arbeitern in Japan überhaupt noch kaum gibt. Bei der Fabrikarbeit zeigt sich die asiatische Natur: andauernde Arbeit unter einer gewissen Disziplin ist ihr schwer erträglich. Beim handwerksmäßigen Betriebe läßt sich die Arbeit durch kürzere oder längere Pausen unter-

brechen; in der Fabrik stört es unter Umständen den ganzen Betrieb. Die Umwälzung der Arbeitsverfassung hat ferner einen tiefgreifenden Umschwung der allgemeinen Anschauungen erzeugt. Wir besitzen hierüber folgende Schilderung eines japanischen Industriellen. Unter dem feudalen Regime standen die Pflichten der Individuen im Vordergrunde; der moderne Arbeiter pocht auf seine Rechte. „Die europäischen Ideen, unsere neuen Einrichtungen, die unglücklicherweise ohne Berücksichtigung der Verschiedenheit der Umstände auf die europäischen Institutionen basiert worden sind, haben in Japan einen neuen Geist erzeugt, einen Geist der Anarchie, der beständig weiter um sich greift. Wir werden regiert von Studenten, die ganz Europa sklavisch kopieren und Gesetze machen, die die Japaner weder verdauen noch verstehen können." Der japanische Arbeiter kennt keine Disziplin. Das Verantwortungsgefühl, die Liebe zur Arbeit, das Selbstbewußtsein des Gewerks, die der Handwerker, Geselle wie Meister, gehabt hatte, besitzt der Fabrikarbeiter nicht. Wenn er es ungesehen tun kann, zerstört er die Maschinen. Er besitzt keinerlei Initiative, ist unempfindlich gegen Lob und Tadel, gleichgültig, ob seine Arbeit gut oder schlecht gerät. Allen Ermahnungen und Vorstellungen begegnet er mit dem ewigen „shikata ga nai", das ziemlich genau dieselbe Bedeutung hat und dieselbe Stimmung ausdrückt wie das russische „Nitschewo".

Diese Schilderung wirkt deshalb so überzeugend, weil der Übergang vom Handwerks- zum Fabriksbetriebe in Europa ganz ähnliche Verhältnisse hervorgebracht hatte. Es handelt sich um einen Übergangszustand, den Europa überwunden hat, und

den voraussichtlich auch Japan überwinden wird; aber es ist klar, daß Zeit dazu gehört, bis die japanische Konkurrenz dem älteren Westen völlig die Wage halten kann. Diese Veränderung wird aber auch andere Wandlungen mit sich bringen; wenn der gelernte japanische Arbeiter der Zukunft seinem europäischen oder amerikanischen Kameraden in seinen Leistungen ebenbürtig sein wird, wird er auch nicht mehr für einen Tagelohn von 40—50 Sen arbeiten. Die japanische Produktion wird den Vorzug der billigen Löhne verlieren; schon seit dem Kriege mit China ist eine aufsteigende Tendenz in den Löhnen zu bemerken.

Die japanische Textilindustrie beschäftigt heute beinahe 280 000 Arbeiter, mehr als die Hälfte der gesamten Arbeiterschaft. Aber eine japanische Fabrik beschäftigt wohl dreimal so viel Arbeiter wie eine europäische gleichen Ranges und gleich starker Produktion. In den Textilfabriken werden auch viele Arbeiterinnen beschäftigt, die als anstelliger gelten als die Männer. Dafür dauert es länger, bis sie einigermaßen angelernt sind. Aber diesen Männern und Frauen, die größtenteils vom Lande gekommen sind, sagt das Fabrikleben auf die Dauer nicht zu; wenn sie einige Routine gewonnen und ein sehr bescheidenes Stück Geld gespart haben, kehren sie aufs Land zurück. Der Prozentsatz von Arbeitern, die mehrere Jahre in demselben Industriezweige tätig gewesen sind, ist überraschend klein.

Immerhin schreitet die Industrialisierung Japans unaufhaltsam vorwärts. Der Überschuß der Bevölkerung muß Arbeit finden. Die japanische Regierung und die Presse verlieren dies Problem nie aus den Augen, und die Gesetzgebung sucht der

Industrie in jeder Weise Vorschub zu leisten. Man muß anerkennen, daß die Japaner auf diesem neuen Gebiet Erstaunliches geleistet haben. Auch hier wie auf allen Gebieten des nationalen Lebens bedeutet der chinesische Krieg oder vielmehr die chinesische Kriegsentschädigung einen Wendepunkt von großer Bedeutung. Die chinesischen Millionen waren der goldene Regen, der die japanische Industrie befruchtete. Die Kapitalarmut war von Anfang an eines ihrer größten Hindernisse gewesen. Die Aktiengesellschaften haben sämtlich mit sehr geringen Mitteln angefangen. Japan hatte vor dem Beginn der Verstaatlichung der Eisenbahnen 42 Eisenbahngesellschaften, aber nur fünf davon besaßen Strecken von mehr als 100 englischen Meilen. Ähnlich war es in der Industrie. Es gab eine sehr große Anzahl von Aktiengesellschaften, aber jede verfügte nur über ein geringes Kapital. Nach dem chinesischen Kriege fanden zahlreiche Fusionen kleinerer Gesellschaften statt, und dieser Prozeß dauert fort. Freilich waren die Folgen der Kriegsentschädigung nicht ausnahmslos günstig. Es folgte eine Zeit fieberhafter Spekulation, ähnlich den deutschen Gründerjahren nach 1871. Auf allen Gebieten aber wird die Kapitalarmut aufs dringendste empfunden. Der Bankdiskont ist hoch; die Banken verzinsen Depots mit 7—8 % und nehmen für geliehenes Geld 10, 12, 15 und selbst 18 %.

Chinesische Kriegsentschädigung

Diese Verhältnisse erklären den Wutausbruch der japanischen Bevölkerung, als die Friedensbedingungen von 1905 bekannt wurden. Man hatte so sehr auf eine große russische Kriegsentschädigung gerechnet. Immerhin sind nach dem Kriege nicht weniger als 311 neue Aktiengesellschaften mit einem

gezeichneten Gesamtkapital von 386 Millionen Yen gegründet worden, wobei zu bemerken ist, daß sich das eingezahlte zu dem gezeichneten Kapital wie 1:2 zu verhalten pflegt. Neue elektrische Anlagen, neue Fabriken, neue Banken und Werften sind gegründet worden. Kein Zweifel aber, daß diese neuen Unternehmungen nur einen kleinen Bruchteil von dem bilden, was mit Hilfe einer russischen Kriegsentschädigung unternommen worden wäre.

Wirtschaftliche Expansion

Die kommerzielle Entwicklung Japans ist deshalb schwer zu übersehen, weil die beiden Kriegsjahre die Ein- und Ausfuhrziffern stark beeinflußt haben, so daß diese beiden Jahre nicht als die normale Folge der bisherigen Entwicklungsreihe gelten können. Die Bedürfnisse des Krieges hatten die Einfuhr mächtig vergrößert, und da der Kriegsschauplatz auf dem Festlande war, mußte auch die Ausfuhr in einem anderen Lichte erscheinen. Das Wirtschaftsleben auf den japanischen Inseln selbst war durch den Krieg nicht gestört worden, sondern eher stimuliert, da bei der Übervölkerung kein Arbeitermangel eintrat. Aber die Handelsstatistik ist gerade für diese Zeit kein sicherer Wegweiser. Um so wichtiger erscheint die Tatsache, daß Japan i. J. 1906 sich zum ersten Male einer aktiven Handelsbilanz erfreute; zum ersten Male, seitdem Japan sich dem auswärtigen Handel erschlossen hat, ist die Ausfuhr größer gewesen als die Einfuhr. Seit dem chinesischen Kriege hat der Außenhandel mit Asien den ersten Platz in der japanischen Statistik; Europa ist an die zweite Stelle getreten, und Amerika ist nahe daran, ihm diesen Platz streitig zu machen. Vor allem kommt das festländische Ostasien in Betracht, aber auch der Handel mit Britisch-Indien

ist im Steigen. Und zwar ist es namentlich die japanische Baumwollenindustrie, die die Handelsverbindungen mit Indien geschaffen hat. Eine beträchtliche Menge von indischer Rohbaumwolle und Halbfabrikaten wird nach Japan eingeführt, um dort verarbeitet zu werden. Aber auch die notwendigen Rohstoffe denkt Japan mehr und mehr von dem asiatischen Festlande zu beziehen. Kohlen aus der Mandschurei und aus China, Baumwolle aus Korea; man plant in der Mandschurei die Zuckerrübe anzubauen, um sich von der javanischen und deutschen Zuckerausfuhr unabhängig zu machen, und man betrachtet die Mandschurei als die künftige Kornkammer, da die Produktion der einheimischen Landwirtschaft immer weniger genügt, die steigende Bevölkerung zu ernähren. Japan besitzt gegenüber dem asiatischen Festlande eine so überaus günstige geographische Lage, daß ihm die Kürze der Fracht einen wesentlichen Vorsprung vor Europa und Amerika geben muß. Gleichheit der Schriftsprache, die intime Kenntnis des chinesischen Geschmacks gewähren der japanischen Ausfuhrindustrie Vorteile, die die weiße Rasse entbehren muß. Es ist daher erklärlich, wenn die Amerikaner nicht länger die Engländer, sondern die Japaner als die gefährlichsten Handelskonkurrenten auf dem ostasiatischen Festlande fürchten.

Eisenbahnen und Schiffahrt

Diese natürliche günstige Lage wird ausgenützt durch den Ausbau des Eisenbahnwesens und der Schiffahrt. Die Verstaatlichung der japanischen Eisenbahnen ermöglicht ein einheitliches System von Frachttarifen durchzuführen, die mit der Entfernung fallen, um den Außenhandel zu fördern. Auf dem Kontinent werden neue Linien gebaut. Ganz be-

sonders aber pflegt die Regierung die Schiffahrt. Die Entwicklung der japanischen Handelsmarine steht in engem Zusammenhange mit der auswärtigen Politik. Schon die Gründung der ersten beiden subventionierten Linien hing mit auswärtigen Fragen zusammen. Als 1885 die koreanische Frage akut wurde, wurden die beiden Linien amalgamiert. Der chinesische und vollends der russische Krieg bedeuten weitere wichtige Etappen in der Entwicklung der Schiffahrt. Vor dem chinesischen Kriege belief sich der gesamte Tonnengehalt der japanischen Dampfer auf 150 000; nur gegen 13 % des gesamten japanischen Außenhandels segelte unter japanischer Flagge. Die Notwendigkeit der Kriegstransporte i. J. 1895 führte dazu, daß eine beträchtliche Anzahl von Schiffen gekauft und gechartert wurde, und beim Ende des chinesischen Krieges zählte die japanische Handelsmarine 899 Dampfer und 544 Segler mit einem Tonnengehalt von 373 855 und 44 000. Jetzt fand die Regierung bei dem Parlament die vorher versagte Unterstützung für ihre weitschauenden Pläne. Neben der älteren Nippon Yusen Kaisha wurde eine neue Schiffahrtsgesellschaft, die Togo Kisen Kaisha, gegründet und neue Linien mit Europa, Amerika und Australien eröffnet. Noch größer waren natürlich die Wirkungen des russischen Krieges. Die Transporte waren ungleich größer als die von 1895, neue Schiffe wurden gekauft und gechartert, russische Prisen kamen dazu, dergestalt daß die gesamte Tonnage Mitte 1906 die Höhe von 1 309 579 erreicht hat. Die Zahl der Dampfer beläuft sich auf 1423. Die Mehrzahl davon ist im Besitz der drei großen Gesellschaften, der Nippon Yusen Kaisha, der Osaka Shosen Kaisha

und der Togo Kisen Kaisha. Der größere Teil dieser Schiffe besteht aus kleinen Booten, die den Verkehr zwischen den einzelnen japanischen Inseln und zum Teil auch mit dem asiatischen Festlande unterhalten. Von jenen 1423 Dampfern haben 1004 nur einen Raumgehalt von 20—500 Tonnen. Sie spielen also eine ähnliche Rolle in dem lokalen Verkehr des Landes, wie die große Menge amerikanischer Schiffe, die die Großen Seen befahren, und kommen für den Ozeanverkehr wenig in Betracht. Die drei großen Gesellschaften würden vielleicht nicht bestehen können, wenn sie der Staat nicht mit reichlichen Geldmitteln unterstützte. Die Subvention beträgt 16—20 Millionen Mark das Jahr. Auch die Schiffsbauindustrie hatte die Regierung — ebenfalls aus der chinesischen Kriegsentschädigung — entwickeln helfen. Die Tonnage der in Japan gebauten Dampfer ist in den letzten Jahren, wenn man von den beiden Kriegsjahren absieht, beinahe so groß gewesen, wie die Tonnage der im Auslande bestellten. Freilich ist die Mehrzahl der in Japan gebauten Schiffe so viel größer wie der im Auslande bestellten, daß man unschwer ersehen kann, daß der japanische Schiffsbau den Bau großer Dampfer sich noch nicht zutraute. Aber schon die Statistik der nächsten Jahre dürfte anders ausschauen; neuerdings hat Japan auch den Bau ganz großer moderner Schiffe in Angriff genommen. Was endlich die Segelschiffe betrifft, so ist sowohl die Zahl wie die Tonnage der im Auslande bestellten schon seit 1895 bedeutend heruntergegangen, und der in Japan gebauten entsprechend gestiegen.

Diese Entwicklung hat sich so schnell vollzogen, daß die Amerikaner besorgt geworden sind, daß der

pacifische Verkehr mehr und mehr in die Hände der Japaner fallen würde. Im vorigen Sommer berichteten amerikanische Zeitungen, daß die Flotte der Pacific Mail Steamship Company in japanischen Besitz übergehen würde. Aber für die wirtschaftlichen Pläne Japans handelt es sich keineswegs allein um den Ozeanverkehr, sondern zurzeit vielleicht noch mehr um die chinesische Küstenschifffahrt. Im Jahre 1896 hatte die japanische Schifffahrt daran nur den bescheidenen Anteil von 2 %, i. J. 1903 war er auf 13 % gestiegen. Und seit dem Kriege haben die Japaner reißende Fortschritte gemacht. Es ist namentlich die deutsche und die englische Schiffahrt, die unter diesem Wettbewerb zu leiden haben, und englische Stimmen äußern sich bereits dahin, daß die englische Schiffahrt in China den Todesstoß empfangen habe. Die Entwicklung der Schiffahrt muß aber auf den chinesischen Handel einen sehr bedeutenden Einfluß ausüben.

---

4. Rußland in Asien.

Doppelstellung der russischen Politik

Die russische Politik hat zwei Gesichter wie ein Januskopf. Das eine ist nach Europa, das andere nach Asien gewandt. Die geographische Lage, die politische Vergangenheit, endlich auch der Rassencharakter des Volkes haben Rußland eine Mittelstellung zwischen Europa und Asien gegeben. Und wie um diese Doppelseitigkeit auch äußerlich zum Ausdruck zu bringen, hat Rußland zwei Hauptstädte, von denen Petersburg die europäische, Mos-

kau die asiatische Richtung seiner Politik symbolisiert. Je nach den politischen Umständen, je nach dem Charakter des regierenden Zaren und nach den Ideen und Einflüssen, die auf ihn und seine Ratgeber wirkten, hat die europäische oder die asiatische Politik Rußlands im Vordergrunde gestanden. Oft standen sie in enger Wechselwirkung; die europäische Konstellation wirkte hemmend oder fördernd auf die asiatische Politik oder umgekehrt.

Rußland und Deutschland

Es ist aber nahezu ein Axiom für die russische Politik, daß wenn sie freie Hand nach Osten haben wollte, sie sich des guten Willens seines westlichen Nachbarn versichert halten mußte. In ganz ähnlicher Lage befindet sich Deutschland gegenüber seinem östlichen Nachbarn. Für die deutsche Politik des Jahres 1870 war es von ausschlaggebender Wichtigkeit, daß Rußland sich neutral verhielt. Und im Jahre 1905 war es ganz wesentlich die allgemeine Lage — Rußland im fernen Osten festgefahren, Deutschland von dem Drucke Rußlands an seiner Ostgrenze befreit — woraus die englische und die französische Presse den Schluß zog, daß Deutschland einen Krieg gegen Frankreich beabsichtigte — eine Absicht, die die Leiter der deutschen Politik tatsächlich nicht gehabt haben. Andererseits hatte Rußland Ursache, Preußen für seine Neutralität im Krimkriege dankbar zu sein. Die Freiheit auf dem Schwarzen Meere erreichte Rußland (1870) durch die Zerreißung des Pariser Friedens im Einverständnis mit Preußen-Deutschland; und bei seinen asiatischen Unternehmungen, besonders in der Zeit nach 1878, wußte es sich vor Angriffen auf seine Westgrenze völlig sicher. Namentlich hatte sein Vordringen in Mittelasien im

Jahre 1885 als eine seiner Voraussetzungen die Entente mit Deutschland, die 1884 auf der Kaiserzusammenkunft in Skierniewice erneuert worden war. Nicht als ob Deutschland irgend welche kriegerischen Absichten gegen Rußland gehabt hätte, falls die Entente nicht zustande gekommen wäre; aber der Abschluß der Entente gab der russischen Regierung die subjektive Überzeugung, und darauf kam es schließlich an, daß Rußland gegen Westen sicher sei. Da zwischen Deutschland und Rußland keine irgend nennenswerten Interessenkonflikte bestehen, so sollten verständigerweise normale freundschaftliche Verhältnisse zwischen beiden Ländern die Regel sein. Weder im nahen Orient, noch in Mittelasien oder im fernen Osten hatte Deutschland Grund, sich Rußlands Vordringen entgegenzusetzen. Und wenn seit Ende der siebziger und namentlich in den achtziger Jahren Zeiten der Entfremdung und einige akute Krisen eintraten, so hatte das gewiß nicht darin seinen Grund, daß die deutsche Politik versucht hätte, Rußlands Expansionsdrang einzudämmen. Die deutsche Politik hatte damals zwei Ziele, erstens den europäischen Frieden zu erhalten, und zweitens, falls der gefürchtete Konflikt zwischen Rußland und Österreich ausbräche, zu verhindern, daß die Donaumonarchie ihre Stellung als europäische Großmacht verlöre. Die aggressiven Tendenzen, die Rußland nach Westen hin verfolgte oder doch zur Schau trug, führten zur Gründung und zu den Erneuerungen des Dreibundes. Wenn aber das deutsch-österreichische Bündnis von 1879 und der Dreibund von 1882 zur natürlichen Folge hatte, Rußland zu isolieren, so bemühte sich Bismarck, neben dem Drei-

bunde und zu seiner Ergänzung die frühere Entente der drei Kaiserreiche, den sogenannten Dreikaiserbund, wieder herzustellen; und durch die Monarchenbegegnung zu Skierniewice im Jahre 1884 und durch den Rückversicherungsvertrag von 1887 wurde dieser Zweck erreicht. Als dann durch den chinesisch-japanischen Krieg das ostasiatische Problem in Fluß kam, fanden sich die deutsche und die russische Politik wiederum zusammen. Deutschland schloß sich der russisch-französischen Aktion gegen den Frieden von Shimonoseki an; und zugleich wurde dadurch der Gefahr des kurz zuvor perfekt gewordenen französischen Bündnisses die Spitze abgebrochen. Die Erwerbung Kiautschous geschah mit dem Vorwissen Rußlands, das zur selben Zeit Port Arthur okkupierte, und beim Ausbruch des russisch-japanischen Krieges ließen mehrere Anzeichen deutlich erkennen, daß unbeschadet der strikten Neutralität Deutschlands, zwischen Berlin und Petersburg die besten Beziehungen herrschten.

Ursachen der russischen Expansion

Die asiatische Politik Rußlands ist von Anbeginn eine Politik der Expansion gewesen, die aus verschiedenen Gründen, politischen, wirtschaftlichen, religiösen entsprungen ist. Rußlands äußere Politik war von Anfang an ein Kampf mit den Nachbarn, die ihm den Zugang zum Meere versperrten. Die Ausdehnung des russischen Reiches begann nach Westen. Die Schweden wurden von der Süd- und Ostküste der Ostsee verdrängt. An der frisch gewonnenen Meeresküste wurde Petersburg gegründet. Kurland wurde absorbiert, Polen wurde geteilt; hier hatte Rußland, als Nachbar der konsolidierten Staaten des Westens, seine definitive

Grenze gefunden. Inzwischen hatte aber die Expansion nach Osten, Süden und Norden nicht geruht. Hier machte Rußland dieselbe Erfahrung wie England in Indien, daß wenn ein konsolidierter Staat mit politischen Gebilden niederer Kultur grenzt, die unfähig sind, die elementare staatliche Funktion der Friedensbewahrung nachhaltig auszuüben, er diese Nachbarn unterwerfen muß, wenn anders er an seinen Grenzen Ruhe und Frieden haben will. Außer diesen militärisch-politischen waren es wirtschaftliche Ursachen, die Rußland vorwärtsdrängten. Dies Vorwärtsdrängen war eine Kolonisation oder, wenn man will, eine Völkerwanderung. Ein Ackerbauvolk, das seine primitiven Wirtschaftsmethoden beibehält, muß bei steigender Volksvermehrung einen Zustand relativer Übervölkerung erreichen, und der Überschuß der Volkskraft, der es daheim an Nahrung gebricht, wird zur Wanderung getrieben. Einem kontinentalen Volke, wie den Russen, standen alle Möglichkeiten offen; das Wald- und Marschland des Nordens, die Steppe des Südens und die ungeheuren Flächen Nordasiens waren überaus dünn bevölkert. Periodischen Wanderungen begegnen wir frühzeitig in der russischen Geschichte. Die Einführung der Leibeigenschaft, die die Bauern an die Scholle fesselte, hat den Wandertrieb nie unterdrücken können; er dauerte fort bei den amphibischen Klassen, die halb Bauern, halb Handwerker oder Fabrikarbeiter sind; er zeigte sich in der unkonzessionierten Auswanderung nach Sibirien, die die Vorschriften der Auswanderungsbehörde mit Regelmäßigkeit und mit Geschick zu umgehen wußte. Im Norden und Osten geschah die Kolonisation friedlich; in der Steppe stießen

die Auswanderer auf den Widerstand und die Feindschaft tatarisch-türkischer Stämme. Hier bedurfte die Kolonisation militärischen Schutzes; hier bildeten die Kosaken, die sich dem Fortschritt der Kolonisation gemäß allmählich weiter vorschoben, einen lebendigen Limes gegen die Ungläubigen. Und hier trat nun ein neues Motiv der Expansion hinzu: der Kampf der orthodoxen Kirche gegen den Islam.

Expansion nach dem Mittelmeer

Man kann die russische Expansion geographisch in drei Abschnitte zerlegen, und wenn auch das geographische Nebeneinander nicht genau dem geschichtlichen Nacheinander entspricht, so hat doch die geographische Betrachtung den Vorzug größerer Übersichtlichkeit. Das Gebiet der Türkei und des Mittelmeers ist das eine, Mittelasien das zweite, der ferne Osten das dritte. Unter Katharina II. fand der erste folgenreiche Vorstoß nach Süden statt. Zwar ihre Träume, in Konstantinopel das Kreuz statt des Halbmondes aufzurichten und Griechenland zu einer russischen Sekundogenitur zu machen, verwirklichten sich nicht. Weder die philhellenische und panorthodoxe Politik Katharinas, noch die panslawistische Politik unter dem zweiten und dem dritten Alexander erreichten ihr Ziel. Die Türkei blieb bestehen, und zwischen ihr und Rußland schob sich eine Barriere autonomer christlicher Staaten ein, die ihre politische und religiöse Unabhängigkeit zwar Rußland verdankten, aber in ihrer Politik dem Befreier wenig Dankbarkeit bewiesen. Der panslawistische Einheitstraum führte vielmehr zu dem Erwachen neuer nationaler Individualitäten unter den jungen slawischen Balkanvölkern. Und wenn Rußland die Seeherrschaft über das Schwarze Meer gewonnen hatte, so blieb

ihm doch das offene Mittelmeer verschlossen. Wo Rußland die offene See erreichen wollte, stellte sich ihm England entgegen. Gleichwohl hat Rußlands Politik in dem nahen Orient und im Mittelmeer keineswegs in Resignation geendet. Niemand wird auch nach dem ostasiatischen Kriege in der Balkanpolitik den Faktor des russischen Einflusses unterschätzen oder gar ignorieren wollen. Rußland stehen nicht allein die gewöhnlichen Mittel der Politik zu Gebote, und nicht nur die, die sich aus den panslawistischen Beziehungen ergeben, sondern auch die, die aus der wirklichen oder angenommenen kirchlichen Gemeinschaft der orientalischen Christen entspringen. Es würde zu weit führen, diese Fäden zu verfolgen, die nicht nur bis an die Südostküste des Mittelmeeres, sondern weiter bis ins Rote Meer reichen. Vornehmlich aber sind es wiederum die Engländer, die mit Unbehagen beobachten, wie eine Politik, die aus panslawistischen und panorthodoxen Elementen gemischt ist, bedeutende russische Interessen in Syrien und Palästina geschaffen hat. Und nicht nur im Norden, sondern auch im Süden des Suezkanals, in Abessynien, sucht Rußland festen Fuß zu fassen, und in Ägypten selbst entdeckt die englische Presse von Zeit zu Zeit russische Emissäre.

Mittelasien

In Mittelasien hatte Rußland einen längeren Weg vor sich, ehe der Wille europäischer Mächte und der Widerstand der einheimischen Bevölkerung sein Vordringen hemmte. Wie anders waren doch die Ausdehnungsmöglichkeiten dieser kontinentalen Macht, als die des japanischen Inselreichs. Wenn der russische Bauer über Landmangel klagt, so ist er doch ein Großgrundbesitzer gegenüber dem Ja-

paner, dessen wirtschaftlicher Horizont nicht über ein paar Are Reisland hinausreicht. Der Landhunger des russischen Bauern ließe sich durch die Förderung der Kolonisation in Asien zum nicht geringen Teile stillen. In Mittelasien aber war das Vordringen der russischen Macht keineswegs allein eine Frucht der stillen kolonisierenden Volksarbeit. Der Staat hatte großen Anteil daran, und nicht der Staat allein, sondern auch einzelne Individuen, namentlich Beamte und Militärs, die auf eigene Verantwortung vorwärts gingen. Es wäre ein Irrtum, anzunehmen, daß England allein in neuerer Zeit jene Konquistadorennaturen hervorgebracht hätte, die den Beruf, das Reich zu mehren, nicht aus einer amtlichen Bestallungsurkunde ableiteten, sondern aus dem Willen zur nationalen Größe, der sich in ihrer Persönlichkeit verkörperte. Unter den Deutschen können Dr. Karl Peters, unter den Franzosen Faidherbe und de Brazza, unter den Russen Skobelew und Ignatiew neben den Engländern genannt werden. Alle Formen der Kolonisation sind in Rußland angewandt worden, die national unbewußte der nomadischen Wanderung, die der militärischen Eroberung und staatlichen Organisation, und zuletzt im fernen Osten die des großkapitalistischen Unternehmertums der Alexejew und Bezobrazow.

Turkestan

Nicht weniger als im nahen Orient wurde das Vordringen Rußlands in Mittelasien von England empfunden. Bei jeder Regung Rußlands dachte man mit Sorge an den indischen Besitz. Napoleons Plan, mit russischer und persischer Hilfe in Indien einzufallen, war nicht vergessen worden. Bereits in den dreißiger Jahren des vorigen Jahrhunderts gab es in England eine antirussische Lite-

ratur. Die Furcht vor dem Anwachsen russischen Einflusses führte zu dem ersten Kriege Englands mit Afghanistan. Aber Nikolaus I., der noch bis kurz vor dem Krimkriege hoffte, zu einer Verständigung mit England über die beiderseitigen asiatischen Interessen zu gelangen, vermied es, die russische Herrschaft über die turanischen Khanate auszudehnen; er wollte die gefährliche Berührung der russischen Grenzen mit den englischen vermeiden. Nach dem Krimkriege freilich änderte sich diese Politik; 1864 wurde Taschkend, 1868 Samarkand okkupiert. Die Erregung der öffentlichen Meinung, die die Nachrichten in England hervorriefen, enthielten ein nachträgliches Urteil über die englische Politik, die den Krimkrieg heraufbeschworen hatte. In Indien hatte schon vorher Lord Dalhousie die Grenzen der englischen Macht weit nach Westen vorgeschoben; von beiden Seiten näherten sich die beiden europäischen Mächte mit schnellen Schritten den afghanischen Grenzen. Während die Russen Buchara, Chiwa und Kokand nahmen, drangen die Engländer in Belutschistan vor. Die schwachen, formlosen politischen Gebilde Mittel- und Südasiens zerbrachen unter der Berührung mit europäischen Mächten. Es war auf beiden Seiten die Jagd nach einer Grenze; auf dem Lordmayor-Bankett von 1878 forderte Lord Beaconsfield eine „wissenschaftliche" Grenze für Indien, und nur die afghanischen Berge schienen diese bieten zu können.

Afghanistan

Gerade damals war die orientalische Frage in eine ihrer akuten Stadien getreten. Zwar war ein englisch-russischer Krieg durch den Berliner Kongreß vermieden worden. In Cypern und bald darauf in Ägypten schuf sich England neue Bollwerke

gegen die russische Expansion in der Richtung nach dem Mittelmeer. Vorübergehend schien es, als ob Kleinasien in ein englisches Protektorat verwandelt werden sollte. Englands Besorgnis vor russischen Einflüssen in Kabul führte zu seinem zweiten Kriege mit Afghanistan. Rußland fand den Weg nach Konstantinopel und nach dem Mittelmeer versperrt, und sein Expansionsdrang wandte sich wiederum gegen die Stellen des geringsten Widerstandes, gegen Mittelasien. Im Jahre 1884 standen die Russen in Merw. Das Scherzwort des Herzogs von Argyll über die „Mervosität" der öffentlichen Meinung verstummte vor der drohenden Kriegsgefahr. Es war die Zeit, wo sich England in glänzender Isolierung befand. Die Franzosen, die ihr Rückzug aus Ägypten längst reute, machten am Nil eine sehr unbequeme Opposition. Deutschland war verstimmt wegen der Widerstände, die seine junge Kolonialpolitik bei England fand. Im Sudan war soeben General Gordon gefallen. Diesen Augenblick wählte Rußland zu einem neuen Vorstoß an der afghanischen Grenze. Das englische Parlament bewilligte eine Kriegsanleihe. Der Zwischenfall von Pendjeh, wo die Kosaken trotz eines vereinbarten Waffenstillstandes die Afghanen angriffen, trieb die Krisis auf den Höhepunkt. Aber noch einmal ward eine diplomatische Verständigung erreicht. Eine gemischte Kommission demarkierte die Grenze zwischen Afghanistan und dem russischen Gebiet. Jetzt berührten die russische und die englische Gebiets- und Einflußsphäre einander unmittelbar. Mit dem Emir von Afghanistan hatte England ein Bündnis geschlossen. England übernahm, die Nordgrenze Afghanistans zu verteidigen,

und Rußland erkannte das Bergland als einen Teil des britischen Einflußgebietes an. Rußland hat dies Abkommen lange gehalten. Während des Burenkrieges aber plante, nach englischer Darstellung, die russische Regierung eine militärische Demonstration an der afghanischen Grenze; indessen widerrieten die militärischen Behörden: es sei sicherer, die Vollendung der Bahnstrecke von Orenburg nach Taschkent abzuwarten. Diese wichtige strategische Linie wurde 1904 vollendet, und eine zweite Linie wird ebenfalls in absehbarer Zeit die afghanische Grenze erreichen. Kein Wunder daher, daß in England die Furcht vor der Invasion wieder laut wurde, und daß die Regierung und die englischen Militärschriftsteller sich nachhaltig mit diesem Problem beschäftigt haben. Daß der russische Generalstab einen Angriffsplan auf Indien ausgearbeitet hat, darf wohl als sicher gelten; ob aber die russische Regierung den Plan jemals ernstlich verfolgt hat, entzieht sich der öffentlichen Kenntnis. Aber selbst wenn weiter nichts beabsichtigt wäre, als eine starke militärische Demonstration an der afghanischen Grenze in Szene zu setzen, um einen Druck auf die britische Diplomatie auszuüben, so ist auch das Grund genug für England, die Verteidigung Indiens so zu sichern, um jenen diplomatischen Druck ohne Schwierigkeit aushalten zu können. England hat aber nicht allein die indische Grenze, sondern auch die Nordgrenze Afghanistans zu verteidigen. Nach Mr. Balfours Erklärung vom Mai 1905 würde England es als einen direkten Angriff betrachten, wenn Rußland den Versuch machte, innerhalb der afghanischen Grenzen eine Bahn in Verbindung mit seinen strategischen Linien zu bauen.

Persien

Hatte Rußland in Afghanistan eine feste Grenze erreicht, die nur durch einen europäischen Krieg verrückt werden konnte, so bot Persien weniger Widerstand. Hier waren weder von der geographischen Beschaffenheit des Landes noch von dem kriegerischen Sinn der Bewohner Schwierigkeiten zu erwarten, die allzuschwer zu überwinden gewesen wären. Persien vermochte in keiner Weise seine Isolierung zu behaupten, wie der afghanische Militärstaat hinter der Barriere des Hindukusch. Hier glückte Rußland die Politik der wirtschaftlichen Durchdringung. Eisenbahnen und Straßen wurden gebaut, eine Bank gegründet, der Handel mit allen Mitteln gefördert. In Nordpersien ist der russische Einfluß fest begründet. Im Süden des Landes hat sich dagegen der englische Einfluß politisch und wirtschaftlich behauptet. Vor allem hat Lord Curzon, der frühere Vizekönig von Indien (1898 bis 1905), alle Kräfte aufgeboten, Südpersien nicht unter die russische Macht fallen zu lassen. Wie er im Norden Indiens durch eine militärische Expedition die Anfänge russischer Beziehungen mit Tibet abschnitt, so hat er in Südpersien und in dem persischen Golf durch seinen Flottenbesuch in dem Golf, durch eine handelspolitische Mission, durch Errichtung neuer Konsulate usw. das politische und kommerzielle Prestige Englands bedeutend zu erhöhen verstanden. Auch hier stellte sich der russischen Sehnsucht nach dem offenen Meer England entgegen. Lord Lansdowne erklärte im Parlament (5. Mai 1903), daß die englische Regierung die Errichtung einer Flottenstation oder eines befestigten Hafens im persischen Golf als eine so schwere Bedrohung betrachten müßte, daß sie ihr

mit allen verfügbaren Mitteln entgegentreten würde. Eine englische Monroedoktrin für den persischen Golf!

Ostasien

Über einen längeren Zeitraum erstrecken sich die russischen Unternehmungen gegen Sibirien und den fernen Osten. Schon im 16. Jahrhundert, nachdem das Khanat von Kazan erobert war, erreichten die Russen das Stromgebiet des Ob; 1587 wurde Tobolsk gegründet. Im 17. Jahrhundert rückten sie bis zum Amur vor und gründeten 1658 Nertschinsk; 1689 wurde der erste Vertrag zwischen Rußland und China geschlossen und der Amur als beiderseitige Grenze anerkannt. Das 19. Jahrhundert sah die Unternehmungen Murawiews und Nevelskojs; das Meer wurde erreicht, 1850 wurde Nikolajewsk und 1860 Wladiwostok gegründet. Im Jahre 1875 verdrängten die Russen die Japaner aus Sachalin, und 1901 war die sibirische Bahn vollendet. Aber Wladiwostok war kein eisfreier Hafen, befriedigte also die russischen Wünsche nur halb; der japanisch-chinesische Krieg gab dem russischen Expansionsdrang neue Impulse, und hieraus entsprang der Konflikt mit Japan.

Englisch-russische Ausgleichsgedanken

Im nahen Orient und in Mittelasien ist es England, in Ostasien ist es Japan, das Rußland vom Meere abzusperren sucht und es zwingen will, eine kontinentale Macht zu bleiben; und beide Mächte haben sich zur Durchführung dieses Zieles die Hand gereicht. Zurzeit hat die Expansion Rußlands, durch den Krieg und die inneren Unruhen geschwächt, einen Rückschlag erfahren; und wie nach dem Krimkriege und dem türkischen Kriege von 1878 ist auch nach dem ostasiatischen Kriege die innere Politik Rußlands so in den Vordergrund getreten,

daß sie die Kräfte des Staats und der Nation vollauf in Anspruch nimmt. Ob und nach welcher Richtung Rußland später seine Expansionspolitik aufnehmen wird, läßt sich nicht vorhersagen, doch ist es bezeichnend, daß liberale Russen von der Richtung Peter Struves den Gedanken der russischen Expansion keineswegs aufgeben wollen. Daß sowohl England als Japan mit ihrer Erneuerung rechnen, zeigt das neue Bündnis. In seinen strategischen Bahnen hat Rußland mit Aufbietung großer Energie sich die Möglichkeit zu einer Expansionspolitik geschaffen, und das Programm neuer strategischer Linien ist noch keineswegs erschöpft. Einem Staat, der sich derartige Werkzeuge schafft, kann man auch den Entschluß zutrauen, daß er sie einmal benutzen will; eine Auffassung, die zumal von dem englischen und japanischen Standpunkte aus wohl zu verstehen ist.

Nun hat England schon seit geraumer Zeit den Versuch gemacht, sich gütlich mit Rußland über die Abgrenzung ihrer beiderseitigen Interessen zu einigen. Seit der russenfeindlichen Politik Lord Beaconfields hat es kaum einen englischen Staatssekretär des Auswärtigen gegeben, der sich nicht an der Verwirklichung dieser Ausgleichsgedanken versucht hätte. Kurz bevor der ostasiatische Krieg ausbrach, schwebten Verhandlungen darüber; sie sollen noch während des Krieges nach der Schlacht von Mukden wieder aufgenommen worden sein, und es ist bekannt, daß sie gegenwärtig fortgesetzt werden. Wenn auch über ihren Inhalt keine authentischen Nachrichten in die Öffentlichkeit gedrungen sind, so ist doch klar, daß England seine Politik in Afghanistan und im persischen Golf festgelegt

hat und hier Rußland keine Zugeständnisse machen wird. Der Zugang zum Meere wird dort den Russen, auch wenn das Abkommen mit England perfekt geworden ist, verschlossen bleiben.

---

5. Die auswärtige Politik der Vereinigten Staaten.

Amerikanische Weltpolitik

Eines der überraschendsten Ereignisse in der Geschichte der letzten 12 Jahre ist der plötzliche Wechsel in der hergebrachten Politik der Vereinigten Staaten. Seit Washingtons Farewell-Adresse und seit der Botschaft des Präsidenten Monroe hatte Amerika die Politik verfolgt, sich politisch von Europa isoliert zu halten und seinen Wirkungskreis auf den amerikanischen Kontinent zu beschränken. Da explodierte die „Maine". Im Kriege wurden die Spanier nicht nur aus Kuba, sondern auch aus den Philippinen vertrieben. Der Ausgang des Kampfes sah die Amerikaner in der unmittelbaren Nähe der asiatischen Küste als Nachbarn von China und Japan, gerade in dem Augenblick, als sich hier die wichtigsten Ereignisse vorbereiteten. Die amerikanische Interessensphäre war mit einem Schlage über die ganze Weite des Pacific ausgedehnt. Zwischen den Philippinen und San Francisco liegen die Sandwich-Inseln. „Man betrachte die strategische Lage von Hawai," schrieb Kapitän Mahan, „gerade auf halbem Wege zwischen unseren Häfen; nichts liegt zwischen Hawai und Asien und Australien außer den Fidji-Inseln; folglich ist Hawai ein Ort von allergrößter Bedeutung." Und die Amerikaner nahmen Hawai,

ohne auch nur ihren üblichen Annexionspreis von 15 Millionen Dollar zu zahlen. Mit revolutionärer Schnelligkeit vollzog sich der Umschwung in der allgemeinen politischen Anschauung; bisher gewöhnt, kontinental zu denken, fanden sie sich schnell darein, nunmehr imperialistisch zu denken.

Monroe-Doktrin und Expansion

Vor der imperialistischen Epoche hatte Amerika im Grunde keine auswärtige Politik außer der Monroe-Doktrin. Mit der auswärtigen Politik in Amerika verhält es sich wie mit den Schlangen in Irland, sagte Mr. Bryce in seinem klassischen Buche über den „American Commonwealth": sie ist nicht vorhanden. Die Politik der Monroe-Doktrin war eine Politik der Isolierung. Schon Washingtons Farewell-Adresse hatte die Amerikaner davor gewarnt, sich durch Bündnisse in die europäische Politik verstricken zu lassen. Monroe hatte den Grundsatz proklamiert, daß die europäischen Mächte sich nicht in die amerikanischen Angelegenheiten einmischen sollten, wogegen die Union sich von den europäischen Fragen fernhalten würde. Seit ihrer Proklamation i. J. 1823 ist die Monroe-Doktrin die Grundlage der äußeren Politik der Union geblieben. Sie regelte allerdings nur das Verhältnis zwischen Amerika und Europa; sie schloß nicht eine auswärtige Politik der Union auf amerikanischem Boden aus. Ihr unmittelbarer Zweck war, die Unabhängigkeit der mittel- und südamerikanischen Republiken, die sich kurz vorher von Spanien losgerissen hatten, gegenüber etwaigen europäischen Angriffen zu gewährleisten und neue europäische Kolonisationsversuche auf dem amerikanischen Kontinent zu verhindern. Andererseits erkannte die Monroe-Doktrin diejenigen europäischen Kolonien

an, die zur Zeit in Amerika noch bestanden; sowohl was die unabhängig gewordenen spanischen Republiken als was die unter europäischer Herrschaft verbliebenen Kolonien anlangte, sollte der status quo gelten. Immerhin war es durchaus im Geiste dieser Politik, wenn der europäische Besitz in Amerika verringert wurde; denn je mehr das geschah, desto vollständiger wurde die erwünschte Isolierung der Union durchgeführt, desto selbständiger und ungestörter konnte sie sich ausleben, „frei und glücklich wie eine kleine Nation" (Tocqueville.) So kaufte die Union schon 1803 Louisiana den Franzosen, 1819 Florida den Spaniern ab, wurde dort Herr des Mississippi-Tals und erreichte hier das Karaibische Meer. Und nun entwickelte sich in den Amerikanern derselbe Expansionsdrang, der Rußland beherrschte. Er trieb sie weiter nach Westen und Süden; die Indianer wurden zurückgeschoben, immer neue Gebiete von Weißen besiedelt, neue Territorien und Staaten gegründet. Dann gab es Krieg mit Mexiko: Texas wurde annektiert, Arizona, Nevada, Kalifornien für 15 Millionen Dollar gekauft. Der Pacific war erreicht; in Kalifornien, das in San Francisco den einzigen guten Hafen südlich von Kanada besitzt, wurde Gold gefunden, die transkontinentalen Eisenbahnen wurden gebaut.

Entwicklung der Monroe-Doktrin

Obwohl schon früh der Grundsatz aufgestellt wurde, daß nur angrenzendes Gebiet dem Staatenverbande einverleibt werden sollte — „natürlicher Landzuwachs, keine Kolonisation," lautete das Schlagwort — warfen die Amerikaner schon in der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts ihre Blicke auf Inseln im Atlantischen und Stillen Ozean, auf

Kuba und Hawai. Der Bürgerkrieg ließ eine Pause in diesen Ausdehnungstendenzen eintreten. Ohnehin war damals das ganze Gebiet von der kanadischen bis zur mexikanischen Grenze ein Teil der Union geworden; und 1867 wurde im Norden Alaska von den Russen gekauft.

An der Monroe-Doktrin hielt man fest. Nicht als ob sie dasselbe geblieben wäre, was sie zu Anfang war. Ihr Wortlaut ist nie geändert, aber durch neue Interpretation ist ihr Sinn erweitert worden. Die verschiedenen Auslegungen der Doktrin charakterisieren die verschiedenen Phasen der amerikanischen Politik. Sie ist das politische Dogma der Union geworden; sie ist mehr als einmal angerufen worden, um eine Politik zu begründen, die ihrem ursprünglichen Sinne, ja ihrem Wortlaut zuwider war. Präsident Monroe hatte die europäischen Kolonien in Amerika ausdrücklich anerkannt; trotzdem wurden in den sechziger und siebziger Jahren, ja schon vorher Versuche gemacht, sich des spanischen Kubas zu bemächtigen. Aber es handelt sich hier nicht um eine Frage logischer Widersprüche; es handelt sich nicht um die Logik der Worte, sondern um die Logik der Tatsachen, nicht um den Wortlaut der Monroe-Doktrin, sondern um die amerikanische Politik. Die amerikanische Politik hat sich verändert, oder besser, sie hat sich entwickelt, seitdem die 4 Millionen der ursprünglichen 13 Vereinigten Staaten zu einer Nation von 76 Millionen wurden. Die Monroe-Doktrin ist kein Grundsatz des internationalen Rechts, das von den europäischen Mächten durch Verträge anerkannt worden wäre, sondern sie ist ein einseitiges politisches Programm der Ver-

einigten Staaten. Sie bedeutet für die Amerikaner, die an ihr mit einer fast religiösen Hingebung hängen, die Aufrechterhaltung ihrer politischen Traditionen; aber diese Traditionen wurden nie die Herren, sondern blieben stets die Diener der amerikanischen Politik und mußten sich den veränderten Umständen der Gegenwart anpassen.

Panamerikanismus

Aus der Monroe-Doktrin entsprang der panamerikanische Gedanke. Der Panamerikanismus ist der Weltpolitik entgegengesetzt. Sein Ziel ist, den gesamten amerikanischen Kontinent von der übrigen Welt zu isolieren, ihn aus dem Bereich der Weltpolitik auszuschalten. Dies war bereits durch die Monroe-Doktrin insofern erreicht, als die Unabhängigkeit der mittel- und südamerikanischen Republiken vor europäischen Eingriffen und Kolonisationsversuchen gewährleistet wurde. Dagegen befanden sich diese Republiken durchaus in dem Bereich der Weltwirtschaft. Wirtschaftlich haben sich die Vereinigten Staaten bis vor kurzem nur sehr wenig um die südlichen Schwesterrepubliken gekümmert; der Aufbau der eigenen Volkswirtschaft und der Handel mit Europa nahm sie fast vollständig in Anspruch. Während Südamerika sich der politischen Protektion der Vereinigten Staaten erfreute, wurde es wirtschaftlich ganz überwiegend von Europa und namentlich von England abhängig. Von der ersten Zeit ihrer politischen Selbständigkeit an, wo sie den Londoner Geldmarkt in Anspruch nahmen, um sich finanziell auf eigene Füße zu stellen, bestanden zwischen Südamerika und Europa engere Beziehungen als mit der nordamerikanischen Union. Neben England, Deutschland und auch den romanischen Ländern Europas hatte Nord-

amerika an den südamerikanischen Handels-, Schiffahrts- und Finanzunternehmungen bis auf die neueste Zeit nur einen geringfügigen Anteil. Schon Präsident Grant erklärte es für notwendig, der Union die wirtschaftliche Suprematie auf dem ganzen Kontinent zu erringen; einige Zeit später suchte Staatssekretär Blaine dem Gedanken eine praktische Form zu geben. Er berief i. J. 1889 den ersten panamerikanischen Kongreß ein. Blaines Ziel war, das spanische und portugiesische Amerika der Zollpolitik der Vereinigten Staaten zu unterwerfen, einen panamerikanischen Zollverein zu gründen. Praktische Ergebnisse für die Handelspolitik hatten weder dieser noch die beiden späteren Kongresse von 1901 und 1906. Schon bei den Beratungen des ersten Kongresses traten die wirtschaftlichen Gegensätze deutlich zutage. Die Union wollte in Südamerika nicht nur freie Märkte für ihre Produktion, sondern eine handelspolitische Vorzugsstellung gegenüber der europäischen Einfuhr. Aber die Nordamerikaner waren nicht gewillt, die südamerikanische Einfuhr zollfrei auf ihre eigenen Märkte zu lassen. Argentinische Wolle und argentinischer Weizen sollten in Nordamerika mit dem üblichen Eingangszoll belegt werden. Inzwischen haben sich die größeren südamerikanischen Staaten zur Schutzzollpolitik bekehrt; aber jeder verfolgt im Interesse der öffentlichen Finanzen seine eigene Schutzzollpolitik, und die Idee eines panamerikanischen Zollvereins ist für absehbare Zeit abgetan. Es muß hinzugefügt werden, daß die Voraussetzungen, unter denen Staatssekretär Blaine seine panamerikanische Wirtschaftspolitik für notwendig hielt, nicht eingetreten sind. Es war die Zeit, wo die industrielle Entwick-

lung in den Vereinigten Staaten anfing, große Fortschritte zu machen. Zu der gewaltigen Ausfuhr an Agrarprodukten, namentlich Weizen und Baumwolle, schien eine industrielle Ausfuhr treten zu können. Damals aber war man noch weit entfernt von dem Gedanken, daß Amerika als Industrieland ohne Zollschutz mit Europa, und womöglich gar auf den europäischen Märkten konkurrieren könnte; wenn also die amerikanische Industrie für den Export arbeiten sollte, so mußten Absatzmärkte für sie gefunden werden, wo der europäische Wettbewerb nicht zu fürchten war. Diese Märkte glaubte Blaine in Südamerika gefunden zu haben; dort hoffte er, die Tür für die Vereinigten Staaten offen halten und gegen Europa zusperren zu können. Inzwischen hat sich die amerikanische Industrie unter dem Schutze des Mac Kinley- und des Dingley-Tarifs derartig entwickelt, daß sie mit der europäischen Industrie auf den zollgeschützten Märkten Europas konkurriert und nach Ostasien Waren zu den „Dumping"-Preisen ausführt, die in der Chamberlainschen Agitation der letzten Jahre besonders der deutschen Ausfuhrindustrie zum Vorwurf gemacht wurden.

Der „große Stock"

Die panamerikanische Politik ist seitdem in eine neue Phase eingetreten. Eine Anzahl der romanisch-amerikanischen Republiken geriet in Konflikt mit europäischen Staaten, weil sie ihren Verpflichtungen auf finanziellem Gebiet und auf dem Gebiet der Rechtspflege nicht nachkamen, und zwar unter Umständen, daß man an ihre bona fides nicht glauben konnte. Die Exekutionen, die deshalb von europäischer Seite vorgenommen wurden, erregten in den Vereinigten Staaten große Mißstimmung, weil sie der Monroe-Doktrin, wie sie jetzt ausgelegt

wurde, zuwiderzulaufen schienen. Einige von jenen romanisch-amerikanischen Republiken, zumal solche, deren Bevölkerung durch einen starken Einschlag von Indianer- und Negerblut belastet ist, benutzten diese Stimmung, um sich ihrer Schuldverpflichtungen und den Verpflichtungen, die man an die Rechtspflege eines zivilisierten Staates stellen darf, zu entziehen und hinter dem Wall der Monroe-Doktrin Schutz vor der drohenden Strafe zu suchen. Daß solche Mißstände nicht aufkommen durften, lag auf der Hand. Die Vereinigten Staaten wurden damit vor die Alternative gestellt, entweder Europa selbst, der Monroe-Doktrin zum Trotz, die notwendigen Exekutionen ausführen zu lassen, oder sie selbst vorzunehmen. Bisher hat die Regierung der Vereinigten Staaten vermieden, grundsätzlich zu dieser Frage Stellung zu nehmen. Die europäische Exekution ist ihr augenscheinlich ebenso unsympathisch, wie der Gedanke, in der Rolle des europäischen Exekutors zu erscheinen; denn so würde das romanische Amerika dies Verhältnis auffassen. Ohnehin sind die Sympathien, die die Vereinigten Staaten in dem romanischen Amerika genießen, nicht über jeden Zweifel erhaben. Die süd- und mittelamerikanischen Staaten sehen in der großen Republik des Nordens je nach den Umständen bald den starken Freund, der sie vor Europa schützt, bald gerade die größte Gefahr, die ihre politische Unabhängigkeit bedroht. Auf diese Stimmungen hat die Regierung der Vereinigten Staaten Rücksicht zu nehmen. Präsident Roosevelt hat sie bisher grundsätzlich zwar für berechtigt, aber noch nicht für verpflichtet erklärt, für ein „anständiges" Regiment in jenen Staaten Sorge zu tragen, dessen Notwendigkeit er

mit aller Energie betonte. Er hat den Übeltätern ins Gewissen geredet und ihnen mit dem „großen Stock" der Vereinigten Staaten gedroht. Die amerikanische Regierung hat sich die Freiheit bewahrt, ihre Aktion je nach der Lage des einzelnen Falles einzustellen, so daß sich ihre Politik auf den einzelnen Präzedenzfällen allmählich aufbauen wird. Ein interessanter Präzedenzfall ist in San Domingo geschaffen worden, dessen Zollwesen die Vereinigten Staaten kurzerhand unter ihre vormundschaftliche Verwaltung gestellt haben. Nun fällt das Gebiet, wo die gröbsten Verstöße gegen Völkerrecht und Völkermoral herkömmlich sind, wo also der „große Stock" der Vereinigten Staaten das reichste Arbeitsfeld fände, zusammen mit dem Gebiet, das der Panamakanal strategisch beherrscht. Während die amerikanischen Staaten südlich vom Wendekreis an politischer und wirtschaftlicher Zivilisation zunehmen, ist in dem Bereiche des Karaibischen Meeres bisher wenig Aussicht auf eine ähnliche gedeihliche Entwicklung zu bemerken. Da die Vollendung des Panamakanals dort den unmittelbaren Einfluß der Vereinigten Staaten in jenem Gebiet außerordentlich verstärken muß, so ist es denkbar, daß dort die Monroe-Doktrin allmählich in ein nordamerikanisches Protektorat ausmünden könnte.

Amerika und der Pacific

Wie schon gesagt, empfing die auswärtige Politik der Vereinigten Staaten völlig neue Impulse durch den spanischen Krieg und die Erwerbung der Philippinen. Ganz neuen Datums war diese Orientierung nach dem Westen allerdings nicht gewesen. Schon fünfzig Jahre früher hatten die Vereinigten Staaten bedeutende Interessen im Pacific gehabt. Im Jahre 1842 erklärte die Regierung von

Washington, als England und Frankreich sich mit Absichten auf Hawai trugen, daß sie die Kolonisierung dieser Inseln durch eine europäische Macht nicht dulden und im Notfall mit den Waffen verhindern würde. Das war eine Ausdehnung der Monroe-Doktrin auf einen Teil des Pacific, von der Präsident Monroe selbst sich nichts hätte träumen lassen. Im Jahre 1854 wurde Hawai vorübergehend annektiert. In demselben Jahre setzte der amerikanische Kapitän Perry es durch, daß Japan seine Isolierung aufgab und einige Häfen dem amerikanischen Handel öffnete. Man muß sich erinnern, daß die Union bis zum Sezessionskriege die zweitgrößte Handelsflotte der Welt besessen hat; amerikanische Statistiker geben an, daß sie 1860 sogar die englische überflügelt hätte. Und gerade im Pacific hatten sich die amerikanischen Handels- und Schiffahrtsinteressen besonders kräftig entwickelt. Der Bau der Panamabahn half sie fördern; die stärkere Besiedelung Australiens nach den Goldfunden von 1848 vergrößerte das amerikanische Frachtgeschäft; der englische Teehandel mit China wurde zum guten Teil auf amerikanischen Schiffen verfrachtet, und die durch ihre Schnelligkeit berühmten amerikanischen „Clipper" machten der englischen Schiffahrt im fernen Osten eine scharfe Konkurrenz. Aber der Sezessionskrieg untergrub die amerikanische Handelsmarine. Das Entscheidende waren weniger die Wunden, die die gefürchteten Kreuzer der Konföderierten der Schiffahrt direkt schlugen, als die Panik, die sie auf dem Markte der Schiffahrtsversicherung verursachten. Die Prämien schnellten ungeheuer empor. Die Reeder verkauften ihre Schiffe an England und zogen sich aus dem Geschäft zurück; und

als dann die Revolution im Schiffsbau kam, die das Holz durch Eisen, das Segel durch Dampfkraft ersetzte, da waren Schiffahrt und Schiffsbau in Amerika bereits so desorganisiert, daß sie die Fortschritte der Technik nicht mehr mitmachen konnten und hoffnungslos in den Hintergrund gedrängt wurden. Bis auf den heutigen Tag hat sich die amerikanische Ozeanschiffahrt von jenen Schlägen nicht erholen können.

Panamerikanismus und Weltpolitik

Man könnte von der Zeit vor den Sezessionskriegen sagen, daß Amerika damals schon Weltpolitik getrieben hätte. Aber ebenso wie die russische und englische, spielte sich auch die amerikanische Weltpolitik jener Epoche auf einem relativ isolierten Gebiet ab, dergestalt daß sich die amerikanische Weltpolitik mit der der anderen Mächte nicht verflocht. Gerade das gegenseitige Durchdringen der Politik der Weltstaaten ist aber die Signatur der Periode, in der wir leben. Das gilt von den wirtschaftlichen Verhältnissen ebenso wie von den politischen. Anfang der neunziger Jahre kam in Deutschland die Theorie von den drei kommenden, wirtschaftlich selbstgenügsamen Weltreichen auf, dem russischen, dem größerbritischen und dem panamerikanischen; als Gegenstück dazu sollte ein mitteleuropäischer Zollverein geschaffen werden. Aber die wirtschaftliche Isolierung, die der Theorie jener vier Wirtschaftsgebiete zugrunde lag, hat sich nicht verwirklicht. Statt daß sich mehrere selbstgenügsame, voneinander isolierte wirtschaftliche Systeme gebildet hätten, haben sich die wirtschaftlichen Interessen der großen Nationen immer enger miteinander verwoben. Die Tendenz des letzten Jahrzehnts war, daß sich ebenso e i n e Weltwirtschaft ausbildete,

wie ein Weltstaatensystem. Der politische Ring, der nun den Erdball umspannt, wurde in Ostasien geschlossen. Auch nach dem Sezessionskriege hatten die Amerikaner, in beschränktem Maße wenigstens, ihre früheren Unternehmungen im Pacific wieder aufgenommen. Seit 1870 beunruhigten sich die Australier fortwährend über amerikanische Absichten in Polynesien; die Annexion der Fidji-Gruppe durch England (1874) geschah ganz wesentlich auf Betreiben der australischen Kolonien, in der Absicht, Amerika zuvorzukommen. Im Jahre 1889 begründeten die Vereinigten Staaten mit England und Deutschland ein Kondominium über Samoa. Indem nun Deutschland, Frankreich und Rußland auf der einen, und die Vereinigten Staaten auf der anderen Seite mehr und mehr aus ihrer festländischen Isolierung heraustraten und sich zu Weltstaaten auswuchsen, jene in der Richtung nach Osten, Amerika in der Richtung nach Westen, kamen sie in Ostasien in enge Berührung miteinander; das aufsteigende Japan trat hinzu; England befand sich längst auf dem Plane, und so bildete sich das System der Weltstaaten.

Wenn dies die Tendenzen sind, die fraglos in der Gegenwart vorherrschen, so darf man nicht außer acht lassen, daß daneben die älteren Tendenzen fortbestehen. Es wurde schon darauf hingewiesen, wie die Marokkokrisis sehr lebhaft daran erinnerte, daß neben dem Weltstaatensystem auch das europäische Staatensystem noch existiert. Aber auf der Konferenz von Algeciras waren, worauf wir noch zurückkommen, wenngleich nicht Japan, so doch die Vereinigten Staaten vertreten. Wie für die europäischen Staaten eine alter-

native Politik besteht, die europäische und die Weltpolitik, so besteht für die Vereinigten Staaten neben der Weltpolitik die panamerikanische. Es ist die Alternative der Politik eines isolierten, wirtschaftlich selbstgenügsamen Panamerikanismus und der Politik eines Weltstaates, der durch zahlreiche politische und wirtschaftliche Fäden mit den übrigen Weltstaaten zusammenhängt. Beide Tendenzen wirken nebeneinander fort, die weltpolitische einerseits, die kontinental-europäische und die kontinental-amerikanische andererseits. Die Aktivität großer Nationen läßt sich nicht in den engen Rahmen einer politischen oder wirtschaftlichen Theorie spannen; die vielgestaltige wirtschaftliche Tätigkeit der Individuen strebt nach allen Richtungen auseinander; die Wege des Handels sind unberechenbar. Der letzte panamerikanische Kongreß hat deutlich gezeigt, daß die Vereinigten Staaten die wirtschaftlichen Möglichkeiten in Südamerika über denen in China keineswegs aus den Augen verloren haben. In den letzten Wochen des vergangenen Jahres wies Staatssekretär Root in einer Versammlung in Kansas auf die Notwendigkeit hin, amerikanische Schiffahrtslinien nach Südamerika zu begründen. Besonders in den pacifischen Republiken Südamerikas werden neue wirtschaftliche amerikanische Unternehmungen vorbereitet; die Vollendung des Panamakanals wird namentlich den Weg von den Vereinigten Staaten nach der Westküste Südamerikas verkürzen. So zeigt Amerika ebenso wie Rußland einen Januskopf. Jene politische Alternative wurde in der Presse durch die Nachricht beleuchtet, daß die Vereinigten Staaten die Philippinen aufgeben und sich ausschließlich der wirtschaftlichen Durchdringung Südamerikas

widmen wollten. Eine Nachricht freilich, die mehr die Möglichkeiten der allgemeinen Lage kennzeichnet, als daß sie wörtlich genommen werden dürfte.

Amerika und Europa

Der Eintritt der Vereinigten Staaten in die Weltpolitik hat auch ihre Beziehungen zu Europa beeinflußt. Wenn nach der Monroe-Doktrin einerseits Europa sich aller Einmischungen in die politischen Verhältnisse des amerikanischen Kontinents enthalten, andererseits die Union sich von den europäischen Angelegenheiten fernhalten sollte, so haben die Amerikaner diesen zweiten Teil des Programms nicht ganz genau eingehalten. Die amerikanische Oppositionspartei hat öfter darüber Klage geführt, und in Europa haben namentlich französische Publizisten den Amerikanern diese ihre Inkonsequenz verübelt. Aber der Gang der Entwicklung wird durch politisches Moralisieren nicht aufgehalten; und vor allem darf man, wie gesagt, nicht vergessen, daß die Monroe-Doktrin nicht ein Bestandteil des Völkerrechts ist, das die Politik der Vereinigten Staaten vertragsrechtlich bände, sondern daß sie eine einseitige Erklärung ihrer Politik ist, deren Änderung allein der Entscheidung ihres eigenen politischen Willens unterliegt. Die Teilnahme amerikanischer Delegierter an der Algeciras-Konferenz hat jene Erörterungen von neuem auf die Tagesordnung gebracht. Aber gerade Marokko erinnert daran, daß die Vereinigten Staaten sich auch schon früher an europäischen Angelegenheiten beteiligt haben. Nicht nur, daß sie zusammen mit den europäischen Mächten 1863 und 1880 Verträge mit Marokko geschlossen haben; fast vor hundert Jahren haben sie einen Feldzug gegen die Barbareskenstaaten ge-

führt. Im Jahre 1885 waren sie auf der Berliner Kongokonferenz vertreten; auch damals handelte es sich nicht allein um rein kommerzielle Fragen. Anläßlich der Algeciras-Konferenz führte Senator H. Cabot Lodge in einem Artikel aus, daß es keineswegs der Monroe-Doktrin widerspräche, „wenn die Vereinigten Staaten mit europäischen Mächten Verträge schlössen, die Handel und Schiffahrt beträfen, oder die die Bedingungen der Kriegsführung verbesserten oder den Weltfrieden förderten". Das ist nun schon ein ziemlich weites Programm; denn welche politische Aktion ließe sich schließlich nicht unter dem Gesichtspunkt betrachten, daß sie den Weltfrieden förderte? Aber schon aus den Handelsinteressen, die die Union in Europa, im Mittelmeer und im nahen Orient besitzt, und deren Förderung Washington selbst in seiner Farewell-Adresse ausdrücklich empfahl, folgt mit logischer Notwendigkeit die Pflicht und das Recht, diese Interessen zu schützen. Und nicht nur Handelsinteressen hat Amerika zu schützen, sondern auch einen andern Träger der modernen Weltpolitik, die Missionare, sowohl in Ostasien wie im nahen Orient. Und diese Schutzpflicht führte vor ein paar Jahren zu einer politischen Aktion im Mittelmeer. Unter welche Kategorie man ferner die amerikanische Interventionen zugunsten der rumänischen und russischen Juden betrachten sollte, die vor ein paar Jahren stattfanden, wäre nicht ganz leicht zu sagen, wenn man sich nicht einfach auf den natürlichen Standpunkt stellt, daß es eben der politische Wille der Vereinigten Staaten war, so zu handeln.

Darin ist freilich die amerikanische Politik bisher konsequent gewesen, sich mit keiner europäischen

Macht in ein Bündnis einzulassen, und sie würde sich sicher nicht leichten Herzens dazu entschließen. Als aber während des kalifornischen Schulstreits ein Krieg zwischen Japan und Amerika an die Wand gemalt und daran erinnert wurde, daß ein Krieg mit Japan zugleich einen Krieg mit England bedeutete, da erklärten amerikanische Zeitungen unumwunden, daß man in einem solchen Falle ein Bündnis mit einer anderen europäischen Macht suchen müßte. Ein Symptom, nicht mehr, aber doch ein Symptom, für die Entwickelungsfähigkeit der amerikanischen Politik.

---

6. England und Amerika.

Venezuela-Streit von 1896

Die bestehende politische Entente zwischen England und den Vereinigten Staaten ist von Lord Salisbury begründet worden. Noch vor zwölf Jahren erzeugte der venezolanische Streit eine heftige Krisis zwischen den beiden englisch-redenden Völkern. Der Streit endete zum Vorteil der Amerikaner. Zwar brachte die Londoner Börse, indem sie die amerikanischen Werte auf den Markt warf und den Amerikanern dadurch Verluste von Millionen verursachte, ihnen zum Bewußtsein, wie groß ihre Abhängigkeit von England noch war. Gleichwohl erreichte die Union auf dem politischen Gebiete alles, was sie wollte; und die Stimmung Englands gegen die überseeischen Vettern wurde durch diese nicht hinwegzuleugnende Tatsache nicht gebessert. Während Lord Salisbury in seinen ersten Noten an Staatssekretär Olney der Monroe-Doktrin die Anerkennung

versagte, hat er sie schließlich praktisch in ihrem vollen Umfange anerkannt. Er machte ferner das Zugeständnis, dessen Gewährung er vorher abgewiesen hatte, daß die Streitfrage durch ein Schiedsgericht ausgetragen würde. Die Grenze zwischen Britisch-Guyana und Venezuela, wie das Schiedsgericht sie feststellte, fiel fast genau mit der zusammen, die vorher eine amerikanische Kommission auf Grund geographischer und geschichtlicher Untersuchungen festgelegt hatte. Dann gab aber England in einer Frage von weit größerer Bedeutung nach. Lord Salisbury gab den Clayton-Bulwerschen Vertrag über den mittelamerikanischen Kanal (1850) auf. Es war einer der obersten Grundsätze der britischen Weltpolitik gewesen, daß die Hochstraßen der See ihrem Handel und ihrer Flotte allezeit offen stehen müßten; daß keine der wichtigen Meeresengen in die Hände einer Macht fallen sollte, die sie sperren könnte; daß der Sund, die Dardanellen, die Straße von Gibraltar, der Suezkanal und der mittelamerikanische Kanal niemals in die Gewalt einer Macht ersten Ranges geraten dürften. Schon als die ersten Projekte des Nikaragua- und des Panamakanals in greifbarer Gestalt auftauchten, suchte England Stützpunkte an und bei dem Isthmus, sowohl auf der pazifischen wie auf der atlantischen Seite, zu gewinnen. Obwohl der Besitz von Jamaika und seine maritime Überlegenheit England die strategische Herrschaft über das Karaibische Meer gaben, sagte schon im Jahre 1822 Canning: Kuba dürfte nie in die Hände einer großen Seemacht fallen. Als 1898 der spanisch-amerikanische Krieg ausbrach, war es von Anfang an klar, daß Kuba für alle praktischen Zwecke maritimer Politik unter die Gewalt Amerikas

Panama-Kanal

kommen würde, und Englands strategische Stellung im Karaibischen Meer mußte dadurch berührt werden. Gleichwohl machte England jenes Canningsche Prinzip nicht zur Richtschnur seiner Politik. Nachdem es ruhig zugesehen hatte, wie die Amerikaner sich in dem Eingange des Karaibischen Meeres strategisch festsetzten, zog es sich von seiner Position am Isthmus selbst zurück. In dem Clayton-Bulwerschen Vertrag von 1850 hatte England das Kompromiß erzielt, daß der künftige mittelamerikanische Kanal neutral sein, und daß zugleich England und Amerika seine Neutralität garantieren sollten. Noch vor einigen zwanzig Jahren hatte die englische Regierung mit der französischen Rats gepflogen, wie sie verhindern könnten, daß der Panamakanal unter die alleinige Kontrolle der Amerikaner käme. Aber in dem Hay-Pauncefote-Vertrag verzichtete England rundweg auf die Rechte, die der Vertrag von 1850 ihm gab, und der Panamakanal wurde eine rein nationale Angelegenheit der Amerikaner. Freilich waren dem Abschluß des zweiten, definitiven Hay-Pauncefote-Vertrags lange diplomatische Kämpfe vorausgegangen. Noch im Februar 1901 wies Lord Lansdowne die amerikanischen Forderungen mit großer Entschiedenheit zurück, die er im Dezember desselben Jahres schließlich angenommen hat. Allein schon der erste Hay-Pauncetote-Vertrag vom 5. Februar 1900 zeigt, daß England die Politik, die es mindestens seit fünfzig Jahren, seit dem Abschluß des Clayton-Bulwer-Vertrags verfolgt, nunmehr aufgegeben hatte.

Britische Flottenpolitik

Diese neue Haltung, die England gegenüber der Union einnahm, offenbarte sich weiterhin in der britischen Flottenpolitik. Die vielbesprochene Re-

organisation und Neuverteilung der englischen Flotte, die im Dezember 1904 eingeleitet wurde, bringt dies deutlich zum Ausdruck. Ihre strategischen Grundsätze waren, wie natürlich, aus der veränderten politischen Konstellation heraus konzipiert worden. Im Gebiet des Karaibischen Meeres wurde die Flottenstation auf St. Lucia aufgegeben, und die Regierungswerft auf Jamaika geschlossen. England zog die Symbole seiner Macht aus seinem westindischen Besitze zurück. Die Kolonien sahen mit Mißbehagen und Unruhe, wie die Garnisonen so verringert wurden, daß sie nur noch die Bedeutung von Polizeitruppen behielten, die in Friedenszeit die Ordnung aufrechterhalten konnten. Mr. Balfour hat noch kurz vor seinem Rücktritt eine Abordnung aus Westindien empfangen, die die Regierung um stärkere Garantien militärischer Sicherheit bat. Aus diesen Umständen entstand die eigentümliche Lage, daß bei dem Erdbeben in Kingston ein amerikanischer Admiral den Gouverneur von Jamaika mit Truppen und Schiffen unterstützen wollte; ein Anerbieten, das den britischen Gouverneur besonders deshalb verletzt haben mag, weil es die tatsächliche Abhängigkeit der englischen Kolonie von den Vereinigten Staaten so deutlich ans Licht brachte. Zugleich entschloß sich England, die Flottenstationen von Halifax und Esquimault aufzugeben und sie der kanadischen Regierung zu überlassen, unter deren Verwaltung sie auf absehbare Zeit nicht die geringste strategische Bedeutung besitzen werden.

Abrüstung Englands gegenüber Amerika

Es ist, wie Sir Charles Dilke es definierte, augenscheinlich die Politik Englands, daß alle künftigen Differenzen zwischen England und den Vereinigten Staaten schiedsgerichtlich oder auf eine andere Weise

ausgetragen werden sollen, die den Gebrauch von Waffengewalt absolut ausschließen. Es wäre allerdings eine Übertreibung, zu sagen, daß England gegenüber Amerika völlig abgerüstet hätte. Freilich kann England Kanada gegen die Amerikaner nicht verteidigen. Auch ist England entschlossen, nur die eine seiner beiden großen Landgrenzen militärisch zu verteidigen, nämlich die indische. Kanadas eigene militärische Kräfte sind völlig unzulänglich, das Land gegenüber einem etwaigen amerikanischen Angriff zu halten. Andererseits ist die Macht, die den Vereinigten Staaten als Kornkammer Englands zugeschrieben wird, oft übertrieben worden.

Man hat gesagt, daß die Vereinigten Staaten es in ihrer Gewalt hätten, durch Sperrung ihrer Getreideausfuhr England in ein paar Wochen auszuhungern. Es ist aber daran zu erinnern, daß Ausfuhrverbote in den Vereinigten Staaten verfassungswidrig sind, und eine Änderung der amerikanischen Verfassung läßt sich nicht im Augenblick durchsetzen. England ist in seiner Einfuhr von Lebensmitteln längst nicht mehr auf die Vereinigten Staaten allein angewiesen. Die Getreideausfuhr der Vereinigten Staaten geht beständig zurück, da der innere Konsum mit der wachsenden Bevölkerung steigt. Der Londoner Getreidemarkt ist von der Chicagoer Weizenbörse unabhängig genug geworden, daß er vor ein paar Jahren von einer starken Hausse in Chicago einfach keine Notiz mehr nahm. Während also England mit Bezug auf seine Volksernährung unabhängiger von Nordamerika geworden ist, ist die Union als Kolonialmacht in Hawai, in den Philippinen und Samoa leicht verwundbar geworden; und die amerikanische Kriegsflotte wird auf absehbare Zeit hinaus nicht

imstande sein, den ostasiatischen Handel gegen die englische Seemacht zu schützen.

Kolonialpolitischer Ausgleich

Lord Salisbury machte den Versuch, einen Ausgleich zwischen England und Amerika über die lange Reihe der vorhandenen Streitfragen kolonialpolitischer und fischereirechtlicher Natur zustande zu bringen. Diese Fragen, die namentlich Kanada berührten und häufig die Ursache größerer oder geringerer Friktionen zwischen beiden Regierungen gewesen sind, sollten aus der Welt geschafft werden. Die Politik kolonialpolitischer Ausgleiche wurde übrigens nicht allein gegen Amerika verfolgt. Mit Deutschland wurde über gewisse afrikanische Besitzungen das vielbesprochene geheime Abkommen geschlossen, das aber infolge seines konditionellen Charakters, da die Voraussetzungen nicht eintraten, ohne Folgen geblieben ist. Mit Rußland stand England in Ausgleichsverhandlungen, als der ostasiatische Krieg ausbrach. Mit Frankreich ist durch das Abkommen vom 8. April 1904 tatsächlich ein umfassender kolonialpolitischer Ausgleich zustande gekommen. Die Verhandlungen mit Amerika fanden 1898 und 1899 statt. Das Programm umfaßte die Fragen der Fischerei im Behringsmeer und im Atlantic, die Erhaltung des Fischbestandes in den Großen Seen, die Alaska-Grenzfrage, Handelsreziprozität zwischen Kanada und der Union, und einige andere wirtschaftlich-politische Fragen, die Kanada interessierten. Aber die Verhandlungen, die zuerst in Quebec und dann in Washington geführt wurden, kamen nicht zum Ziel, da eine Verständigung über die Alaskafrage zur Zeit unmöglich war. Wenige Jahre später wich freilich England auch in der Alaskafrage den amerikanischen Ansprüchen, und die Aus-

Alaska

gleichsverhandlungen sind in jüngster Zeit wieder aufgenommen worden.

England hatte also binnen weniger Jahre den Vereinigten Staaten in dem Venezuelastreit, in den Fragen des Panamakanals und der Alaskagrenze eine sehr große Nachgiebigkeit bewiesen; und die öffentliche Meinung Englands, mehr als die amerikanische, rechnete auch die endgültige Regelung der Samoafrage unter dieselbe Rubrik. Daß auf diese Politik Englands gegenüber Amerika die Beobachtungen großen Einfluß hatten, die es während des Burenkrieges hatte machen müssen, ist wohl außer Zweifel. Auf dem ganzen Kontinent übte die Presse eine scharfe Kritik an der englischen Politik, so daß die Vorstellung einer französisch-russisch-deutschen Kombination auftauchte. So wollte England sich wenigstens mit Amerika gut stellen und war bereit, einen hohen Preis dafür zu zahlen. Und Englands Bemühungen war es in erster Linie zu verdanken, daß die Beziehungen der beiden Regierungen sich wesentlich befriedigender und nach und nach auch herzlicher gestalteten als vorher.

Zwischen den beiden Nationen bestehen ja von je so viele enge Beziehungen, daß sie sich, zumal in den Jahrzehnten, wo Amerika außer der Monroe-Doktrin keine auswärtige Politik hatte und wo die Vereinigten Staaten weit mehr ein importierendes als ein exportierendes Land waren, als Brudervölker betrachteten, die entgegengesetzte Interessen kaum haben konnten. Eine Ausnahme machte die Periode des Sezessionskrieges, wo in England eine starke Parteinahme für die Südstaaten bestand; und auch die Alabama-Frage hatte die Wirkung einer vorübergehenden Entfremdung. Außerdem be-

einflußten die Iren in Amerika die öffentliche Meinung ihres zweiten Vaterlandes im Sinne ihrer englandfeindlichen Bestrebungen. Dagegen pflegten die englischen Imperialisten, die in den 80er Jahren zu Einfluß kamen, die Beziehungen zu Amerika mit besonderem Eifer. Zumal der ältere Imperialismus hatte einen starken Einschlag von Rassegedanken; mit dem politischen Gedanken, das Britische Reich zu konsolidieren, vermischte sich die Idee eines Allangelsachsentums, die auch die Vereinigten Staaten diesem politischen System angliedern wollte. Allangelsachsentum
Von diesen Ideen galt freilich, was Lord Salisbury von dem damaligen Plane der Imperial Federation sagte: es eignete sich mehr zu schönen Reden als zu politischer Argumentation. Zweifellos aber sprach Mr. Chamberlain durchaus die allgemeine Stimmung der Engländer aus, als er in einer Rede in Toronto Ende 1897 sagte: „Ich muß es ablehnen, von den Vereinigten Staaten als von einer fremden Nation zu sprechen. Wir sind einer Rasse und eines Blutes. Ich muß es ablehnen, irgend einen Unterschied zwischen den Interessen der Engländer von England, von Kanada und den Vereinigten Staaten zu machen. Wir sind die Zweige einer einzigen Familie."

Auch die englische Presse läßt es sich angelegen sein, diese Stimmung dauernd zu pflegen. Ob dies immer noch der privaten Uberzeugung der Mehrzahl der Engländer entspricht, muß dahingestellt bleiben. Die wirtschaftliche Expansion Amerikas, die starke Konkurrenz, die die Amerikaner den Engländern auf dem Weltmarkt machen, dürfte manchem gezeigt haben, daß die Idee des Allangelsachsentums an den realen Tatsachen des Wirtschaftslebens scheitern muß. Es mag auch dahingestellt bleiben, ob die

Amerikaner jene englischen Gesinnungen völlig erwidern. In Neuyork gibt es freilich heute noch Kreise, die englischer gesinnt sind als die Engländer selbst. Die Erwerbung von Grundbesitz in dem „Old Country", die Aufnahme in die Londoner Gesellschaft oder eine Heirat in die englische Aristokratie erscheinen noch manchem amerikanischen Millionär als eine Promotion auf der gesellschaftlichen Stufenleiter. Aber wie steht es mit den übrigen Amerikanern? Diejenigen unter ihnen, die von Iren, Deutschen, Holländern abstammen sowie die Nachkommen der neueren osteuropäischen Einwanderung können schwerlich die Bluts- und Kulturgemeinschaft mit England empfinden. Für sie wird das Wort „Angelsachse" nur ein anderer Ausdruck für „Amerikaner". Gibt es doch in Chicago einen italienischen Angelsachsenklub und einen polnischen Angelsachsenklub. Auch sonst werden in Amerika, ganz allgemein gesprochen, politische Gefühle doch nur unter der Voraussetzung zu politischen Motiven, daß keine amerikanischen Interessen darunter leiden könnten. Wie aber dem sein mag, die politische Tatsache muß festgestellt werden, daß in England die Regierung wie die öffentliche Meinung die Amerikaner als ein Brudervolk betrachten, so wie etwa die Reichsdeutschen die deutschen Österreicher als Brudervolk betrachten. Die Gefahr der wirtschaftlichen Konkurrenz Amerikas hat daran nichts geändert. In der Agitation für das Chamberlainsche Programm wenigstens wurde stets Deutschland als der gefährlichste Wettbewerber Englands hingestellt, während die amerikanische Konkurrenz nach Möglichkeit ignoriert wurde. Das war zum guten Teil politische Taktik. Deutschland war in England ohne-

hin unpopulär; man benutzte also die herrschende Mißstimmung gegen Deutschland, um die Agitation für das Chamberlainsche Programm zu schüren.

Haltung der englischen Presse

Nun gehört es zu der weisen Taktik der englischen Presse, auf einmal nur gegen eine Nation den Federkrieg zu führen. Ist gegen Rußland zu polemisieren, so läßt man Deutschland in Ruhe; ist Deutschland der Sündenbock, so wird den russischen Journalisten kein Anlaß gegeben, auf englische Preßangriffe zu antworten. Um keinen Preis aber hätte die englische Presse zu gleicher Zeit gegen Deutschland und Amerika polemisiert. Die englische Presse ist im höchsten Grade eifersüchtig auf die Liebe der Amerikaner. Äußern die Amerikaner freundschaftliche Gesinnungen gegen Deutschland, so wittert man in Fleet-Street, daß deutsche Intrigen am Werke seien, um in die englisch-amerikanische Brüderlichkeit einen Keil zu treiben. Ebenso hieß es in der Londoner Presse, Graf Cassini säte Zwietracht zwischen England und Amerika, als der russische Botschafter vor dem Ausbruch des ostasiatischen Krieges versuchte, die Amerikaner zu einer objektiven Würdigung der russischen Auffassung zu bewegen. Auch den Franzosen wurden vor der Zeit der Entente cordiale ähnliche Ränke in Washington zugeschrieben. Wollte aber die englische Presse bei ihrer Agitation für die Tarifreform die amerikanische Konkurrenz mit derselben Energie bekämpfen wie die deutsche, so hätte sie befürchten müssen, selbst eine Annäherung der öffentlichen Meinung von Amerika und Deutschland herbeizuführen.

Unter diesen Umständen war die englische Presse weit davon entfernt, in der gewaltigen Aus-

dehnung des amerikanischen Ausfuhrhandels, in den Anfängen des amerikanischen Kolonialwesens und Imperialismus Anzeichen einer gefährlichen Rivalität zu entdecken. Vielmehr begrüßte sie all dies mit den Ausdrücken aufrichtigster Freude als eine Gewähr für die Festigung der angelsächsischen Interessengemeinschaft. Amerikas Eintritt in die Weltpolitik würde die Politik beider Länder ähnlicher gestalten, sie mehr in eine Parallele bringen. Zu der Blutsverwandtschaft träte die Wahlverwandtschaft. Und in der Tat führte die amerikanische Weltpolitik zu einer Interessengemeinschaft mit England im fernen Osten.

Englisch-amerikanische Entente

Seit dem spanischen Kriege hatte sich der politische Horizont der Amerikaner mit überraschender Plötzlichkeit erweitert. Sie begannen den fernen Osten von neuem zu entdecken, und da sich gerade damals ihr ostasiatischer Handel vermehrte, so wurde ihr Interesse um so lebhafter. Amerika beanspruchte seinen Anteil in der Ernte, die der ferne Osten versprach; und da eine Aufteilung Chinas in Interessensphären den späten Ankömmling unberücksichtigt gelassen hätte, so übernahm Amerika die Führung in der Vertretung des Grundsatzes der „Offenen Tür". In der englischen Presse ist besonderer Nachdruck darauf gelegt worden, daß Staatssekretär Hay anderthalb Jahre lang Botschafter in London gewesen war, bevor er das Amt des Staatssekretärs übernahm. In London hätte er den weltpolitischen Blick bekommen, und aus London hätte er die Erkenntnis der politischen Interessengemeinschaft mit England nach Washington genommen. Wie dem auch sei, wir finden, daß John Hay, ehe er sein Rundschreiben zugunsten der „Offenen Tür" an die Mächte richtete, sich zunächst der Zustimmung

Deutschlands vergewisserte. Der amerikanische Botschafter in Berlin, Mr. White, erhielt den Auftrag, die Absichten der deutschen Politik zu erkunden und erhielt einen befriedigenden Bescheid. Danach erklärten auch die übrigen Mächte ihre Zustimmung zu dem amerikanischen Programm. Auch während des Boxeraufstandes identifizierte sich die amerikanische Politik weder mit der englischen, noch mit der europäischen überhaupt, sondern nahm eine gewisse Sonderstellung ein. Erst die Verschärfung des japanisch-russischen Konfliktes führte zu einer stärkeren Konvergenz der amerikanischen Politik mit der englischen und begründete recht eigentlich die Entente zwischen den beiden englisch-redenden Nationen. Vor dem Kriege und während seiner ganzen Dauer war die öffentliche Meinung Amerikas durchaus projapanisch und antirussisch. Eine Reihe von Ursachen, die mit dem ostasiatischen Konflikt nichts zu tun hatten, trugen dazu bei. Sowohl bei der Abneigung gegen Rußland wie bei der Sympathie für Japan sprach das Gefühl beträchtlich mit. Schon die diplomatische Aktion zugunsten der russischen Juden hatte die antirussische Stimmung in den Vereinigten Staaten deutlich zu erkennen gegeben; die Antipathie gegen das reaktionäre Regime in Rußland und die Sympathie mit dem fortschrittlichen Japan hatten bei den Amerikanern Vorurteile geschaffen, die nicht leicht zu untergraben waren. Was in Wahrheit nur japanische Interessen waren, nahm man für japanische Rechte; Japan erschien in der Rolle des Kämpfers für Recht und Freiheit, für die Freiheit der „Offenen Tür"; und von da war es nicht mehr weit bis zu der unübertrefflichen Phrase, die die herrschende Stimmung am besten kennzeichnete, daß

Japan „für angelsächsische Ideale kämpfe". Diese Parteinahme der öffentlichen Meinung in Amerika ist nicht zu verstehen, wenn man sich nicht mit der Organisation des Preßwesens vertraut gemacht hat. Und zwar handelt es sich nicht allein um die amerikanische, sondern auch um die englische Presse.

Einfluß der englischen Presse auf Amerika

Soweit es sich um europäische Angelegenheiten handelte, war die öffentliche Meinung in Amerika jahrzehntelang in London fabriziert worden. Die amerikanische Associated Press hatte nur einen Korrespondenten für Europa, mit dem Sitze in London. Alles was die amerikanische Presse über Europa erfuhr, ging ihr von diesem Londoner Korrespondenten zu, und der meldete, wie es in der Natur der Sache lag, die Depeschen der englischen Telegraphenbureaus und der großen Londoner Zeitungen und die Urteile der englischen Presse. Das amerikanische Publikum konnte also gar nicht umhin, die gesamte europäische Politik durch die englische Brille zu betrachten. Die öffentliche Meinung in Amerika trug den Stempel „made in England". Solange sich die amerikanische Politik auf den amerikanischen Kontinent beschränkte, konnte man auf dem europäischen Festlande diesen Dingen mit Gelassenheit zusehen. Als sich aber Amerikas Eintritt in die Weltpolitik vollzog, bekamen die festländischen Nationen ein Interesse daran, daß hierin Wandel geschafft würde. Nach dem spanischen Kriege ergriffen europäische Diplomaten in Washington die Initiative. Besonders eifrig war Herr Jules Cambon, der damalige Vertreter Frankreichs in Washington und jetzige Botschafter in Berlin. Es verdroß ihn, daß sämtliche Nachrichten über Frankreich, die in der

Die amerikanische Presse und Europa

amerikanischen Presse erschienen, ausschließlich vom englischen, anstatt vom amerikanischen Standpunkt aus behandelt wurden: es war noch vor der Entente cordiale! Um dieselbe Zeit erregte sich die amerikanische Presse heftig über die amerikafeindlichen Äußerungen eines deutschen Blattes. Es war kein Blatt, das in Deutschland selbst die politische Bedeutung besaß, die ihm in Amerika zugeschrieben wurde; aber seine Äußerungen waren nach London und von dort nach Neuyork telegraphiert worden, und über hundert amerikanische Zeitungen druckten sie ab. Die deutschamerikanische Presse protestierte lebhaft gegen eine solche Verfälschung der öffentlichen Meinung. So war von französischer und von deutscher Seite aus ein kräftiger Anstoß gegeben, daß die Associated Press einen eigenen Nachrichtendienst auf dem europäischen Kontinent organisierte und überall amerikanische Journalisten als Korrespondenten anstellte. Dieser neue Dienst begann mit dem Jahre 1903; und wenn der Jahrzehnte alte Einfluß der englischen Presse auch heute noch nicht überwunden ist, so haben wir doch seitdem mehrfach mit Genugtuung sehen können, daß die amerikanische Presse aus Berlin aufklärende Meldungen über die deutsche Politik brachte, die sie durch Reuter oder die Londoner Times nie erhalten hätte; und umgekehrt wurden nun diese Nachrichten von Neuyork nach London telegraphiert.

Die amerikanische Presse und Ostasien

Die Ausdehnung dieses amerikanischen Nachrichtendienstes konnte sich indes, schon aus pekuniären Gründen, erst allmählich entwickeln. Es war schon viel dadurch gewonnen, daß sich die amerikanische Berichterstattung über das festländische Europa selbständig gemacht hatte. Was aber die

Nachrichten über den fernen Osten anging, so war London nach wie vor das Clearinghaus für die ganze Welt. Das blieb es auch während des ostasiatischen Krieges. Von den Orten, wo die Associated Press keine eigenen Korrespondenten hatte, bekam sie die Nachrichten von dem Reuterschen Bureau.

Äußerlich war dieser Depeschendienst amerikanisch, innerlich englisch. Das amerikanische Kabel im Pacific war damals noch nicht gelegt; nur von den Philippinen erhielt die amerikanische Presse direkte, wirklich amerikanische Berichte. Freilich hatten einige große amerikanische Zeitungen eigene Korrespondenten. Aber der Außendienst ist für die Zeitungen kostspielig, und es war billiger, Kräfte zu engagieren, die sich bereits an Ort und Stelle befanden und die zugleich für andere Zeitungen arbeiten konnten. Ein großer Teil dieser amerikanischen Korrespondenten waren die Herausgeber und Mitarbeiter der englischen Zeitungen in Ostasien — meistens Engländer. Auch ein Teil der Londoner Presse wird von diesen bedient; so ist z. B. der Times-Korrespondent in Tokio der Besitzer und Herausgeber der „Japan Mail", eines Blattes, das von der japanischen Regierung subventioniert wird. Auch die amerikanischen Kriegskorrespondenten waren der Mehrzahl nach Engländer: aus dem einfachen Grunde, weil die englische Presse eine Menge gut geschulter Korrespondenten an Ort und Stelle gesandt hatte. Und als sich der Krieg lange hinzog, und nicht nur auf russischer, sondern auch auf japanischer Seite eine strenge Zensur geübt wurde, riefen die Amerikaner ihre Korrespondenten zurück, und der Nachrichtendienst wurde englischer denn zuvor.

Diese inneren Verhältnisse der Zeitungswelt könnten an sich nur wenig Interesse beanspruchen, wenn sie nicht politische Folgen hätten, über deren Ursachen man sich klar sein muß. Wir leben nicht in einem so kosmopolitischen Zeitalter, daß die Nationalität der Zeitungskorrespondenten außer Betracht käme. Wenn die Auffassung der geschichtlichen Vergangenheit, die den Leidenschaften und den Interessen der Gegenwart längst entrückt ist, je nach der Nationalität des Geschichtschreibers verschieden gefärbt ist, so gilt das in weit bedeutenderem Maße von dem Zeitungsberichterstatter. Noch heute streiten Deutsche und Engländer, ob bei Waterloo Blücher oder Wellington gesiegt habe. Um so verschiedener werden Journalisten verschiedener Nationalität die Angelegenheiten des Auslandes betrachten, wenn aktuelle nationale Interessen auf dem Spiele stehen. Dieselben Reuterschen Depeschen werden in Deutschland als unrichtig empfunden, die nach englischer Auffassung wahre Muster von Objektivität sind. Bedeutung der Presse

Wie die Verhältnisse nun einmal lagen, war es nicht zu verwundern, daß die öffentliche Meinung in Amerika ein Abklatsch der englischen war. Die englische Presse war gegen Rußland und für Japan; ebenso die amerikanische. Die englischen Korrespondenten griffen nicht nur die russische, sondern auch die deutsche Politik in Asien an; die amerikanische Presse druckte es ab. Ohne es selbst gewahr zu werden, gewöhnten sich die Amerikaner, den antirussischen und den projapanischen Standpunkt zu identifizieren, und eine Folge davon war, daß nicht nur der englische, sondern auch der amerikanische Geldmarkt sich den Japanern erschloß. Die

Japaner hingegen hatten auch diesen Teil des politischen Lebens des Westen studiert und ihre Folgerungen daraus gezogen. Die englischen Journalisten, die die Presse des fernen Ostens, Englands und Amerikas beherrschten, unterstützten selbst die Japaner mit Rat und Tat. So wurde in London ein japanisches Preßbureau gegründet, mit Zweigniederlassungen auf dem europäischen Festlande und in Amerika; neben Depeschen wurden allgemein gehaltene Artikel über Japan, die selbstverständlich in keinem japanfeindlichen Sinne geschrieben waren, der Presse zur Verfügung gestellt.

„Je règne avec les gazettes": dies Wort Napoleons I. gilt auch heutzutage, heute mehr denn je.

Zweiter Teil.

7. Grundlagen der auswärtigen Politik Englands.

I. Gesellschaft und Politik.

England gesellschaftlich zentralisiert

Deutschland hat einen Staat und keine Gesellschaft; England hat eine Gesellschaft und keinen Staat. Ein großer Teil der Funktionen, die in Deutschland durch den Staat geschehen, werden in England durch die gesellschaftlichen Organisationen verrichtet. Das gesellschaftliche und das politische Leben Englands — beides hängt aufs engste zusammen — ist ebenso zentralisiert, wie das deutsche dezentralisiert ist. England hat nur eine einzige Gesellschaft mit dem Sitze in London. Die Londoner Gesellschaft ist die Gesellschaft von England. In den Monaten, wo die Londoner Season tot ist, besteht die Gesellschaft auf dem Lande aus ganz denselben Menschen und Klassen wie die in der Hauptstadt. Was in Manchester, Birmingham, Liverpool oder in der schottischen Hauptstadt die Gesellschaft heißt, ist für den politischen Beobachter gänzlich belanglos; denn die englische, d. h. die Londoner Gesellschaft, ist eben ganz wesentlich eine politische Gesellschaft.

Deutschland gesellschaftlich dezentralisiert

Deutschland besitzt dieselben gesellschaftlichen Elemente wie England, aber in einer wesentlich anderen Organisation. Deutschland hat nicht eine

Einzahl, sondern eine Mehrzahl von Gesellschaften. Jeder Bundesstaat und manche Provinz der größeren Bundesstaaten haben ihre eigenen gesellschaftlichen Zentren. Der deutsche Adel hat seine Paläste nicht in Berlin. Selbst von den Mitgliedern des preußischen Herrenhauses hat so mancher keine ständige Wohnung oder ein eigenes Haus in der Hauptstadt. Man kann den deutschen Adel wohl mit dem englischen vergleichen, aber dann darf man nicht allein an den provinziellen Adel der einzelnen Bundesstaaten denken, sondern muß die Mediatisierten und auch die kleineren regierenden Häuser hinzurechnen. Ein Beobachter englischen Lebens wird leicht das Stück Wahrheit erkennen, das trotz der augenscheinlichen Übertreibung in dem Urteil Georg von Bunsens liegt: deutscher Adel seien nur die Mediatisierten und die baltischen Barone, alles andere aber sei nur preußischer, bayrischer und sonstiger Provinzadel. Besäße Deutschland neben dem Reichstage ein Oberhaus, so würde sich der deutsche Adel regelmäßig während einiger Monate im Jahre in Berlin zusammenfinden, wie der englische Adel in London. So aber gravitiert ein Teil des deutschen Hochadels, zumal des katholischen aus Süddeutschland und auch aus Schlesien nicht nach Berlin, sondern nach Wien, während einem anderen Teil die süddeutschen Residenzen einen gesellschaftlichen und auch einen politischen Mittelpunkt bieten. Wenn dennoch ein Teil dieses Adels von Berlin angezogen wird, so geschieht es weniger durch die Anziehungskraft der Berliner Gesellschaft, die der Anziehungskraft der Londoner entfernt nicht gleichkommt, als durch die Potsdamer Garderegimenter. England hat eine einzige gesellschaftliche Hierarchie, die die ganze

Nation umfaßt. Deutschland hat fast so viele gesellschaftliche Hierarchien, als es Bundesstaaten besitzt, und noch einige mehr. Denn Berlin ist nicht einmal der gesellschaftliche Mittelpunkt von ganz Preußen. Nicht nur die westlichen Provinzen, sondern auch z. B. Schlesien und Ostpreußen haben ihre eignen gesellschaftlichen Zentren in den großen Provinzhauptstädten. London ist England; so oft aber Berlin den Ausspruch erhebt, Deutschland zu sein, so regnet es Proteste von allen Seiten.

Nicht minder verschieden als die vertikale, ist die horizontale Gliederung der deutschen und der englischen Gesellschaft. England hat den festländischen Gegensatz zwischen Adel und Bürgertum niemals in einer so ausgeprägten Form gekannt. Da in England der Adelstitel nur auf den ältesten Sohn übergeht, während die jüngeren Söhne und Brüder Commoners bleiben, so hat sich keine scharfe ständische Scheidung zwischen Adel und Bürgertum ausgebildet. In England gab es kein städtisches Bürgertum, das sich gegen den Landadel einerseits und gegen die Bauern andererseits streng abgeschlossen hätte. Die englischen Städte haben in den Jahrhunderten vor der modernen Großindustrie weder wirtschaftlich noch politisch jemals eine ähnliche Selbständigkeit und Bedeutung erreicht wie die deutschen Städte seit dem Mittelalter. Bis ins 19. Jahrhundert hinein lag der politische und wirtschaftliche Schwerpunkt Englands in London und in den agrarischen Grafschaften des Südens und Ostens. Erst seit dem Ende des 18. Jahrhunderts, durch die Entstehung der modernen Großindustrie, begann der bis dahin bedeutungslose Nordwesten, das „schwarze England", den Vorrang anzustreben. Vorher gab

es nur eine einzige große englische Stadt. Schon in der Römerzeit, das ganze Mittelalter hindurch, war London in aller und jeder Beziehung die Hauptstadt des Landes, und schon im Mittelalter waren die Londoner Patrizier politisch mit der Landaristokratie aufs engste verbunden. Die englische Sprache hat kein Wort, das dem deutschen „Bürgertum" oder dem französischen „Bourgeoisie" irgend entspräche. Deutschland besaß in allen seinen Territorien, in die es politisch zersplittert war, drei qualitativ verschiedene Gesellschaften: die bäuerliche, die bürgerliche und die adlige. In England war alles das anders. Einen Bauernstand besitzt es längst nicht mehr; das Wort „peasant", das früher einen Bauern bedeutete, ist deklassiert und bedeutet heute einen Landarbeiter. Die englische Gesellschaft kannte und kennt zwar Gradunterschiede, und sehr bedeutende Gradunterschiede, aber keine ständischen Qualitätsunterschiede, die in Deutschland, wie die gesellschaftliche Bewertung einzelner Berufe zeigt, noch immer eine gewisse Geltung besitzen.

Jede Gesellschaft ist dem Begriffe nach etwas Aristokratisches. Jede Gesellschaft, die den Namen verdient, strebt nach Verfeinerung der Sitten und Lebensformen; und der „Kodex von Konvenienzen", den sie ausbildet, ist ein ganz wesentlicher Teil ihres Bestandes. Das gilt natürlich auch von der Vielheit von Gesellschaften in Deutschland. Aber ihr strenger Abschluß nach unten erschwerte es ihr lange Zeit, sich durch die Aufnahme neuer aufstrebender Elemente aus den Mittelklassen zu bereichern; während ihre territoriale Zersplitterung verhinderte, daß eine nationale Aristokratie, d. h. eine Gesellschaft, die die oberen Klassen der ganzen Nation umfaßte, sich

bilden konnte. Der allgemeinen Kultur und den gesamten Lebensanschauungen hat in England die Aristokratie, in Deutschland das Bürgertum den Stempel aufgedrückt, und da die Begriffe sowohl der Aristokratie wie der Demokratie heutzutage häufig in ganz mißverstandener oder mißverständlicher Bedeutung gebraucht werden, so sei ausdrücklich daran erinnert, daß das Bürgertum in Deutschland etwas durchaus Wesensverschiedenes von der Aristokratie wie von der Demokratie ist.

Die aristokratische Gesellschaft

Um die heutige englische Gesellschaft zu verstehen, muß man auf die Vergangenheit zurückgreifen. Vor hundert und noch vor fünfzig Jahren war die Londoner Gesellschaft identisch mit der englischen Aristokratie. Das war kein Adel in kontinentalem Sinn: nicht allein die Träger der Adelstitel, sondern auch die titellosen jüngeren Söhne und Brüder und die Vettern näheren und entfernteren Grades gehörten dazu. Es waren die regierenden Klassen, die die Selbstverwaltung und die Zentralverwaltung des Landes in Händen hatten, aus deren Kreisen sich das Parlament, die Kirche, die Armee und die höhere Advokatur rekrutierte. Diese Gesellschaft war in sich geschlossen. Man wußte ganz genau, wer dazu gehörte und wer nicht. Entweder man stand drinnen oder draußen. Sie war exklusiv, wenn auch weniger exklusiv als die alten adligen Gesellschaften Deutschlands und Frankreichs. Sie rekrutierte sich beständig aus den Mittelklassen. Talent der Männer, vor allem politisches Talent, Schönheit der Frauen war für viele ein Freibrief. Beim Reichtum war man kritisch, prüfte, wie er erworben war. Aber es waren doch immer nur einzelne, die in die aristokratische Gesellschaft auf-

genommen wurden. Noch in den fünfziger und sechziger Jahren gehörten zu der Londoner Gesellschaft nicht mehr als etwa 500—700 Personen. Jeder kannte den anderen, die meisten Herren waren in Eton oder Harrow auf der Schule und in Oxford oder Cambridge auf der Universität gewesen. Jedes Jahr traf man sich während der Saison in London auf dem Korso, bei den Rennen, in den Klubs, auf Gesellschaften, Bällen und Diners. Bei den großen Festen traf man dieselben Menschen, ein fremdes Gesicht fiel schnell auf. Ja man fand, wie Sir W. Fraser in seinen Erinnerungen an Disraeli erzählt, sogar überall dieselben Lohndiener. London, d. h. die aristokratische Gesellschaft Londons, hatte damals nur ein paar wirklich fashionable Lohndiener, die jedermann kannten und die imstande waren, den Namen jedes neuen Gastes, der den Festsaal betrat, richtig auszurufen, ohne Verwechselung und Verwirrung anzurichten. In ihren äußeren Verhältnissen glich also die damalige Londoner Gesellschaft der einer deutschen Provinzstadt, nur daß sie eben die Aristokratie Englands war.

Aufsteigen der Mittelklassen

Die alte Londoner Gesellschaft war identisch mit den regierenden Klassen. Sie war, wie schon gesagt, eine politische Gesellschaft. Sie teilte sich in die beiden Parteien, Tories und Whigs, aber sie bildete die höhere Einheit über den Parteien. Nun ging mit der ersten Parlamentsreform von 1832 ein Teil der politischen Macht auf die Mittelklassen, auf die junge industrielle Bourgeoisie über. Aber erst seit den siebziger Jahren gewann diese Bourgeoisie gesellschaftliche Anerkennung, wurde als Klasse in die Gesellschaft aufgenommen. Vorher war das nur einzelnen geglückt, jetzt begann sich die Gesellschaft

der Zahl nach wesentlich zu erweitern; immerhin behielt sie noch eine große Geschlossenheit. Ihre innere Kraft zeigte sich darin, daß sie imstande war, eine große Klasse, deren gesellschaftliche Kultur vielfach erst in der zweiten oder auch nur in der ersten Generation bestand, sich zu assimilieren, ohne von ihren Formen und Überlieferungen etwas Wesentliches aufzugeben.

Ausdehnung der Gesellschaft

Noch Mitte der achtziger Jahre konnte man den Kreis der Gesellschaft mit einer gewissen Sicherheit abzirkeln; heute ist das nicht mehr möglich. Besonders zwei Ursachen haben diese Änderung herbeigeführt. Die Zersplitterung der liberalen Partei im Jahre 1886 untergrub die politische Grundlage der Gesellschaft, die politischen Bande, die ursprünglich ihre Kohäsion bewirkt hatten, lösten sich. Dazu kam eine Veränderung in der wirtschaftlichen und sozialen Struktur Englands, auf die wir noch zurückkommen. Die Gesellschaft erweiterte sich so, daß sie jetzt nicht mehr nach Hunderten, sondern nach Tausenden zählte, der Begriff der Gesellschaft verlor die alte konkrete Bedeutung. Wer früher in einen Teil der Gesellschaft eingeführt war, war damit in die ganze Gesellschaft eingeführt. Inzwischen ist die Gesellschaft so übergroß geworden, daß sie sich in einzelne Teile und Gruppen aufgelöst hat, und wer in eine Gruppe eingeführt ist, besitzt damit noch nicht den Zutritt zu den übrigen. Man müßte heute innerhalb der Londoner Gesellschaft eine Reihe verschiedener Gesellschaften unterscheiden, die sich freilich untereinander berühren, so daß einzelne Gruppen mehreren Gesellschaften angehören, wie die gemeinschaftlichen Segmente exzentrischer Kreise.

Soziale Veränderung in der Gesellschaft

Die heutige politische Gesellschaft, die eigentliche legitime Erbin der alten Gesellschaft, ist längst nicht mehr identisch mit der englischen Aristokratie. Ein Teil der englischen Aristokratie gehört zu der politischen Gesellschaft, ein anderer Teil steht außerhalb; daneben sind aber die oberen Mittelklassen weit stärker in der politischen Gesellschaft vertreten wie früher. Die soziale Veränderung, die sich innerhalb der Gesellschaft vollzogen hat, spiegelt die Wandlungen der englischen Volkswirtschaft wider. Der Squire, der englische Rittergutsbesitzer, ist längst nicht mehr der Prototyp der Londoner Gesellschaft. Die Landwirtschaft bringt nichts mehr ein, die gesellschaftlichen Ansprüche sind gewaltig gewachsen, die Preise trotz des Freihandels gestiegen. Der Kapitalreichtum Englands hat sich in den letzten 30 und besonders in den letzten 15 Jahren ungeheuer vermehrt, man hat den Zuwachs in dieser Zeit auf 160 Milliarden Mark geschätzt. Dementsprechend haben sich die Luxusausgaben gesteigert, deren sich niemand entziehen kann, der zur Gesellschaft gehören will. Ein Squire, der mit einem Jahreseinkommen von ein paar tausend Pfund am Hofe des Prinzgemahls eine gesellschaftliche Rolle spielen konnte, sieht sich heute in den Hintergrund gedrängt. Anders steht es mit denjenigen Lords, deren Landbesitz ganze Provinzen umfaßt, deren Grundeigentum an Bergwerken und städtischen Mietshäusern eine ständig steigende Rente abwirft, und die ihre Millionen in sicheren Werten angelegt haben. Wenn ein Teil der Gentry teils absolut, teils relativ verarmt ist, so ist doch der Typus des reichen grundbesitzenden Magnaten noch keineswegs ausgestorben. Aber da die Landwirtschaft nichts mehr

einbringt, so hat sich fast die gesamte Aristokratie an industriellen und kaufmännischen Unternehmungen beteiligt. Cum grano salis könnte man behaupten, daß es kaum eine große industrielle oder kommerzielle Unternehmung gäbe, die nicht einige betitelte oder unbetitelte Mitglieder der Aristokratie zu Direktoren hat. Das Handbuch der Aufsichtsräte weist eine überraschend große Zahl von Namen von Abgeordneten und Peers auf, unter der letzten konservativen Regierung durften sogar die Minister ihre Aufsichtsratsposten beibehalten.

Alte und neue Plutokratie

Die neue Klasse, die zuerst neben der Aristokratie zur gesellschaftlichen Geltung kam, war die der Industriellen und Kaufleute des „schwarzen" England. Die beiden hervorragendsten Staatsmänner, die diese Klassen in der älteren und der jüngeren Generation hervorgebracht haben, waren Sir Robert Peel und Mr. Josef Chamberlain. Die wirtschaftlichen Interessen dieser Klassen beherrschten im wesentlichen die englische Politik. In jüngster Zeit hat eine neue Entwicklung begonnen: England fing an, sich aus einem Industriestaat in einen Rentner- und Gläubigerstaat umzuwandeln. Die Industrie hat die vorherrschende Stellung in der englischen Volkswirtschaft verloren. In dem Jahrzehnt von 1892—1902 stieg nach Schultze-Gävernitz das Einkommen von Geschäftsunternehmungen und liberalen Berufen in der Sechsmillionenstadt London um 52,8 Millionen Pfund Sterling; davon in der Londoner City allein um 40,8 Millionen, in Lancashire dagegen nur um 11,5 Millionen. London hat heute so viel Geschäftseinkommen wie ganz England zusammen. Die Bankdepots nehmen in London zu, in den Provinzen und in Schottland nehmen sie ab. Und die Londoner

City selbst hat sich wirtschaftlich verändert. Während früher die hohe Bankwelt unumschränkt regierte, trat ihr in der Effektenbörse ein Rivale zur Seite, der ihr zeitweise bereits über den Kopf zu wachsen schien. Die Londoner Effektenbörse lebt aber nicht von der englischen Industrie, der Reederei und dem Außenhandel, sondern von dem Handel mit kolonialen und exotischen Werten. Der weitreichende Einfluß der Stockexchange beruht einmal darauf, daß der Geldmarkt von ihr abhängig geworden ist, und andererseits darauf, daß eine große Menge großer und kleiner Kapitalisten ihre Werte kaufte, deren spekulativer Charakter sie anlockte. Die Einführung der Pfund-Aktie erleichterte die Beteiligung der kleinen Sparer am Börsenspiel, und die nationale Leidenschaft der Engländer für Wette und Spiel kam ihrer spekulativen Tätigkeit mehr als halb entgegen.

Auch der neue Typus des Finanzmannes hat seinen Weg in die Londoner Gesellschaft gefunden. Heiraten zwischen Familien der Aristokratie und Plutokratie sind längst nichts Seltenes mehr; manche von den Millionären der Stockexchange gehen zu Hofe wie einst die Squires, und ihre Söhne werden auf den aristokratischen Public Schools mit jungen englischen Gentlemen zu englischen Gentlemen erzogen. Auch diese neuen plutokratischen Elemente, die zum guten Teil ausländischer Herkunft sind, wurden dem nivellierenden Einflusse der herrschenden Gesellschaftsformen unterworfen, wurden nicht nur nationalisiert, sondern auch aristokratisiert. Diese assimilierende Kraft der Londoner Gesellschaft wird besonders deutlich, wenn man an Berlin denkt, wo mangels einer nationalen Aristokratie die neu aufsteigenden Klassen und die zuwandernden Elemente

nicht einem herrschenden gesellschaftlichen System eingefügt und untergeordnet werden konnten, so daß anstatt einer einheitlichen Gesellschaft ein gesellschaftliches Chaos trat.

Indes hat diese neue Plutokratie zwar den Eingang in einige oder auch viele Kreise der englischen Gesellschaft gefunden, aber noch nicht in die eigentliche politische Gesellschaft. Nicht nur die Rothschilds versagen den jungen Millionären ihres Glaubens die gesellschaftliche Anerkennung, sondern ganz allgemein diejenigen Kreise der Aristokratie und der Mittelklassen, die die politische Gesellschaft bilden. Diese nimmt vielleicht einzelne Individuen auf, aber nicht die ganze Klasse. Der Antagonismus zwischen den alten und den neuen wirtschaftlichen Mächten: Industrie, Handel, Reederei und Bankwelt einerseits und der Börse andererseits spielen mit hinein, und der bestimmende Einfluß auf die englische Politik ist bisher bei den alten wirtschaftlichen Mächten verblieben.

II. Auswärtige Politik und Parlament.

Fairplay im Parlament

Die aristokratische Gesellschaft ist, wie schon gesagt, die höhere Einheit über den beiden Parteien der Tories und Whigs und später der Konservativen und Liberalen gewesen. Infolgedessen konnte in dem Parlament, unbeschadet der aufs höchste ausgebildeten Parteidisziplin und Parteiloyalität, ein Korpsgeist herrschen, der sich wohl in keinem anderen Parlament wiederfindet. Versuchen wir es an einem Beispiel aus dem deutschen Studentenleben zu verdeutlichen: das englische Unterhaus erinnert an die Verhandlungen in dem Konvent einer und derselben Verbindung, in der verschiedene Mei-

nungen einander gegenüberstehen; der deutsche Reichstag erinnert an einen allgemeinen Studentenausschuß, in dem alle Korporationen der Universität vertreten sind, die gegeneinander nicht notwendig die freundschaftlichsten Gesinnungen hegen. Man begegnet in dem englischen Parlamentsleben immer wieder dem Zuge, daß nicht nur einzelne Abgeordnete, sondern auch Führer der verschiedenen Parteien zusammen dinieren und bei geselligen Veranstaltungen kameradschaftlich miteinander verkehren. In der viktorianischen Epoche gab es im Grunde nur drei Fälle, wo die Parteileidenschaft so hoch aufwallte, daß der gesellschaftliche Friede in die Brüche zu gehen drohte. Der erste und schlimmste Fall waren die indischen Debatten vom Jahre 1858, als es sich nach dem großen Aufstande darum handelte, die indische Herrschaft der Kompagnie abzunehmen und auf den Staat zu übertragen, den zweiten Anlaß gab die Homerulebill von 1886 und den dritten der Burenkrieg. Natürlich beruht diese Kameradschaft nicht zuletzt auf der Tatsache, daß die große Mehrheit der Abgeordneten ausnahmslos Gentlemen sind, Männer von unabhängigen Mitteln und guter Erziehung, während man dies Wort im richtigen englischen Sinne weder auf sämtliche Mitglieder des Reichstags, noch anderer Parlamente anwenden kann. Denselben Umständen verdankt England, trotz aller Schärfe des Parteikampfs, die beneidenswerten Formen der politischen Polemik, die im großen und ganzen auch die englische Presse — von den jüngsten billigen Produkten des Londoner Journalismus abgesehen — auszeichnen. Die abweichende Meinung des Gegners wird bekämpft, aber die Achtbarkeit seiner

Motive wird nicht in Zweifel gezogen, bis nicht das Gegenteil erwiesen ist. Diese Atmosphäre des englischen Parlaments hat sich bis auf die Gegenwart erhalten. Parlamentarische Neulinge, die anfangs andere Sitten einführen wollten, konnten sich schließlich der erzieherischen Wirkung dieser Atmosphäre nicht entziehen. Canning sagte, er habe noch keinen Demagogen gesehen, der nicht nach sechs Monaten parlamentarischen Lebens in seine natürlichen Dimensionen zusammengeschrumpft sei, und ähnliche Beispiele könnte man auch noch aus der neusten Zeit anführen. Und wenn dennoch etwa einige irische Abgeordnete dem Ideal englischer Gentlemen nicht ausnahmslos entsprechen, und wenn auch einmal vor fünfzehn Jahren die „Mutter der Parlamente" die Szene einer solennen Rauferei gewesen ist, so ändert das doch nur wenig an dem Gesamtbilde.

Fairplay in der auswärtigen Politik

Aus diesen Verhältnissen heraus hat sich eine bestimmte Norm für die Methoden des politischen Kampfes gebildet, die aus dem Sportsideal des Fairplay abgeleitet ist. In dem parlamentarischen Leben — bei den Wahlen drückt man ein Auge oder auch beide Augen zu — ist dies Ideal des Spielplatzes in hohem Maße verwirklicht. Nur vollzieht sich ein so großer Teil der englischen Politik in der Öffentlichkeit, daß das uneingeweihte englische Publikum selbst gänzlich im unklaren darüber bleibt, wieviel sich hinter den Kulissen und hinter verschlossenen Türen abspielt. In der Einbildung, daß alle wichtigen Aktionen, auch der auswärtigen Politik, sich auf offener Schaubühne zutrügen, hat sich das Publikum daran gewöhnt, auch die Methoden der auswärtigen Politik an dem Ideal des Spielplatzes zu

messen. Dies geschieht unter der selbstvertändlichen Voraussetzung, daß die Politik Englands jenem Ideal entspräche, und mit der Kritik sittlicher Entrüstung, wenn die auswärtige Politik eines Landes, das vielleicht das Unglück hatte, dem Donnergott in Printing-Square zu mißfallen, in der englischen Presse als das Gegenteil von Geradheit, Offenheit und Aufrichtigkeit erscheint. Und derartige Eindrücke werden verstärkt durch Indiskretionen und Taktlosigkeiten deutscher Memoirenschreiber von dem Schlage eines Moritz Busch, während die Verfasser englischer Memoiren oder Biographien ausnahmslos Gentlemen von politischer Bildung sind, die sich ihrer Verantwortung und der Tragweite ihrer Veröffentlichungen vollauf bewußt sind. In Wirklichkeit bedient sich die englische Diplomatie natürlich derselben Mittel, wie die jedes anderen zivilisierten Landes. Sie ist ebensowenig ein Ausbund bürgerlicher Moralität wie die deutsche die Verkörperung eines gewissenlosen Macchiavellismus. Wie verbreitet aber in der englisch redenden Welt die Vorstellung ist, daß auch die auswärtige Politik Englands nach den Moralgesetzen des Spielplatzes geführt würde, sehen wir aus der Selbstbiographie Andrew Whites. Dieser amerikanische Diplomat hatte an das Fairplay der englischen Diplomatie fest geglaubt, bis ihm Englands Haltung in dem Venezuela-Streit von 1895 und die Methode, mit der Sir Robert Morier in der Frage der Behringsee-Fischerei die Schachpartie gegen ihn gewann, diese Illusion raubte. Und in der „Times", die sonst mit der Miene vollendeter Ehrbarkeit gegen den „Zynismus" der deutschen Realpolitik und der deutschen Presse zu Felde zog, wurden bei der

Besprechung des Whiteschen Buches gerade diese Stellen mit verständlichem, wenn auch inkonsequentem zynischen Behagen besprochen.

Theorie von der Suprematie des Parlaments

Die Vorstellung, daß die gesamte auswärtige Politik Englands sich in der Öffentlichkeit vollzöge, daß das Parlament eine wirkliche Kontrolle darüber ausübe, ergab sich ganz natürlich aus der konstitutionellen Theorie. Die Suprematie des Parlaments, seine Herrschaft über die Exekutive, war nach Gladstone ein „kardinales Axiom" der englischen Verfassung. Tatsächlich aber war es eben nur eine Theorie. In der Frage der auswärtigen Politik hat das Parlament niemals eine wirkliche und dauernde Kontrolle über das Auswärtige Amt und das Kabinett besessen. Aber diese Theorie erhielt sich in England selbst, und auch im Ausland. Sie erhält Nahrung aus den häufigen Anfragen, die im Parlament an die Minister gerichtet werden, ohne alle die Umständlichkeiten, die mit einer Interpellation im Deutschen Reichstag verbunden sind, und aus der Veröffentlichung der Blaubücher. Indes fällt in den Antworten, die die Minister auf die Anfragen der Abgeordneten geben, die Auskunft, wenn es irgend im Interesse der Sache liegt, sehr mager aus. Das ist heute noch so, wie es vor fünfzig Jahren Lothar Buchers sarkastische Feder geschildert hat: „Der Minister enthält die Auskunft vor. Wie er das macht, hängt von seinem Temperament, seiner Geschicklichkeit ab. Der eine verweigert rundweg die Antwort: „aus hohem Pflichtgefühl", „in Betracht seiner Verantwortlichkeit", „im Interesse des Dienstes". Die Sache schwebt, der diplomatische Hexenkessel kocht, die Massen sind im Fluß, das Gold ist beinahe fertig, ein profaner

Interpellationen

Blick, und alles wäre verdorben, der Stein der Weisen würde zu Kohle. Hohes Haus bebt in abergläubischem Schauder zurück und ergibt sich in seine Unwissenheit. Lord Palmerston erreicht denselben Zweck auf eine andere lustigere Weise: er springt mit einer Behendigkeit auf, als habe er die Interpellation gar nicht erwarten können. Er ist „äußerst glücklich, ja dankbar, daß sein ehrenwerter Freund, wenn er denselben so nennen darf — der ehrenwerte Freund, in der Regel ein junges Mitglied, errötet — die Sache vor das Haus gebracht, dem alle Diener Ihrer Majestät verantwortlich, dem nichts zu groß und nichts zu klein ist, dessen Weisheit die Geschicke Englands leitet". Er „beeilt sich, mit Vergnügen die vollständigste Auskunft zu geben". Und er sagt entweder eine faktische Unrichtigkeit oder einen sorgfältig erwogenen Doppelsinn oder eine Abgeschmacktheit oder eine Insolenz." — Heute werden die Anfragen vorher schriftlich eingereicht, so daß Zeit genug bleibt für die sorgfältige Abfassung der Antwort. Ist der Unterstaatssekretär kein gewandter Debatter — jahrzehntelang war ja die auswärtige Politik im Unterhause durch den Unterstaatssekretär vertreten, während der Staatssekretär im Oberhause saß — so liest er die schriftlich formulierte Antwort vor. Dann sucht der Fragesteller ihn wohl in die Enge zu treiben und leitet aus der unbefriedigenden Antwort das Recht zu neuen Fragen ab. In dem Falle aber legt sich der Speaker ins Mittel und erklärt weitere Fragen für geschäftsordnungswidrig. Ist der Unterstaatssekretär aber ein gewandter Debatter, so sagt er in der zweiten Antwort mit mehr Worten ebensowenig wie in der ersten.

Auch die Blaubücher verschweigen regelmäßig den interessantesten Teil der diplomatischen Korrespondenz. Als Lord Castlereagh († 1821) auswärtiger Minister war, hatten die diplomatischen Vertreter Englands im Auslande zweierlei Depeschen an das Auswärtige Amt zu richten, es wurde eine geheime Korrespondenz für die Minister und daneben eine zweite zum Zwecke der Veröffentlichung geführt, um dem Parlament Sand in die Augen zu streuen. Die Blaubücher werden sehr sorgfältig zugestutzt; wenn das Auswärtige Amt seine Redaktion fertig hat, so erhalten die Diplomaten im Auslande die Korrekturen, um zu streichen, was die Regierungen und Höfe, bei denen sie akkreditiert sind, unangenehm berühren könnte, oder dessen Veröffentlichung ihre eigene Stellung erschweren könnte. Außerdem gilt die Regel, daß die Zustimmung der auswärtigen Regierungen eingeholt wird, wenn etwas von ihren Depeschen abgedruckt werden soll; daneben gibt es private und inoffizielle Berichte, die an sich nicht in die Blaubücher kommen. Von Bismarck wird erzählt, er habe die Aufforderung, Blaubücher zu veröffentlichen, mit der Begründung abgelehnt, daß er die Zahl der Beamten des Auswärtigen Amtes nicht unnötig vergrößern wolle.

Blaubücher

Es wäre ganz unausführbar, daß ein Parlament von 670 Mitgliedern oder vielmehr, da in England das Parteisystem herrscht, die ministerielle Partei von mindestens 350 Mitgliedern, die auswärtige Politik Englands leiten könnte. Von der Leitung der auswärtigen Politik gilt, was Macaulay von der Führung eines Heeres sagte: „Manchmal hat ein Dummkopf oder ein Feigling ein Heer mit Erfolg

Einfluß des Parlaments auf die äußere Politik

kommandiert, aber ein Debattierklub niemals." Auch hat England nichts, was der Kommission für auswärtige Angelegenheiten in dem amerikanischen Senate entspräche. Allerdings übt das Parlament, oder genauer, die ministerielle Partei im Parlament, auf die allgemeine Richtung und Tendenz der auswärtigen Politik einen gewissen Einfluß aus; aber dieser Einfluß wird dadurch abgeschwächt, daß die ministerielle Partei, sobald das Kabinett die Vertrauensfrage stellt, eher ihre Meinungen und Prinzipien opfern und für die Minister stimmen wird, als die Regierung stürzen und ihre Gegner ans Ruder bringen.

Die auswärtige Politik wird also in England in ähnlicher Weise geführt, wie in den übrigen europäischen Staaten. Der Premierminister, der Staatssekretär des Auswärtigen und der Monarch sind allein regelmäßig über alle wichtigen Eingänge und Ausgänge unterrichtet. Die große Mehrzahl der übrigen Minister sind nicht eingeweiht; wie wir ja auch aus den Denkwürdigkeiten des französischen Generals André wissen, daß er als Kriegsminister nicht den Text des Bündnisses mit Rußland gekannt hat. Und in England wird das Amtsgeheimnis mit äußerster Pflichttreue gehütet. In England sind es nicht allein die Minister, die zu schweigen verstehen. Der Plan des Jameson-Raid von 1896 ist etwa 20 Personen in London vorher bekannt gewesen, darunter Journalisten, und das Geheimnis wurde doch gewahrt. Schon die Jungen in den Public Schools werden gelehrt, daß die Fähigkeit zu schweigen größere Sicherheit im Leben gewährt.

Aus alledem ergibt sich, daß weder aus den Blaubüchern und der Beantwortung der Interpella-

tionen, noch aus den parlamentarischen Debatten die Richtung und namentlich die Motive der englischen Politik mit zuverlässiger Deutlichkeit erkennbar sind. Wenn ministerielle Erklärungen im Parlament abgegeben werden, so ist die taktische Wirkung, die beabsichtigt war, in Rechnung zu bringen. Obendrein müssen die fast unvermeidlichen Ungenauigkeiten in Betracht gezogen werden, die die telegraphischen Berichte für die auswärtige Presse mit sich bringen. Vor 20 Jahren schrieb Sir Charles Dilke: „Parlamentarische Resümees werden den auswärtigen Zeitungen in einer sehr unvollkommenen Form telegraphiert; sie werden zwar von den Staatsmännern des Auslandes mit Aufmerksamkeit gelesen, aber sie bringen nicht genügend in Anschlag die Verstümmelung durch den Telegraphen, die Versehen des Übersetzers und die Übertreibungen, die aus der Parteipolitik herrühren . . . Die Staatsmänner des Auslandes sind geneigt, die Debatten im Westminster so zu lesen, als enthielten sie die wirklichen Enthüllungen unserer Politik, und als wären die Depeschen und die Memoranda unserer Staatsmänner und Botschafter weniger zuverlässiges Material.“ Es entzieht sich natürlich der allgemeinen Kenntnis, ob dies Urteil damals oder heute für die Staatsmänner des Auslandes zutraf. Was dagegen die Presse betrifft, so hat diese Kritik zweifellos eine gewisse Geltung.

III. Auswärtige Politik und öffentliche Meinung.

Von der öffentlichen Meinung spricht man fast nur noch im Gegensatz zum Parlament. Man denkt

an die außerparlamentarische öffentliche Meinung, vor allem also an die Presse und ihr Publikum, und deren Einfluß auf die auswärtige Politik haben wir nunmehr zu behandeln. Man kann diesen Einfluß kaum unterschätzen, die öffentliche Meinung herrscht in England nahezu souverän. Das Parlament hat einen großen Teil seiner früheren Macht an sie verloren. Früher herrschte die im Parlament organisierte, heute herrscht die außerparlamentarische öffentliche Meinung.

Demokratisierung der Verfassung

Diese Entwicklung, deren Ergebnis die verringerte Macht des Parlaments ist, vollzog sich durch die Demokratisierung der englischen Verfassung. Die Erweiterungen des Wahlrechts schwächten die politische Macht der aristokratischen Gesellschaft. Die erste Wahlreform von 1832 verschaffte der industriellen Unternehmerklasse das Wahlrecht zum Parlament, die beiden folgenden von 1867 und 1885 den Arbeitern. Die Parteien waren genötigt, sich zu demokratisieren. Hierzu hat niemand so viel beigetragen, als Mr. Josef Chamberlain. Er führte zuerst das „Caucus"-System in England ein, er schuf eine zentralisierte Parteiorganisation, die durch ein eng verzweigtes Netz lokaler Wahlvereine die Wähler beherrschte und indirekt die Abgeordneten unter ihre Macht beugte. Die Abgeordneten wurden immer weniger die Repräsentanten und immer mehr die Delegierten der Wählerschaften; es bestand eine starke Tendenz, die Mandate imperativ zu machen. Der Leiter der Parteiorganisation gewann auf diese Weise außerhalb des Parlaments eine Macht, die er zwar nur bei den Wahlen direkt anwenden konnte, die ihm aber im Parlament einen großen Einfluß gewährleistete. Mit

diesen Methoden begründete Mr. Chamberlain seine parlamentarische Machtstellung. Im konservativen Lager tat Lord Randolph Churchill es auf dieselbe Weise, indem er die Wähler gegen die offizielle Parteileitung mobil machte.

Gladstone und Chamberlain

Gladstone war der erste, der als Minister durch eine demagogische Agitation seine politische Macht auf die Massen der Wähler basierte. Er tat es mehr instinktiv als bewußt, er schien selbst überrascht zu sein, als „das, was außerhalb des Parlaments war, zu einer Bedeutung heranwuchs, die das, was innerhalb des Hauses war, überragte". Aber schon von Gladstone wurde gesagt, daß er nicht mehr das Volk durch das Parlament, sondern das Parlament durch das Volk beherrschte. Weit klarer erkannte Mr. Chamberlain, der eine Generation jünger war als Gladstone, diese Entwicklung, und er zog viel konsequenter die Folgerungen, die sich daraus ergaben. Er förderte bewußt die Demokratisierung des Parteiwesens und des ganzen öffentlichen Lebens; er erweckte die öffentliche Meinung zu dem Bewußtsein ihrer Macht, um sich an ihre Spitze zu stellen und sie zu beherrschen, es ist kein Zufall, daß er sich als grundsätzlichen Freund des Referendums bekannte. So entstanden weit direktere Beziehungen zwischen der Regierung, d. h. den Parteiführern und Ministern, und den Wählerschaften. Wenn die Minister die öffentliche Meinung für ihre Pläne bearbeiten, sich eine öffentliche Meinung schaffen wollten, so bedienten sie sich weit weniger des Parlaments als der Rednertribüne. Die persönliche Agitation zur Wahlzeit und ebenso während der Parlamentsferien nahm einen Umfang an, der

früher unerhört gewesen wäre. Das Parlament verlor an Ansehen, Einfluß und Macht nach oben wie nach unten. Nach oben, indem sich das Kabinett von der immer schwächer werdenden Kontrolle des Parlaments mit Absicht und Bewußtsein emanzipierte; besonders Lord Salisbury und Mr. Balfour bildeten ein System der Kabinettsregierung aus, das im striktesten Gegensatz zu der konstitutionellen Theorie von der Suprematie des Parlaments stand. Desgleichen mußte das Parlament einen Teil seiner Macht nach unten abgeben. Die Kontrolle, die es früher über die Regierung besessen hatte, ging auf die öffentliche Meinung über, und vor allem auf die Macht, die den stärksten regelmäßigen und unmittelbaren Einfluß auf sie ausübt: die Presse.

Kabinettsregierung

Bedeutung der Londoner Presse

Die öffentliche Meinung der Wählerschaften oder, wie man es konkreter ausdrücken darf, der industriellen Klassen, hat ihre Stärke in den Provinzen, die Zentren ihrer Macht liegen außerhalb Londons. Dagegen ist die englische Presse eine Kraft der Zentralisation. Da es unsere Aufgabe ist, nur die Grundlagen der auswärtigen und nicht auch der inneren Politik Englands zu skizzieren, so dürfen wir von der englischen Provinzpresse und ebenso von der schottischen Presse gänzlich absehen. Soweit die englische Presse überhaupt Einfluß auf die auswärtige Politik hat, ist es die Londoner Presse. Die Provinzpresse ist in dieser Hinsicht bedeutungslos. Die großen Londoner Zeitungen erscheinen des Morgens, werden also nachts gedruckt, die erste Auflage geht in die Provinzen. Als durch die Aufhebung des Zeitungsstempels die Möglichkeit, größere Provinzblätter zu gründen, geschaffen wurde, taten sich die Londoner Zeitungen

zusammen und schickten ihre Blätter täglich mit Extrazügen ins Land. In einem weiten Umkreis von London finden die Leser die Londoner Blätter auf ihrem Frühstückstisch, selbst in Manchester und Liverpool treffen sie gegen 1/211 Uhr des Morgens ein. Rechnet man dazu die größeren Mittel der Londoner Presse, ihren besseren Nachrichtendienst und alle die übrigen Vorteile, die eine hauptstädtische Presse an sich besitzt, so ist es keine Übertreibung, zu sagen, daß die öffentliche Meinung Englands, soweit die auswärtige Politik in Frage kommt, in London gemacht wird.

Die politischen Elemente Londons

Was ist nun die öffentliche Meinung und wessen Meinung ist sie? Die Presse ist ihr Organ. Aber in wessen Namen spricht die Presse? Welche Stände und Klassen sind es, die die Presse beeinflussen und sich wiederum von ihr beeinflussen lassen? Wir haben gesehen, daß in den Fragen der äußeren Politik England von London in ähnlicher Weise beherrscht wird, wie Frankreich von Paris, aber im Gegensatz zu Paris ist es in London nicht die Demokratie, die die öffentliche Meinung konstituiert. In der Londoner Arbeiterbevölkerung herrscht eine große politische Teilnahmslosigkeit, sie hat nie eine ähnliche Rolle gespielt, wie dieselben Elemente in Paris. Die großen populären Bewegungen der neueren englischen Geschichte sind stets von Provinzstädten ausgegangen: Cobdens Agitation wurzelte in Manchester, Chamberlains Hochburg ist Birmingham. In London haben es trotz seiner gewaltigen Arbeiterbevölkerung die Trades-Unions nur auf einen geringen Anhang gebracht. Es fehlt den Massen in London an Zusammenhalt. Eine wesentliche Ursache hier-

von liegt in der Eigentümlichkeit der Londoner Stadtverfassung. Es ist bekannt, welche politische Bedeutung der Pariser Munizipalrat seit langer Zeit besessen hat. London dagegen ist nie eine einheitliche Stadtgemeinde gewesen; es war stets nur ein Conglomerat zahlreicher Gemeinden, die ohne gemeinsame Ziele und Interessen nebeneinander hinlebten. Kommunalpolitisch war die größte Stadt der Welt bis tief in das 19. Jahrhundert hinein eine Art Krähwinkel. Seit etwa 15 Jahren gibt es nun zwar einen Londoner Grafschaftsrat, dem verschiedene Verwaltungsbefugnisse für das gesamte hauptstädtische Gebiet übertragen sind, aber andere wichtige Teile der Verwaltung sind bei der City und den 28 Gemeinden — Gemeinden von 100- bis 400000 Einwohnern — geblieben, in die London heute zerfällt. Vor zwanzig Jahren aber gab es nicht einmal diese Stadtgemeinden, damals war die Verwaltungseinheit das Kirchspiel. Unter diesen Umständen hat sich ein bedeutender hauptstädtischer Gemeinsinn in London bisher nicht entwickelt. Die heutige Verwaltung der einzelnen Londoner Stadtgemeinden hat einen ausgesprochen provinziellen, um nicht zu sagen kleinstädtischen Charakter. Diese Vertretungen der Londoner Boroughs können sich schlechterdings nicht als das Herz der Nation fühlen. Eher hätte der junge Londoner Grafschaftsrat, zumal solange er in den Händen der Radikalen war, auf solche ehrgeizige Gedanken kommen können, aber er richtete sein Hauptaugenmerk auf die sozialen Fragen. Der Ehrgeiz, als Vertretung der Reichshauptstadt die äußere Politik zu beeinflussen, fehlte ihm vollständig. Die eigentliche Vertretung Londons als der englischen Hauptstadt liegt immer

noch bei der patrizischen Korporation der City, die mit ihren alten geschichtlichen Traditionen und ihren Ehrenrechten, ihrem Reichtum und ihrer gesellschaftlichen Geltung den Grafschaftsrat an Einfluß weit überragt, wenngleich sie sich nicht auf ein populäres Mandat berufen kann.

Ein zweiter Grund liegt in den wirtschaftlichen Verhältnissen Londons. London ist nicht das industrielle, sondern immer nur ein kommerzielles Zentrum Englands gewesen. Die Londoner „Gesellschaft" lebt von ihren Renten. Die Londoner Arbeitermassen sind nicht wie in den Industriebezirken in Trades-Unions organisiert und stellen nichts weniger als die Blüte der englischen Arbeiterklasse dar. Dem Londoner Bürgerstand fehlt die Klasse des großindustriellen Unternehmertums. London ist noch immer ein Hauptquartier für den Außenhandel; aber Londons Hafen ist längst von Liverpool und auch von Glasgow überholt worden. Sieht man von der City ab, so beschränken sich die wirtschaftlichen Funktionen der werktätigen Klassen von London wesentlich darauf, für den Konsum der Sechsmillionenstadt und für den Luxus der Upper-ten-thousands zu sorgen. Der kleine Mittelstand wird zwischen den beiden Mühlsteinen des Kapitalismus und des Sozialismus zerrieben; er hat Mühe, bei gleichbleibenden oder abnehmenden Einnahmen die äußere Respektabilität zu bewahren: wirtschaftlich kraftlos, und in ererbter Ehrfurcht vor Aristokratie und Plutokratie, folgt er willig deren Führung.

Politische Gesellschaft und öffentliche Meinung identisch

Es sind die oberen Klassen und die oberen Schichten der Mittelklassen oder, was dasselbe sagt, die politische Gesellschaft, die die öffentliche Mei-

nung Londons und damit Englands konstituieren. Daraus folgt, daß nur diejenigen Zeitungen als belangreiche Faktoren in der auswärtigen Politik gelten können, die von jenen Klassen gelesen werden und auf sie wirken. Das ist aber nicht die kleine billige Sensationspresse von der Art der „Daily Mail", von der in Deutschland viel zu viel Aufhebens gemacht worden ist. So groß die Verbreitung der „Daily Mail" ist, so hat sie doch nicht entfernt so viel Einfluß in die Wagschale zu werfen wie die „Times", die großen Pennyblätter und die ernsthaften liberalen Halfpennyblätter. Was nun

Die „Times"

die „Times" betrifft, so scheint es, als ob sie im Ausland höher eingeschätzt wird als in England selbst. Im Orient, z. B. in Indien, in Kairo und Konstantinopel gilt das Wort der „Times", wie wenn der Papst ex cathedra spräche. Auf dem Kontinent haben besonders die Diplomatie und — die Cafés die Tradition von der politischen Autorität der „Times" aufrecht erhalten. In England hat das große Blatt noch neuerdings an Ansehen eingebüßt, als es bei dem Vertriebe der von ihm besorgten, sehr minderwertigen Neuauflage der Encyclopaedia Britannica, ferner bei der Einführung des Abonnementssystems und bei der Gründung seines Buchklubs eine Reklame amerikanischen Stils entfaltete, die man seiner Traditionen unwürdig fand. Man hat auch nicht ganz vergessen, daß in mehreren eklatanten Fällen, wie bei dem berühmten Parnellprozeß, seine Nachrichten und Behauptungen sich als allzu unbegründet erwiesen haben. Das wichtigste aber war, daß es eine Konkurrenz erhielt, die vorher nicht existierte. Es gab eine Zeit, wo die öffentliche Meinung und die „Times" nahezu

identisch waren. Bevor im Jahre 1869 der Zeitungsstempel aufgehoben wurde, war die „Times" die einzige bedeutende Zeitung in ganz England, in der Provinz gab es keine einzige Zeitung, die täglich erschien. Von den Londoner Blättern verkaufte die „Times" 50000 Exemplare, während das nächstgrößere Blatt, das von den respektablen Klassen gelesen wurde, nur 5—6000 abzog. In jener Zeit stand die „Times" auf dem Höhepunkte ihrer Macht. „Im Jahre 1855," schrieb vor ein paar Jahren der „Spectator", „war ihr Herausgeber, John Delane, tatsächlich der mächtigste Mann in England, von einem Einflusse, der seine Zeitung gelegentlich zu einem Gegengewicht gegen das Kabinett machte. Er kannte seine Macht und übte sie zuweilen in recht arroganter Weise; einmal schrieb er dem Admiral, der in der Ostsee kommandierte, einen Brief, der sich nahezu wie eine Order las, die russischen Arsenale anzugreifen." Niemand hat später eine solche Stellung eingenommen. Nach der Aufhebung des Zeitungsstempels entstand eine ganze Reihe von Pennyblättern, wozu neuerdings die Halfpennypresse gekommen ist, das zeitungslesende Publikum vermehrte sich sehr beträchtlich, die politisch einflußreiche Klasse verzehnfachte sich, und so haben sich heute mehr als ein halbes Dutzend Zeitungen in den Einfluß auf die öffentliche Meinung zu teilen.

Presse und Weltpolitik

Das parlamentarische System war entstanden aus den Bedingungen und Bedürfnissen der inneren Politik; und unter den spezifisch englischen Verhältnissen hat es sich sowohl für die Funktionen der Regierung, als für die Funktion der Regierungskontrolle ebensogut bewährt, wie andere politische Systeme in anderen Ländern. Ganz natürlich also fiel

die Blütezeit des Parlamentarismus in eine Epoche, in der die innere Politik durchaus im Vordergrunde stand, wo England sich auf seine Inselwelt und sein überseeisches Reich zurückziehen konnte und sich um die Dinge des europäischen Festlandes nur so weit zu kümmern brauchte, als es ihm gefiel. Die Ära der neuen Kolonial- und Weltpolitik, in der sich das kontinentale Europa wieder über See wagte, ist ein äußerer Grund gewesen, den Einfluß des Parlaments zu schwächen und die Entwicklung zu fördern, daß dieser Einfluß an die Presse fiel. Im Jahre 1885 machte ein russischer Beobachter die Bemerkung, daß noch wenige Jahre vorher die englische Presse nicht der Führer der öffentlichen Meinung gewesen sei, sondern dieser nur den Ausdruck verliehen hätte, daß sie aber seitdem jede Bevormundung der Regierung wie des Parlaments abgeschüttelt hätte und nunmehr der wirkliche Leiter der öffentlichen Meinung geworden wäre. Die allgemeinen Verhältnisse jener Zeit sprechen ungemein für die Richtigkeit dieser Beobachtung. Denn in weit höherem Grade als vorher wurde damals das Nachrichtenwesen zur entscheidenden Hauptsache in der Presse. Mit Hilfe der Telegraphenagenturen und ihrer auswärtigen Korrespondenten übten die großen Zeitungen nun einen weit größeren Einfluß auf die öffentliche Meinung aus, als alle Abgeordneten mit ihren Interpellationen und Reden.

Überlegenheit der englischen Presse

Und jetzt kam die Überlegenheit der englischen Presse voll zur Geltung. Die größte und reichste Stadt der Welt, in der das politische Leben des Landes sich konzentrierte, gab ihr eine Verbreitung, eine hohe Auflage, eine Fülle von Anzeigen, die materiellen Mittel und ein Prestige, so daß die

Presse keiner anderen Hauptstadt sich mit ihr messen kann. Diese Organisation des Nachrichtenwesens konnte ihr so leicht kein anderes Land nachmachen. Weder die französische, deutsche und amerikanische Presse besitzt einen solchen Kapitalreichtum wie die englische, noch auch ein Leserpublikum, das dieselbe politische Schulung, denselben politischen Instinkt und denselben politischen Willen besitzt, wie das englische, und das sich durch die Presse nicht nur unterhalten, sondern auch informieren lassen will. Das gesellschaftliche System Englands ist das Geheimnis der Macht seiner Presse. Heute besitzt England geradezu ein Nachrichtenmonopol. Die meisten überseeischen Kabel sind in englischem Besitz. In Asien und Afrika verschwindet die Presse der übrigen Nationen fast vollständig neben der englischen, und ihren Einfluß auf Amerika haben wir bereits kennen gelernt.

Einfluß der Presse

Wie ist nun der Einfluß der englischen Presse zu bewerten? Beginnen wir bei dem einzelnen Zeitungsleser! Das Zeitungsabonnement ist in England nicht üblich; man läßt sich eine oder zwei Zeitungen ins Haus bringen und kauft sich im Laufe des Tages eine oder zwei andere dazu. Der Zeitungsleser der gebildeten Klasse liest also mehrere Blätter, ist in der Lage, seine Eindrücke zu vergleichen und sich in seinem Urteile unabhängig zu machen. Der angebliche Einfluß der Presse ist eine vollständige Illusion, hört man wohl zuweilen sagen, der Engländer liest die Zeitungen nicht, um sich durch die Leitartikel bekehren zu lassen, sondern um sich durch die Nachrichten zu informieren. Das ist richtig und falsch: es trifft

zu für den, der sich bereits sein Urteil über die betreffende Frage gebildet hat, der ist in der Lage, den Leitartikel mit Kritik zu lesen, und er wird dessen Gründen Gegengründe entgegenzusetzen haben. Das gilt natürlich besonders von den Fragen der inneren Politik. Von der äußeren Politik liest er vor allem die Nachrichten, die Depeschen. Aber sind diese Nachrichten, die Depeschen von Reuter und den englischen Korrespondenten im Auslande, Geschichtsquellen von objektiver Zuverlässigkeit? Vom englischen Gesichtspunkte mögen sie zuverlässig erscheinen, vom russischen, deutschen oder amerikanischen Gesichtspunkte aus vielleicht nicht. Jedenfalls fehlt dem Zeitungsleser die Möglichkeit, die Depesche im Augenblick auf ihre Richtigkeit zu kontrollieren, sich über eine aktuelle Frage genauer zu orientieren, als der Mann am andern Ende des Telegraphen, der die Depesche geschickt hat. Man könnte einwenden, der Zeitungsleser könnte sich durch Bücherstudien informieren; und wo in der Welt gibt es eine so reiche politische Literatur wie in England! Allein die Leute, die Bücher über Fragen der internationalen Politik schreiben, sind gewöhnlich zu dieser oder jener Zeit dieselben auswärtigen Korrespondenten gewesen, deren Depeschen der Leser eben kontrollieren will. Vor allem aber: der Leser geht an die Lektüre der Depeschen gar nicht mit der kritischen Stimmung, die wir vorausgesetzt haben. Er nimmt a priori an, daß Depeschen keine Leitartikel sind, d. h. daß sie keine zurechtgestutzten Urteile enthalten, sondern einfache Tatsachen und Nachrichten. Er denkt nicht daran, daß fast allen Nachrichten ein ganzer Komplex von politischen Urteilen und Anschauungen zugrunde

liegt. Man spricht schließlich nicht mit Unrecht von der öffentlichen „Meinung", ein öffentliches Urteil wäre ein anderes Ding. Der Zeitungsleser geht mit demselben nationalen Vorurteil an die Depeschen heran, wie der Verfasser an die Tatsachen; jedermann wird die Korrespondenten seiner eigenen Nationalität für die zuverlässigsten halten. Weit entfernt also, den Einfluß der Presse für eine Illusion zu halten, sind wir geneigt, ihn als maßgebend für das Urteil gerade der denkenden Zeitungsleser anzusehen. Und was die großen Massen betrifft, so erinnert man sich aus der Zeit des Burenkrieges, mit welch ungeheurer Leichtgläubigkeit die günstigen Nachrichten aus der ersten schlimmen Zeit aufgenommen wurden. Der deutsche Leser ist seinem Blatte gegenüber im allgemeinen weit kritischer gestimmt als der englische. Wenn sich freilich ein Blatt so oft über so handgreiflich unrichtigen Meldungen hat ertappen lassen, wie die „Daily Mail", so wird es von den Lesern der gebildeten Klassen — und auf diese kommt es an — vielleicht noch wegen seiner eigentümlichen journalistischen Reize zur Hand genommen, aber sie haben längst darauf verzichtet, aus ihren Artikeln politische Informationen zu schöpfen, wenn sie nicht von einer anerkannten Autorität herrühren, die das Blatt ja bezahlen kann.

Die weitere Frage ist, in welcher Weise der Einfluß der Presse auf die Politik ausgeübt wird. Die öffentliche Meinung ist in England so gut wie souverän, das Mittel, wodurch sie ihre Souveränität ausübt, ist die Presse. Und sie ist in der Lage, durch die Presse einen stärkeren Einfluß auszuüben, als früher durch das Parlament, schon des-

halb, weil sich die Presse in Fragen der auswärtigen Politik nicht dieselbe Zurückhaltung auferlegen muß wie die Abgeordneten. Wer die öffentliche Meinung in Fragen der auswärtigen Politik beeinflussen will, bedarf der Presse; und er vermag dies einzig und allein durch das Medium der großen Zeitungen, die sich mit Stolz die „verantwortliche" Presse nennen. Diese großen Zeitungen geben den Ton an, die kleine Presse und ihr Publikum sind nur die Mitläufer. Wenn die Klubs vorangehen, so folgen die Musikhallen hinten nach.

Der Einfluß der Presse auf die auswärtige Politik ist im allgemeinen mehr negativer oder indirekter Art. Es ist viel leichter für die Presse, die Regierung von ihrer Politik abzubringen, als ihr eine andere Politik aufzudrängen. Aber das darf man sagen, daß keine englische Regierung gegen den ausgesprochenen Willen der öffentlichen Meinung regieren kann. Wir müssen hier von neuem fragen: was ist die öffentliche Meinung? Sie ist nicht mehr, wie in den fünfziger und sechziger Jahren, die „Times" allein. Die öffentliche Meinung und ihre Macher sind vielköpfig geworden, mehr als ein halbes Dutzend Zeitungen kommen in Betracht. Kein einziges Blatt vertritt die Gesamtheit einer bestimmten Klasse. Selbst die Londoner City wird heute keineswegs mehr allein durch die „Times" vertreten. Da jedes einzelne Blatt sein eigenes Publikum hat, so haben wir es nicht mit einer Einheit, sondern einer Vielheit der öffentlichen Meinung zu tun. Das Parlament, eine organische Körperschaft, kann durch die Abstimmungen mit einer Stimme sprechen, die Presse stellt in der Regel ein Chaos verschiedener Ansichten dar. Von einer öffent-

lichen Meinung kann man füglich nur reden, wenn eine bestimmte Frage an augenblicklicher Bedeutung alle anderen überragt, wenn die verantwortliche Presse mit geringen Unterschieden einmütig ist, und wenn das Interesse an dem Fall so lange dauert, daß das Publikum ihn über den neuen Sensationen der nächsten Tage nicht schon wieder vergessen hat; daß also die Presse in der Lage ist, ihm ihre Überzeugungen und Forderungen durch beständige Wiederholungen sozusagen einzubläuen.

Nur zu Zeiten, wo eine bestimmte Frage die nationale Leidenschaft hoch aufwallen läßt, ist die Londoner Presse wirklich einig. Dann machen nicht nur die großen, führenden Zeitungen, sondern alle 21 Londoner Blätter dieselbe Schlachtmusik, und die wenigen Stimmen der kühl abwägenden Vernunft können sich in dem Taumel der allgemeinen Leidenschaft kein Gehör verschaffen. In solchen Fragen ist die Macht der Presse ohne Frage außerordentlich groß. In der Frage der Bagdadbahn und in der Venezuela-Affäre von 1903 hat sie die Regierung gezwungen, ihre ursprüngliche Politik aufzugeben. Bei der Doggerbank-Affäre im Herbst 1904 nahm die öffentliche Meinung unter dem Druck der Presse eine so drohende Haltung gegen Rußland an, daß weniger kaltblütige Minister wie Mr. Balfour und Lord Lansdowne in den Krieg gedrängt werden konnten. Es ist charakteristisch, wie Lord Lansdowne den Einfluß der Presse ausschaltete. Er vereinbarte mit der russischen Regierung ein Schiedsgericht; und es war nicht wenig bezeichnend, aus welchem Grunde eine der leidenschaftlichsten Londoner Zeitungen sich dagegen erklärte. Das Schiedsgericht, sagte sie, würde mindestens vier

Doggerbank-Affäre

Wochen tagen, und wenn dann der Schiedsspruch nicht in dem Sinne der öffentlichen Meinung Englands ausfiele, so sei nichts mehr dagegen zu machen; dann sei alle Leidenschaft nutzlos verraucht, binnen vier Wochen hätte das Publikum längst alles Interesse an der Frage verloren.

Lord Salisburys Ansicht

Diese Gefahr, die von der leidenschaftlichen Erregbarkeit der öffentlichen Meinung dem Frieden droht, hatte Lord Salisbury frühzeitig erkannt. Er glaubte, daß diese Gefahr besonders von der Erweiterung des Wahlrechts drohte, daß die demokratischen Massen, durch das Wahlrecht politisch entfesselt, dem Frieden am gefährlichsten werden würden. Es ist von Interesse, ein paar von Lord Salisburys Äußerungen über diesen Punkt ins Gedächtnis zurückzurufen. Im Jahre 1864 schrieb er: „Mäßigung, namentlich wo es sich um Besitz von Land handelt, ist nie ein Charakteristikum der Demokratie gewesen. Wo immer sie freie Hand hatte, in der antiken oder in der neuen Welt, auf der alten oder der neuen Hemisphäre, hat stets ein Durst nach Imperium und eine Bereitschaft zu aggressiven Kriegen die Demokratie gekennzeichnet." Im Jahre 1897 sagte er in einer Rede in dem Palast des Lordmayors von London: „Wenn Sie das nichtamtliche Volk in Ordnung halten, so will ich versprechen, daß das amtliche Volk nimmermehr Krieg machen wird. In der jetzigen Zeit verlieren die organisierten Regierungen sichtlich an Stärke, und die öffentliche Meinung gewinnt sichtlich an Macht." Und im Jahre 1900 sagte er: „Wenn auch die Regierungen nicht nur anscheinend, sondern wirklich friedliche Absichten haben, so können ihre Bestrebungen doch stets durch die leidenschaftlichen und

gewaltsamen Handlungen der reinen Unwissenheit umgestoßen werden.... Wir können nicht sicher sein, daß nicht die Regierungen ihre Macht an die weniger gebildeten und weniger aufgeklärten Massen abtreten, die in vielen Ländern der Welt mehr und mehr die öffentlichen Angelegenheiten beherrschen."

Wenn wir das Jingotum für eine Macht halten, auf das diese Charakteristik mehr zutrifft, als auf die industrielle Demokratie, so ändert das wenig an dem Bilde, das Lord Salisbury von der allgemeinen Struktur der politischen Verhältnisse Englands gezeichnet hat. Das Mittel, womit Lord Salisbury diese Gefahren einzudämmen trachtete, waren internationale Schiedsgerichte; er erhoffte sehr viel von der ersten Haager Konferenz. Er nahm die Idee des Schiedsgerichts, die ursprünglich von dem Radikalismus Cobdenscher Richtung herstammte, auf, um ihr eine wesentlich andere Bedeutung zu geben: bei der Doggerbank-Affäre wurde das Schiedsgericht in Lord Salisburys Sinne angewandt.

Schiedsgerichte

Um eine einheitliche öffentliche Meinung zu erzeugen, bedarf es der Einmütigkeit der gesamten „verantwortlichen" Presse, und es bedarf ihrer ununterbrochenen Agitation mindestens eine oder zwei Wochen hindurch, um der öffentlichen Meinung eine augenblickliche, politische Aktionskraft zu verleihen. Denn eine öffentliche Meinung dieser Art, die vollständig auf Gefühlsmomenten beruht, die nur auf eine Regierung ihrer eigenen Parteifarbe einwirken kann, und die trotzdem stets mit dem passiven Widerstande dieser Regierung zu kämpfen hat, kann niemals eine dauernde, sondern immer nur eine augenblickliche Aktionskraft gewinnen. Die Zeiten, wo sie in Wirksamkeit tritt, wo sie dem

Politische Aktionskraft der Presse beschränkt

Frieden gefährlich werden kann, sind die Zeiten akuter politischer Krisen. Dagegen hieße es die Bedeutung der Presse überschätzen, wenn man aus einzelnen Artikeln einzelner „verantwortlicher" Zeitungen oder solcher Organe, die halb oder ganz außerhalb der politischen Welt stehen, oder gar aus der Winkelpresse schließen wollte, daß die öffentliche Meinung imstande sei, einen Druck auf die Regierung auszuüben, der sie zu verhängnisvollen Schritten drängen könnte. Andererseits ist natürlich nicht zu verkennen, daß die unablässige Wiederholung bestimmter Urteile, sei es in der Tagespresse oder in Monatsschriften, auch wenn sie in längeren Zeitabständen erfolgen, allmählich in dem Publikum einen Fonds politischer Vorstellungen erzeugt, der in dem Augenblick einer akuten Krisis einen geeigneten Nährboden für leidenschaftliche Entschließungen abgeben könnte. Indessen würde eine akute Krisis dazu gehören, um den Geist einer solchen Agitation zu materialisieren. Endlich ist daran zu erinnern, daß ebenso wie die parlamentarische, so auch die außerparlamentarische öffentliche Meinung in zwei Parteilager gespalten ist, daß die konservative Presse ebensowenig auf die liberale Regierung, wie die liberale Presse auf eine konservative Regierung einen direkten Druck ausüben kann.

Öffentliche Meinung und Regierung

Das Verhältnis der Regierung zur öffentlichen Meinung ist in ähnlicher Weise zu einem grundlegenden Problem der englischen Politik geworden, wie in Preußen das Verhältnis des Ministerpräsidenten zum Könige. Der englische Premierminister ist der offizielle Leader seiner Partei in und außer dem Parlament. Allein bei der fortschreitenden De-

mokratisierung der englischen Verfassung wird es immer zweifelhafter, ob der Minister oder die öffentliche Meinung der wahre Leader ist. Natürlich hängt hier ungemein viel von den Persönlichkeiten ab, von Gladstone sagt sein Biograph John Morley: „Als Finanzmann war Gladstone ein starker Führer; er schuf sich die öffentliche Meinung, mit der er arbeitete; in anderen Dingen folgte er, wie es sein Beruf und wie es notwendig war, den herrschenden Tendenzen seiner Zeit." Es ist ein Problem der stärkeren Kraft. Der „starke" Minister, der eine aktive Politik hat, wird die öffentliche Meinung führen, wird ihr, um sie zu beschäftigen, neue Ziele geben; eine passivere Natur wird die Führung an die öffentliche Meinung verlieren.

Öffentliche Meinung und Krone

Im Verhältnis zur öffentlichen Meinung ist auch der Einfluß zu betrachten, den der Träger der Krone ausübt. Wir wissen aus den Papieren des Prinzgemahls und aus den neueren politischen Biographien, daß die Königin Viktoria die Leitung der auswärtigen Politik Englands keineswegs allein ihren Ministern überließ. Daß unter König Eduard der Einfluß der Krone noch stärker in der Öffentlichkeit hervortritt, das haben wir alle erlebt. Es ist im wesentlichen wohl dabei geblieben, daß der Monarch die innere Politik dem Kabinett und dem Parlament überläßt. Zur Domäne seines Einflusses gehört die auswärtige Politik und die Bildung neuer Regierungen. Über seinen Anteil an der Bildung des jetzigen Kabinetts ist nichts bekannt geworden, aber als nach dem Rücktritt Lord Salisburys Mr. Balfour an die Spitze des Kabinetts trat, hat der König sich keineswegs damit begnügt, daß ihm nur die Tatsachen der Rekonstruktion des Ministeriums

bekannt gegeben wurden. Es ist gesagt worden, der König habe deutlich zu verstehen gegeben, daß wenn Mr. Balfour eine Kabinettsregierung mit Zurückdrängung des Parlaments zu führen beabsichtige, er selbst seinen Anteil an dem Machtzuwachs des Kabinetts haben wolle. In der auswärtigen Politik ist der Einfluß des Königs, wie schon gesagt, mehr in die Öffentlichkeit getreten. Er hat es mit großem Geschick verstanden, auf die öffentliche Meinung zu wirken. Er war tatsächlich der gekrönte Leader der öffentlichen Meinung, und es ist kein Geheimnis, daß das konservative Kabinett in den auswärtigen Fragen seine Leaderschaft praktisch anerkannte.

Das ändert aber nichts an der Tatsache, daß die öffentliche Meinung souverän ist, daß der König ebensowenig wie das Kabinett gegen ihren erklärten Willen handeln kann. Für den englischen Monarchen ist es gleichbedeutend, Einfluß zu besitzen und populär zu sein. Schwankungen der öffentlichen Meinung macht er mit; zuweilen antizipiert er sie, und in diesem Sinne ist die Entente mit Frankreich zum guten Teil sein Werk. Aber auch bei dem Besuch der deutschen Oberbürgermeister in London hat sich König Eduard als politischer und mehr noch als gesellschaftlicher Leader seiner Nation gezeigt; und der Besuch der deutschen Herren in Windsor und ihr Empfang im Buckingham-Palast entsprach durchaus der Stimmung des Teils der öffentlichen Meinung, der inzwischen die Regierung angetreten hatte.

Beziehungen zwischen Presse und Regierung

Wenn nun die Regierung und die öffentliche Meinung politische Kräfte sind, die unter Umständen antagonistisch sind, miteinander um die Vorherrschaft kämpfen, so ist doch die Presse wieder-

um, je nach ihrer Parteistellung, aufs engste mit den gegenwärtigen und den zukünftigen Ministern verbunden: beide kämpfen für ihre Partei. Wie man von der ministeriellen Partei spricht, so auch von der ministeriellen Presse. Das bedeutet aber nur, daß diese Presse unter normalen Umständen das Ministerium unterstützt, nicht daß sie von der Regierung abhängig wäre. Im Gegenteil, eine Presse, die sich in politischer oder materieller Abhängigkeit von der Regierung befände, gibt es in England nicht. Die Zeiten sind vorüber, wo Pitt den „Courier" kaufte, die „Times" zu kaufen suchte und als offizielles Parteiorgan die „Sun" gründete. Die großartigen Leistungen der englischen Presse haben vielmehr ihre völlige Unabhängigkeit, politische wie materielle, zur allerersten Voraussetzung. Alle Londoner Zeitungen sind unabhängig von der Parteileitung, und das heißt zugleich: von der Regierung. Eine offiziöse Presse im kontinentalen Sinn gibt es in England nicht.

Keine offiziöse Presse

Nicht als ob nun gar keine Beziehungen zwischen den Ministern und den Zeitungen beständen. Diese Beziehungen sind aber nicht offizieller Art. Auf den Ministerialbureaus empfängt man keine Journalisten. Offizielle oder offiziöse Mitteilungen an die Presse gehen gewöhnlich an die Telegraphenbureaus, damit sie zugleich allen Blättern bekannt gegeben werden; denn die Etikette verbietet wenigstens den Morgenzeitungen, einander überhaupt zu erwähnen und Nachrichten voneinander abzudrucken.

Die Beziehungen der Presse zu der Regierung sind vielmehr gesellschaftlicher Natur. Die Besitzer und Herausgeber der Zeitungen, einflußreiche Mit-

Gesellschaftliche Beziehungen

arbeiter und Leitartikler verkehren in den Häusern der führenden Politiker und Staatsmänner, sind wie diese Mitglieder der Gesellschaft, gehören denselben Klubs an, sind durch das Parteiinteresse miteinander eng verbunden. Im Zeitungsdienst ist die Arbeitsteilung so weit durchgeführt, daß die eigentlichen Redakteure nur den ganz subalternen Dienst tun, die Prüfung, das Redigieren und die Zusammenstellung der einlaufenden Manuskripte besorgen, während die Leitartikel von Leuten geschrieben werden, die mit dem Redaktionsdienst an sich kaum etwas zu tun haben. Die Art der Beziehungen zwischen der Presse und den Ministern bringt es mit sich, daß die Informationen, die die Presse erhält, im allgemeinen weniger ad hoc gegeben werden, als vielmehr allgemeine Richtlinien über die Absichten und Wünsche der Regierung enthalten. Ebenso unterhält die Oppositionspresse dauernde Beziehungen zu den Führern der parlamentarischen Opposition. Die auswärtigen Korrespondenten der großen Londoner Presse stehen wiederum in gesellschaftlichen Beziehungen zu den englischen Botschaften, und gelegentlich ist vielleicht der Zeitungskorrespondent früher unterrichtet wie der Diplomat. So erzählt Sir Horace Rumbold in seinen Erinnerungen, wie er als Botschafter in Wien während des Burenkrieges die neuesten Nachrichten vom Kriegsschauplatze von dem Times-Korrespondenten erfuhr.

Die Presse als politische Erkenntnisquelle

Infolge dieser ihrer Unabhängigkeit ist die englische Presse, wenn man sich über die Politik der englischen Regierung informieren will, eine Quelle, die nur mit vorsichtiger Kritik benutzt werden darf. Kennt man die persönlichen Beziehungen, die

zwischen den einzelnen Zeitungen und den Ministern bestehen, so ist man eher in der Lage, seine Schlüsse zu ziehen. Von dem Besitzer des „Daily Telegraph" ist es bekannt, daß er ein persönlicher Freund des Königs ist; und in diesem Zusammenhange darf daran erinnert werden, daß der „Daily Telegraph" seit dem Frühjahr 1904 Deutschland gegenüber im Gegensatz zu seiner früheren Stellungnahme eine freundschaftlichere Haltung eingenommen hat. Will man sich über die allgemeine Richtung der gegenwärtigen liberalen Regierung orientieren, so wird man die „Westminster Gazette", deren Bedeutung in Deutschland keineswegs nach Gebühr gewürdigt wird, als regelmäßige Lektüre nehmen. Trotz alledem bleibt die englische Presse, wie ja auch die Presse der ganzen Welt, eine sehr unsichere Quelle zur Erkenntnis der Absichten wie der Motive der Regierung. Selbstverständlich kann man die Presse als Erkenntnisquelle nicht entbehren. Aber im besten Falle gibt sie von der Regierungspolitik nur ein Negativbild, häufig eine Karikatur; zuweilen erinnert sie an die „faked photographs", d. h. die Photographien, auf denen man etwa den richtigen Kopf einer interessanten Brettlsängerin auf dem Körper einer antiken Nymphe sieht.

IV. Zentralisation und Dezentralisation in der auswärtigen Politik.

Während das politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Leben Englands in London in einem Grade zentralisiert ist, wie es in Deutschland nicht

denkbar wäre, so ist andererseits das britische Regierungssystem dezentralisierter als das deutsche. Downing-Street ist nicht in dem Maße eine zentralisierende Behörde wie die Wilhelmstraße; die englischen Beamten haben, allgemein gesprochen, mehr politische Bewegungsfreiheit. Die Regierung läßt dem „Mann an Ort und Stelle" — the man on the spot — ein beträchtliches Mehr an eigner Verantwortung und eigner Initiative, das gilt auch, oder galt wenigstens früher, wie die englische Geschichtsliteratur deutlich zeigt, von der Diplomatie. Es ist bekannt, welchen außerordentlich großen Einfluß der englische Gesandte in Konstantinopel an dem Ausbruch des Krimkrieges gehabt hat; er wollte den Krieg und er wußte das zwiespältige Kabinett in London nach seinen Wünschen zu leiten. Der erste englische Krieg in China war vollständig das Werk des britischen Gesandten in Peking. Dagegen ist in Deutschland der am bekanntesten gewordene Fall einer eigenmächtigen Botschafterpolitik der Fall Harry Arnim!

Dezentralisation in der Diplomatie

Zwei Ursachen haben jene Dezentralisierung in dem politischen Dienst in England zuwege gebracht: erstens das parlamentarische System und zweitens die frühzeitige Begründung überseeischer und kolonialer Interessen. Das parlamentarische System hat sich, wie schon betont, im wesentlichen aus den Bedürfnissen der inneren Politik gebildet und hat für die Funktionen der inneren Politik auch sein Bestes geleistet. In der Leitung der auswärtigen Politik hat dagegen eine parlamentarische Regierung größere Schwierigkeiten als eine monarchische. Wenn auch in normalen Zeiten das Parlament keinen bestimmenden Einfluß

Einfluß des Parlamentarismus

auf die auswärtige Politik gewinnen kann, so wird doch ein schwaches Kabinett die äußere Politik benutzen, um seine parlamentarische Stellung zu verbessern. Sir Robert Morier konnte, mit einer seiner Übertreibungen freilich, sagen, daß „mit der englischen Politik untrennbar der Fluch verbunden sei, daß sie nicht zum Besten Englands, sondern für augenblickliche parlamentarische Effekte gemacht würde". Die englische Presse geht viel zu weit, wenn sie meint, daß in Deutschland die innere Politik der auswärtigen Politik völlig untergeordnet und ihr dienstbar gemacht wäre. Mit größerem Recht aber darf man sagen, daß in England die auswärtige Politik stets von der inneren politischen Lage abhängig ist. Der Regierungswechsel, der eine Folge des Parteisystems ist, hat in der Vergangenheit nach Lord Salisburys Wort zu manchen „scharfen Kurven" in der auswärtigen Politik geführt. Seit Mitte der achtziger Jahre ist es allerdings in Theorie und Praxis die Regel geworden, daß die auswärtige Politik durch einen Regierungswechsel unbeeinflußt bleibt; so haben wir auch jetzt gesehen, daß die liberale Regierung die auswärtige Politik ihrer konservativen Vorgänger im wesentlichen fortsetzt. Dazu kommt, daß der Beamtenstab der Ministerien nicht mit den Ministern wechselt, sondern ebenso wie die Geheimräte der Berliner Ministerien ihre Chefs häufig überleben; damit ist eine Grundlage der administrativen Kontinuität gegeben. Und der Einfluß des permanenten Unterstaatssekretärs des Auswärtigen ist vielleicht noch größer, seitdem es häufiger geworden ist, daß Herren von dem diplomatischen Außendienst ins Auswärtige Amt zurückberufen und Herren aus dem inneren Dienst ins

Ausland geschickt werden. Gleichwohl trägt der Minister für sein Ressort und für die Politik seines Ressorts die volle Verantwortlichkeit; und auch wenn er erst kurze Zeit im Amte ist, wird er wichtige Entscheidungen nicht leicht dem permanenten Unterstaatssekretär überlassen. Eine weitere, sehr wichtige Quelle der Kontinuität in der auswärtigen Politik ist der Monarch. König Eduard und vor ihm Königin Viktoria blickten auf eine längere Zeit ununterbrochener amtlicher politischer Erfahrung zurück als der älteste ihrer Kabinettsminister. Trotzdem aber liegt es in der Natur der Sache, daß unter dem parlamentarischen Regime der Minister den Vertretern im Auslande einen größeren Einfluß einräumt als ein monarchischer Minister. Ein Beispiel aus dem indischen Amte ist geeignet, den grundsätzlichen Unterschied zu veranschaulichen. Als 1885 das Gladstonesche Kabinett gestürzt war und Lord Salisbury die neue Regierung bildete, übernahm Lord Randolph Churchill das Staatssekretariat für Indien. Vizekönig von Indien war Lord Dufferin, der kurz vorher Botschafter in Petersburg und in Konstantinopel gewesen war, und der in der gesamten orientalischen Politik eine große und verdiente Autorität in Downing-Street genoß. Die akute Krisis zwischen England und Rußland, die fast zum Kriege geführt hätte, war vorübergegangen, aber die afghanischen Verhältnisse waren noch recht wenig geklärt. Nun war Lord Randolph Churchill nichts weniger als ein Autoritätenanbeter, aber er fühlte sich in seinem Ressort noch so sehr als Neuling, daß er bei seinem Amtsantritt an Lord Dufferin schrieb, das Kabinett wolle sich in allen Fragen von seinem Rate — also nicht von dem

ständigen Beamten im indischen Amt — leiten lassen. Und als Lord Dufferin eine Denkschrift über die englisch-afghanischen Beziehungen einsandte, antwortete Lord Randolph voll Dankes, daß er sie zur Information des Kabinetts unter seinen Kollegen zirkulieren lassen würde: ein Fall, der in Berlin nicht recht denkbar wäre.

Dezentralisation in der Kolonialpolitik

Ferner erklärt sich die große Selbständigkeit der hohen Beamten im Außendienst aus der geschichtlichen Entwicklung. England war längst eine Kolonialmacht, ehe das Dampfschiff und der Telegraph erfunden war. Unter diesen Umständen mußten die auswärtigen Vertreter Englands sich auf sich selbst stellen. Zumal wo sie halb- oder unzivilisierten Völkern gegenüberstanden, mußten sie in schwierigen Lagen entscheidende Entschlüsse rasch fassen, ohne auf die Entscheidungen der heimischen Behörde zu warten. Denn in der Zeit, die ein Brief nach London und von London zurück brauchte, konnten sich die gesamten Verhältnisse längst völlig geändert haben. Solange Indien unter der Herrschaft der ostindischen Kompagnie stand, fehlte den Londonern Direktoren oft die Autorität, die der Staat über seine Beamten hat. Mit den Kolonien war es ähnlich. Das Londoner Kolonialamt ist das ganze 19. Jahrhundert hindurch, bis Mr. Chamberlain ihm einen neuen Geist einflößte, eine politisch sehr belanglose Behörde gewesen. In der ersten Hälfte des 19. Jahrhundert war es dem Kriegsministerium angegliedert; und der Kriegsminister-Kolonialsekretär sagte wohl den Gouverneuren, die hinausgingen: je weniger sie von sich hören ließen, desto besser. Das Ergebnis war, daß sich in dem indischen, dem kolonialen und dem diplomatischen

Dienste eine Schule von Auslandsbeamten ausbildete, die an Verantwortungsbewußtsein, Selbständigkeit und Initiative, und an praktischen Erfolgen wohl unerreicht dastand; und dies Element der Dezentralisation hat an Englands Größe mindestens den gleichen, wenn nicht einen weit höheren Anteil als die Londoner Zentralbehörde. Ein Blick auf den Umfang des britischen Reiches zeigt, daß allein um die regelmäßige Arbeitslast zu bewilligen, ein bedeutender Grad von Dezentralisation auch heute unerläßlich ist. Die Kolonien mit Selfgovernment: Kanada, Australien, Neuseeland, die Kapkolonie, Natal und neuerdings der Transvaal, besitzen eine sehr weitgehende politische Autonomie. Fast sämtliche inneren Fragen dieser Kolonien scheiden von vornherein aus der Tätigkeitssphäre von Downing-Street aus. Von diesem Gesichtspunkte ist auch der deutsch-kanadische Zollstreit zu betrachten. Im Jahre 1865 hatte England mit Deutschland einen Handels- und Meistbegünstigungsvertrag geschlossen, nicht nur im Namen des Vereinigten Königreichs, sondern auch im Namen seiner Kolonien. Diese erwarben inzwischen einen höheren Grad politischer Selbständigkeit, als sie 1865 besessen hatten, und wollten durch jenen Vertrag nicht länger gebunden sein. Kanada gewährte England Vorzugszölle, die dem Vertrage von 1865 zuwiderliefen. Wo sollte Deutschland nun sein Recht suchen, in London oder in Ottawa? Downing-Street selbst wußte keine klare Antwort auf die Frage zu geben. Als dann im vorigen Jahre die australische Regierung ein Zolltarif-Gesetz einbrachte, das ebenfalls im Widerspruche zu dem Vertrage von 1865 stand, legte die deutsche Regierung, wie die „Times" meldete, nicht mehr in

London, sondern in Sydney Protest ein; die politische Tatsache des Dezentralisationsprozesses war anerkannt worden. Ähnlich liegen die Verhältnisse in Südafrika. Schon Bismarck hatte Friktionen mit der englischen Regierung, weil die Regierung der Kapkolonie eine Politik verfolgte, die die deutschen Interessen in Südwestafrika schädigte. Nun stehen die Kolonien nicht unter dem Auswärtigen, sondern unter dem Kolonialamt. Der deutsche Botschafter besitzt nur zu dem Auswärtigen Amte offizielle Beziehungen. Verhandlungen zwischen Deutschland und England über südafrikanische Dinge haben also drei Instanzen zu passieren, was bei den bureaukratischen Gewohnheiten, die den englischen Ressorts keineswegs fremd sind, eine schnelle Abwicklung der Fragen ungemein erschweren muß.

Auch die innere Politik Indiens und Ägyptens kann unmöglich von London aus dekretiert werden. Wäre es der Fall gewesen, so hätten die englischen Erfolge in beiden Ländern längst nicht so groß sein können. Es kommt dazu, daß man in England in jüngeren Jahren zu Amt und Brot kommt als in Deutschland. In England herrscht die gesunde Regel, daß man mit 23, spätestens mit 25 Jahren in der Lage sein muß, sein Brot zu verdienen. So kommt man in England in jüngeren Jahren, mit größerer Spannkraft des Willens, größerer Elastizität des Körpers und Geistes in verantwortungsreiche Stellungen. Die englische Kolonialgeschichte weiß davon viel zu erzählen. So hat sich der Grundsatz, daß „der Mann an Ort und Stelle" — the man on the spot — ein hohes Maß von freiem Willen besitzen müßte, längst in England eingebürgert.

Peripherische Zentren

Die Politik Großbritanniens ist in London zentralisiert, aber die Politik des Empire hat eine ganze Reihe wichtiger politischer Zentren. Diese liegen an der Peripherie des Reiches, zumal in Kalkutta, Kairo, Johannesburg. Es ist angeregt worden, neue derartige peripherische Zentren zu schaffen. Mr. Winston Churchill sprach vor einiger Zeit davon, daß England nach französischem Vorbild, seine westafrikanischen Kolonien durch eine straffere einheitlichere Organisation zusammenfassen, aus den englischen Kolonien mit ihren vielen kleinen Zentren ein westafrikanisches Reich mit einem einzigen großen Zentrum schaffen sollte. Einige Anläufe zur Änderung des Kolonialdienstes in dieser Richtung sind noch von der letzten konservativen Regierung gemacht worden. Sir Frank Swettenham befürwortete vor einiger Zeit die administrative Konsolidierung Hinterindiens, das von der indischen Regierung losgelöst und mit den Strait-Settlements und dem malaiischen Protektorat zu einem Ganzen verschmolzen werden sollte; auch die ostasiatischen Interessen Englands sollten zu der Verwaltungsbefugnis des Generalgouverneurs gehören. Auch hier scheint das französische Beispiel in Indochina vorgeschwebt zu haben; und wenn jene Anregung auch ohne praktische Folgen geblieben ist, so charakterisiert sie doch die dezentralisierenden Grundlagen des britischen Regimes.

Zentralisierende Tendenzen

Allerdings ist in den letzten Jahren eine Tendenz bemerklich gewesen, von Downing-Street aus die Zügel straffer anzuziehen. Das ist eine Folge der Weltpolitik. Jene Tendenz trat vor allem da zutage, wo die lokalen Verhältnisse der entfernten Reichsteile in die Kreise der internationalen Politik

hineingezogen wurden. Ein Beispiel der letzten Jahre bot Indien. Downing-Street trat 1904 und 1905 den kühnen Plänen Lord Curzons sowohl in Tibet wie in Afghanistan entgegen; dem Vizekönig wurde nicht erlaubt, Rußlands Verlegenheiten in dem ostasiatischen Kriege so auszunutzen, wie er gewünscht hatte: die Leitung der auswärtigen Politik wollte das Londoner Kabinett nicht aus der Hand geben. Gerade solche Fälle aber geben der englischen Presse Anlaß, immer wieder mit allem Nachdruck den Grundsatz zu betonen, daß der „man on the spot" sein vollgemessenes Teil an politischer Bewegungsfreiheit, Verantwortung und Initiative behalten müßte, damit eine Schule von Männern erhalten und fortgepflanzt werden könnte, deren Fähigkeiten und Charaktereigenschaften das britische Reich zu seinem Fortbestand dringend bedürfte. Jenes stärkere Anziehen der Zügel in Downing-Street, das Eingreifen in die peripherischen Angelegenheiten haben in letzter Zeit zu dem charakteristischen Rücktritt zweier Gouverneure geführt. Unter der konservativen Regierung legte i. J. 1904 Sir Charles Elliot sein Amt als Gouverneur von Britisch-Ostafrika nieder, weil sein Chef in London über seinen Kopf hinweg Landkonzessionen verlieh, die er als Gouverneur nicht billigte. Und in jüngster Zeit wurde der Rücktritt des Gouverneurs von Jamaika Sir Alexander Swettenhams gemeldet, der bei dem Erdbeben von Kingston die etwas drastischen und unkonventionellen Liebesdienste eines amerikanischen Admirals mit der unbekümmerten Unabhängigkeit des „man on the spot" schroff zurückwies und sich dadurch das Wohlwollen seiner Vorgesetzten in der Heimat verscherzte.

Die regierenden Klassen

Nun wird aber dieses System der Dezentralisation wesentlich beeinflußt durch die gesellschaftlichen Verhältnisse. Der „man on the spot" gehört ausnahmslos den regierenden Klassen Englands an. Die Söhne der regierenden Klassen werden unter genau denselben Traditionen, nach denselben Methoden, in denselben Schulen, die nur ihnen offen stehen, erzogen; sie verbindet das feste Band gemeinsamer Anschauungen und Lebensziele. Sie sind Kameraden in der Schule, auf der Universität, in der Armee und Marine, in dem diplomatischen Dienst, in den Klubs, bei Jagd und Sport, in Gesellschaft und am Spieltisch. Die Söhne der bürgerlichen Mittelklassen und der Plutokraten, die in diese Kreise aufsteigen, gehen von Jugend auf durch dieselbe Mühle. Es sind drei oder vier Public Schools und einige wenige Colleges in Oxford und Cambridge, die diese Jugend erziehen und ausbilden. Hier wird der Typus des Gentleman entwickelt, der in seiner Einheitlichkeit nur dem Typus des deutschen Offiziers verglichen werden kann. Dieselben gesellschaftlichen Elemente finden wir in den verantwortungsvollen Posten der englischen Presse im In- und Ausland. Dies ist die Klasse, die das Reich regiert. Sie sind durch Sport und Dienst gewöhnt, das größere Verdienst der Kameraden neidlos anzuerkennen, sich willig unterzuordnen zu den gemeinsamen Zielen, an denen sie ja auch alle materiell interessiert sind, in freiwilliger Assoziation zusammenarbeiten, wie der deutsche Offizier. Selbstsüchtiges Strebertum kommt hier nicht auf; fair play ist die absolute Regel. Und die, die draußen in der Welt stehen, sind nicht durch die Kultur überfeinert, wie mancher Gentleman, dem man in

London Drawingrooms begegnen kann. Von ihnen gilt das Wort Theodor Roosevelts: „Es ist etwas Wundervolles um den Besitz von Kultur; aber sie ist zu teuer bezahlt, wenn man dafür die rauhe Kraft für den Kampf hergibt, die einen befähigt, mannhafte Arbeit in der Welt zu tun, und die das Herz für das Vaterland mit der Liebe schlagen läßt, die sich nicht allein in der Bereitschaft zeigt, das bürgerliche Leben zu verbessern, sondern auch darin, mannhaft für es einzustehen, wenn in einem Streit mit einem andern Lande seine Ehre und sein Einfluß auf dem Spiele steht!"

V. Radikalismus und Imperialismus.

Öffentliche Meinung und politische Ideen

Die öffentliche Meinung ist nahe verwandt mit dem, was man unter politischen Ideen versteht, und doch sind beide wesentlich verschieden. Zwar haben sie viel Gemeinsames, es gibt ein Zwischengebiet, wo sie ineinander überfließen; aber unter politischen Ideen versteht man mehr das Bleibende, Stetige, Tiefe, unter der öffentlichen Meinung das Bewegliche, Unruhige, Nervöse. Politische Ideen herrschen etwa für die Dauer einer oder mehrerer Generationen; die öffentliche Meinung ist in ständiger Veränderung begriffen. Von der öffentlichen Meinung, die ihren Inhalt täglich wechselt, muß daher besonders ihr äußerer Organismus interessieren, von der politischen Idee ihr Inhalt.

Radikalismus, Individualismus, Puritanismus

Die beiden großen Ideenkreise, die die englische Geschichte des 19. Jahrhunderts besonders stark beeinflußt haben, sind der Radikalismus und der Imperialismus. Der Radikalismus, der die

Ideen des älteren Liberalismus (von Adam Smith usw.) fortbildete, wurde hauptsächlich getragen von den jungen bürgerlichen Klassen der nordenglischen Industrie. Aber er war doch selbst wieder bedingt durch die Eigenschaften des englischen Volkscharakters und durch den Fonds von Lebensanschauungen, den eben jene Klassen von ihren Eltern und Voreltern ererbt hatten. Das Ideal der möglichst ungebundenen Freiheit des Individuums war nicht sowohl ein Charakterzug des Liberalismus und Radikalismus, als vielmehr des englischen Volkscharakters; und gerade weil dieser Zug so sehr dem englischen Wesen entsprach, gab er dem Liberalismus und Radikalismus eine so große nationale Bedeutung für England. Als Ende der 80er Jahre des 18. Jahrhunderts in der englischen Presse der Leitartikel aufkam, forderte ein führendes Blatt einen Schriftsteller auf, einen Leitartikel, so kurz und schlagend wie möglich, über die Bekämpfung der Trunksucht zu schreiben; Honorar vier Pfund Sterling. Der Leitartikel bestand aus diesem einen Satz: „Wir würden es vorziehen, daß ganz England sich dem Trunke ergäbe, als daß ein einziges Individuum durch Zwang am Trinken verhindert würde." In diesem mit vier Pfund Sterling nicht zu billig honorierten Leitartikel haben wir die englische Lebensauffassung, wie sie bereits vor der Herrschaft des Liberalismus war. Nun verbanden sich mit dieser freiheitlichen, individualistischen Auffassung die Ideen und Ideale des Puritanismus, die gerade in den industriellen Klassen Englands bis auf die Gegenwart am mächtigsten geblieben sind. Dieser Puritanismus äußerte sich namentlich in einem enthusiastischen Idealismus, der nicht wie

in Deutschland eine intellektuelle, sondern eine ethische Richtung hatte, nicht auf das Erkennen, sondern auf das Handeln gerichtet war. Die Puritaner verfolgten praktische ethische Ziele, im privaten wie im öffentlichen Leben, Gerechtigkeit, Freiheit, Humanität waren ihre Leitsterne; ihr Idealismus machte sie zu Reformern und Weltverbesserern. Sie glaubten an ihre Mission, besaßen eine nahezu fatalistische Zuversicht in ihre Kräfte und glaubten sich im ausschließlichen Besitz der rechten Mittel, das Ziel zu erreichen. Ein Prototyp dieser Ideenwelt war Gladstone mit seinem priesterlichen, humorlosen Ernst, während der weltliche Realismus der oberen Klassen durch Gladstones großen Gegner Disraeli vertreten wurde, der seinen ganzen skeptischen Sarkasmus gegen den puritanischen Idealismus wandte; Gladstone betrachtete, wie in einem neueren Buche treffend gesagt wurde, das Leben als „Pilgrim's progress", Disraeli sah in ihm ein „Vanity fair".

Radikale Interventionspolitik

Der puritanische Idealismus begann schon früh die auswärtige Politik Englands zu beeinflussen. Die Bekämpfung des Sklavenhandels und danach die Abschaffung der Sklaverei in den englischen Kolonien waren seine ersten Erfolge. Aber auch in Europa fand er ein Feld der Tätigkeit. Als die Heilige Allianz es sich zur Aufgabe machte, in ganz Europa die Revolution zu unterdrücken, erregte sich der freiheitliche Puritanismus der Engländer darüber. Und hier geschah es zum ersten Male, daß die außerparlamentarische öffentliche Meinung auf die auswärtige Politik Englands Einfluß gewann. Es war freilich nur eine Episode. Lord Castlereagh hatte jene öffentliche Meinung ignoriert, aber Canning

Castlereagh, Canning, Palmerston

folgte ihrer Führung. Als dann bald nach Cannings Tode durch die erste Parlamentsreform von 1832 die industriellen Mittelklassen den Zugang zum Parlament fanden, wurde jene außerparlamentarische zur parlamentarischen öffentlichen Meinung. Die Heilige Allianz intervenierte im Ausland, um die Revolution zu unterdrücken. Canning proklamierte den Grundsatz der Nichtintervention, im Namen der Freiheit der Völker. Intervention und Nichtintervention waren natürlich keine Endziele, sondern nur Mittel der Politik, und im Namen der Volksfreiheit hat auch Canning gelegentlich eine Interventionspolitik getrieben.

Aber Canning mischte sich, sei es durch Intervention oder durch Nichtintervention, nur in solche Fragen ein, an denen England politisch oder durch Vertragsrechte oder durch den Handel interessiert war. Er erkannte die Unabhängigkeit der südamerikanischen Republiken an; er rief nach seinen eignen Worten die Neue Welt ins Leben, um das politische Gleichgewicht in der Alten Welt wiederherzustellen. Aber zugleich wurde Südamerika durch die Lösung seiner staatsrechtlichen Beziehungen zu Spanien und Portugal ein offener Markt für die Industrie und Finanzwelt Englands. Auf diese Politik bezog sich Grillparzers Epigramm:

Der Brite schwärmt mit entzückten Blicken
Für die Freiheit der Länder, die ohne Fabriken.

Cannings Schüler und Nachfolger Lord Palmerston tat einen Schritt weiter; er intervenierte auch da, wo keine unmittelbaren englischen Interessen in Frage kamen, nur im Namen der Freiheit, Gerechtigkeit und Humanität; und seine unruhige und ren-

nommistische Einmischungspolitik, die der Stimmung der aufsteigenden Mittelklassen entsprach, machte ihn zu dem populärsten auswärtigen Minister der viktorianischen Epoche. Man darf dieses rein ideologische Element in der englischen Politik nicht verkennen. Es ist ein Stück Romantik in der Weltanschauung gerade der industriellen und kommerziellen Mittelklassen, deren Leben und Treiben ganz vorwiegend von utilitarischen Gesichtspunkten beherrscht war. Dieser utilitarische Materialismus, dem gleichsam das Gewissen schlug, schuf sich selbst ein Gegengewicht; ähnlich wie heute manche Großkapitalisten sozialistischen Anschauungen huldigen.

Die Palmerstonsche Tradition lebt bis heute in der öffentlichen Meinung Englands fort. In der Politik Englands trat freilich eine Reaktion dagegen ein. Auch Lord Palmerston selbst hatte immer eine Grenze zu ziehen gewußt; gegenüber Großmächten war er vorsichtiger, zog sich wohl auch nach einer diplomatischen Schlappe zurück. In der polnischen Frage im Jahre 1863 half es ihm nicht, daß er in Berlin als der selbsternannte Mandatar Europas auftrat. „Was ist Europa?" fragte Bismarck den englischen Botschafter; „ist es einig?" Auch sonst ist jene ideologische Einmischungspolitik durch Gründe der praktischen Vernunft in Schranken gehalten worden. So hat man nie von Massenmeetings im Hydepark gehört, die gegen die Lynchjustiz in den Vereinigten Staaten protestiert hätten. Zumal in den neuen politischen Konstellationen Europas seit 1870 drohten Interventionen zu gefährlichen Verwicklungen zu führen; und als die Konservativen ans Ruder kamen und Lord Salisbury Premier-

minister wurde, kehrte er mit Bewußtsein zu der Politik Lord Castlereaghs zurück.

Der nahe Orient

Im nahen Orient freilich ist die englische Interventionspolitik von Dauer geblieben. Die Idee, daß Europa und in seinem Namen England in den Balkanländern die Rolle der Sittenpolizei spielen müsse, hatte sich nun einmal festgesetzt. Inzwischen hat die öffentliche Meinung einen neuen Sportplatz

Kongostaat

im Kongostaat gefunden. Die Idee, hier zu intervenieren, ist außerordentlich populär geworden. Es ist dem Ursprung nach dieselbe Stimmung, wie wenn ein Engländer einen Neapolitaner auf handhafter Tat züchtigen will, weil er sein Pferd oder seinen Hund mißhandelt hat. Es ist Gefühlspolitik durch und durch. Aber in einem Lande, wo die öffentliche Meinung nahezu souverän herrscht, ist auch das Gefühl ein sehr realer Machtfaktor, was man namentlich bei den deutsch-englischen Beziehungen nicht vergessen darf. So aufrichtig aber die Agitation im ersten Stadium ist, so ist sie doch blind genug, sich von politischen Interessen in Vorspann nehmen zu lassen.

Schiedsgerichte und Haager Konferenz

Verwandt mit dieser aggressiven Humanitätspolitik, wenn auch verschieden von ihr, war der friedliche Internationalismus Cobdenscher Art, der die Welt nicht durch eine englische Sittenpolizei, sondern durch Abrüstungs- und Schiedsgerichtsverträge regieren wollte. Um diese Form des Radikalismus zu studieren, braucht man nicht nach England zu gehen, denn eine ziemlich genaue Kopie des englischen Urbildes stellten die deutschen Liberalen dar, die in den siebziger Jahren auf dem linken Flügel der nationalliberalen Partei saßen, die dann sezessionierten, die Fusion mit dem Fortschritt ein-

gingen und sich schließlich in der Freisinnigen Vereinigung selbständig konstituierten. Gerade die genaue Bekanntschaft mit der Ideologie dieser deutschen Politiker erleichtert es, die gleiche Ideologie in England als eine Realität, als eine politische Tatsache zu erkennen, was für die richtige Erkenntnis der Motive der englischen Politik absolut notwendig ist. In der Politik Lord Salisburys erhielt das internationale Schiedsgericht, wie wir gesehen haben, eine weit realpolitischere Bedeutung; in der Politik der jetzigen liberalen Regierung und vollends in der liberalen öffentlichen Meinung ist das rein doktrinäre Element Cobdenscher Richtung wieder stärker zutage getreten. Hiermit verbindet sich die Antipathie gegen den „Militarismus", die gerade in den unteren und den Mittelklassen der englischen Industriegebiete besonders stark entwickelt ist, die auch die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht in England auf absehbare Zeit verhindern wird. Zwischen dieser Gefühlspolitik, die in den Erörterungen über die kommende Haager Konferenz sehr deutlich zutage tritt, und der Realpolitik, die die Admiralität, das Kriegsministerium und die Reichsverteidigungskommission zur Ausgestaltung der britischen Wehrkraft in den letzten Jahren geführt haben und weiter fortsetzen, besteht ein Widerspruch, den keine Logik überbrücken kann. Aber Gefühlspolitik ist gewöhnlich unlogisch, und obendrein rühmen sich die Engländer, eine unlogische Nation zu sein. Sie besitzen in der Tat nicht das logische Bedürfnis der Franzosen, ihre Motive und Handlungen in eine restlose Gleichung zu bringen, und ihr politischer Instinkt hindert sie, in politischen Dingen die Logik so auf die Spitze zu treiben.

Wären die Engländer geborene Logiker wie die Franzosen, so wäre der Vorwurf der politischen Heuchelei, der ihnen seit Napoleon I. so oft gemacht worden ist, mehr gerechtfertigt, als er es in der Tat ist. Die öffentliche Meinung zumal sieht über die Tatsachen der englischen Realpolitik hinweg und schaut von dem Kothurn sittlicher Überlegenheit auf den „Zynismus" der deutschen Realpolitik als auf das Überbleibsel einer überwundenen Reaktionsepoche herab.

Imperialismus

Der zweite große Ideenkreis ist der imperialistische. Der Imperialismus ist ein Glied einer großen Kette; er ist ein Teil der konservativen Reaktion gegenüber dem englischen Liberalismus und Radikalismus. Diese Reaktion hat sich auf der ganzen Linie vollzogen. In der Sozialpolitik, im Schulwesen, gab man das Prinzip des Laisser-faire auf. Die alte individualistische Gesellschaftsauffassung begann abzuwirtschaften; es entstand etwas Ähnliches wie das, was man in Deutschland den Sozialismus der Gebildeten genannt hat. Die wirtschaftlichen und politischen Ideale eines Cobden machten Bankrott, die Wirksamkeit des Staates wurde wieder stärker betont; die Erstarkung des Nationalgefühls im Auslande wirkte auf England zurück, die Idee des Staates als Machtzweck erstarkte von neuem. Seinen Ausgang nahm der Imperialismus von dem Verhältnis des Mutterlandes zu den Kolonien; während der klassische Radikalismus dieses Band ganz trennen wollte, suchten die Imperialisten die Beziehungen der Kolonien zum Mutterlande wieder fester zu knüpfen. Auf diesem letzten Gebiet ging die Reaktion gerade von einem

Radikalen aus, von Sir Charles Dilke, der schon im Jahre 1869 das Wort von dem „Größeren Britannien" prägte. Der größte Staatsmann des Imperialismus, Josef Chamberlain, ist ebenfalls aus dem Radikalismus hervorgegangen; aber der Imperialismus fand in beiden politischen Parteien Anhänger. Endlich begann mit der Fair-Trade-Bewegung seit Anfang der achtziger Jahre eine Reaktion gegen die liberalen Anschauungen in der Wirtschaftspolitik.

Nun steckte in dem englischen Liberalismus, wie schon bemerkt, nicht nur viel Liberalismus, sondern auch viel englisches Wesen. Die Reaktion gegen den Liberalismus mußte in England dann auf einen starken Widerstand stoßen, wenn sie sich gegen die spezifisch englischen Grundlagen des Liberalismus wendete. Nun ist gewiß der Charakter eines Volkes Wandlungen unterworfen. Es bestehen oft Wechselwirkungen zwischen den Veränderungen des nationalen Charakters und den Änderungen seiner Institutionen, seiner gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse. Die letzten dreißig Jahre der Entwicklung Deutschlands bieten genug Belege dafür. Der englische Imperialismus, namentlich der Chamberlainschen Richtung, setzt zum Teil solche Veränderungen in dem nationalen Charakter voraus, teils hat er die Tendenz, solche Veränderungen herbeizuführen. Der Imperialismus strebt nach einer strafferen Zusammenfassung der nationalen Kräfte und stößt sich nicht daran, wenn dabei die Freiheit des Individuums beschränkt wird.

Reaktion gegen den Individualismus

Nun haben sich in den allgemeinen Anschauungen der Engländer zweifellos bedeutende Wandlungen vollzogen. Die oberen Schichten der Arbeiterklassen, die gewerkschaftlich organisiert sind,

zeigen sich einer Einschränkung der individuellen Freiheit nicht abhold, soweit das den Interessen ihrer Klasse frommt. Der Sozialismus macht in diesen Kreisen beständige Fortschritte. Die neue englische Arbeiterpartei, deren Politik ein Kompromiß zwischen dem Sozialismus und der reinen Gewerkschaftspolitik ist, verfügt nach sechsjährigem Bestehen ihrer Organisation über eine Million Wähler. Während Deutschland zu dem Staatssozialismus übergegangen ist, entstand in England der Gemeindesozialismus, durch den ein gut Stück altenglischer Verwaltungstradition zugrunde gegangen ist. Man kann auch gar nicht verkennen, daß in dem Imperialismus eine starke Dosis staatssozialistischer Ideale verborgen ist. Es ist sehr charakteristisch, daß der Führer der Imperialisten, Mr. Chamberlain, einer der ersten praktischen Gemeindesozialisten gewesen ist, dessen Politik seine Heimatstadt Birmingham unendlich viel verdankt. Die früheren Stadtverwaltungen Englands hatten so wenig Rühmenswertes geleistet, daß der Übergang zu dem neuen System hier verhältnismäßig leicht war. Aber schon jetzt hat sich, zumal in London, eine starke Unzufriedenheit damit bemerklich gemacht. Und die gemeindesozialistische Politik auf den Staat zu übertragen, würde weit größeren Hindernissen begegnen. England hat ja bis jetzt kaum, was wir einen Staat nennen. Ein großer Teil der staatlichen Funktionen wird in England von der Gesellschaft ausgeübt. Der bureaukratische Staat müßte erst geschaffen werden. Und eine staatssozialistische Bureaukratie — mag der Staatssozialismus auch noch so verwässert sein — stände in einem äußerst starken Gegensatz zu dem nationalen

Charakter der Engländer, wie er nun einmal historisch geworden ist.

Imperialismus und Staatssozialismus

Es ist schwer zu sagen, wie weit die konsequenten Imperialisten sich der sozialistischen Ziele, auf die sie tatsächlich hinsteuern, bewußt sind. Konservative Blätter, die nach einer strafferen nationalen Organisation rufen, bekämpfen den Sozialismus der Trades-Unions. Das Schlagwort, das für die Konzentration der nationalen Kräfte üblich geworden ist, heißt „efficiency", ein schwer zu übersetzendes Wort, das etwa Promptheit, Schlagfertigkeit der Verwaltung bedeutet. Lord Rosebery braucht das Wort gern; eigentlich stammt es aber aus den Kreisen der gemäßigt-sozialistischen „Fabier" (Fabian Society), und diese Herkunft ist charakteristisch. Staatssozialistischen Ideen begegnet man des öfteren bei den Anhängern des Chamberlainschen Programms: nationale Organisationen zur Einschränkung der Arbeitslosigkeit, Alterspensionen u. dgl. m. Das wird in einen organischen Zusammenhang mit dem Tarifreformplane gebracht, sei es im Prinzip, weil man den Zusammenhang als logische Notwendigkeit betrachtet, oder aus taktischen Rücksichten, um die Arbeiter für das Programm zu gewinnen. Auf einem anderen, aber benachbarten Gebiete liegt die Frage der Heeresreform. Die Idee der allgemeinen Wehrpflicht ist nicht sozialistisch; aber auch sie ist eine Form strafferer nationaler Organisation, die als solche dem englischen Sinne widerstrebt.

Alle diese Dinge spielten mehr oder weniger, bewußt oder unbewußt, in das Chamberlainsche Programm hinein. Die liberalen wie die konservativen Freihändler bekämpften nicht allein die

Chamberlainsche Handelspolitik, sondern auch jene politischen Tendenzen, die sie begleiteten. Die liberalen Imperialisten und die konservativen Freihändler wünschten ebenfalls eine engere Verbindung mit den Kolonien, aber nicht um den Preis der bisherigen politischen Traditionen Englands.

Organisation des Reichs

Es ist klar, daß die Verquickung der imperialistischen Probleme mit den wirtschaftspolitischen und den staatssozialistischen Tendenzen, die sie begleiteten, die Sachlage verdunkelt hat. Der imperialistische Gedanke, den Disraeli zuerst im Jahre 1872 proklamierte, hatte unter der letzten langen konservativen Regierung große Fortschritte gemacht — im Mutterlande selbst und in den Kolonien. Mr. Balfours Kabinett war das erste, das einige Versuche gemacht hat, eine Konsolidierung des Reiches herbeizuführen. Die Reichsverteidigungskommission, die von ihm geschaffen ist, hat eine Wehrpolitik begründet, die zum ersten Male die militärische, die maritime und die indische Politik zu einer Einheit zusammenfaßt, Mr. Balfour hat unter der Mitwirkung Lord Lansdownes, der vorher Generalgouverneur von Kanada und Vizekönig von Indien gewesen war, die europäische und die Weltpolitik Englands enger miteinander verwoben, als es je vorher der Fall war. Aber das betrifft im wesentlichen doch nur die Politik der großbritannischen, nicht der größerbritannischen Macht. Diese Politik wird in London und in den politischen Zentren von Indien, Ägypten und Südafrika bestimmt. Das Chamberlainsche Programm faßte dagegen vornehmlich die selbständigen Kolonien ins Auge. Diese aber verhalten sich zu allen zentripetalen Tendenzen des englischen Imperialismus

ebenso ablehnend, wie die Engländer zu den Versuchen größerer Konzentration ihrer nationalen Kräfte. Sie wollen in keine Beschränkung ihrer Freiheit willigen. Kanada weigert sich, zu der englischen Flotte beizusteuern — es will seine eigene Flotte bauen. Kanada würde jede konstitutionelle Bindung seiner Handels- und Wirtschaftspolitik ablehnen; es wäre nur bereit, mit dem Mutterlande Handelsverträge, und zwar kündbare Handelsverträge zu schließen. Zugleich beanspruchte aber Sir W. Laurier für seine Regierung das Recht, mit ausländischen Staaten, so z. B. mit Nordamerika, selbständig, des Mutterlandes ungefragt, Verträge zu schließen. Der letzte konservative Kolonialsekretär, Mr. Lyttelton, wünschte aus den bisherigen Kolonialkonferenzen, die alle vier bis fünf Jahre stattfinden, eine dauernde Institution zu machen, die einen Teil ihrer Befugnisse auf einen ständigen Ausschuß übertragen sollte. Die Kolonialkonferenz sollte ferner den Titel eines Reichsrats (imperial council) erhalten; gewöhnten sich die Kolonien an das Wort, so konnte dem Worte später vielleicht die Sache selbst folgen. Kanada lehnte gerade aus diesem Grunde ab; Worte hätten manchmal ganz unberechenbare Wirkungen auf die Dinge, hieß es in der Begründung.

Die neue Kolonialkonferenz, die erste, die unter den Auspizien einer liberalen englischen Regierung tagt, hat das Problem der Reichsregierung von neuem zu beraten. Aber auch, wenn keine weittragende Beschlüsse gefaßt werden, wenn in der organischen Zusammensetzung des britischen Reiches nichts Wesentliches geändert wird, wird der Bestand des Reiches ebensowenig gefährdet sein wie bisher. Die Kolonialkonferenz

Denn das britische Reich wird nicht allein durch die Kraft seines inneren Gefüges, sondern auch durch mechanischen Druck von außen zusammengehalten. Es ist sehr bezeichnend, daß die australischen Kolonien, die Ende der 60er Jahre starke Unabhängigkeitsgelüste äußerten, bald nach 1870 sich wieder stärker zu dem Mutterlande hingezogen fühlten. Es mag eine Fernwirkung gewesen sein, die der Sieg des nationalen Gedankens in Deutschland ausübte. Seitdem dann die autonomen Kolonien in den Kreis der Weltpolitik hineingezogen wurden, haben sie erkannt, daß sie ihre politische und nationale Selbständigkeit ohne den Schutz der englischen Flotte einfach nicht behaupten könnten. Der Druck, den die Vereinigten Staaten auf Kanada, den Japan auf Australien ausübt, hält das britische Reich fest zusammen.

VI. Politische Motive.

Wichtigkeit der Erkenntnis der politischen Motive

Das gesellschaftlich-politische System in England, das die Grundlage seiner Politik abgibt, ist so gänzlich verschieden von dem des Kontinents, daß auf beiden Seiten die Beurteiler, die von den Voraussetzungen ihrer Heimat ausgehen und diese auf das andere Land übertragen, leicht zu irrigen Schlüssen geführt werden. Die komplexe Vielheit der ursächlichen Faktoren in der englischen Politik, die wir zu skizzieren versucht haben, wird in Deutschland leicht übersehen, während der Engländer sich in das gemichte System von Zentralisation und Dezentralisation schwer hineinfindet, das in Deutschland herrscht und das dem englischen gerade entgegengesetzt ist. Solange es sich um die

Beurteilung von politischen Folgen und Wirkungen handelt, kann man sich an Tatsachen halten; wenn es aber darauf ankommt, die politischen Ursachen und Motive aufzusuchen, kommt man leicht zu falschen Schlüssen. Für die Politik ist aber die Erkenntnis der politischen Motive von der allergrößten Bedeutung. Irrt man sich in den Motiven des Auslandes, so wird das zu falschen politischen Berechnungen führen. Prüft man die vielbesprochenen Mißverständnisse zwischen England und Deutschland — soweit es sich wirklich um Mißverständnisse handelt —, so läßt sich sehr viel davon auf eine irrtümliche Beurteilung der gegenseitigen Motive zurückführen. Auf beiden Seiten ist die politische Aktivität des anderen Landes mit dem Vergrößerungsglas betrachtet worden; wenn irgendwo auf dem weiten Erdenrund etwas geschah, das die Interessen oder die Eigenliebe der Engländer oder der Deutschen unangenehm berührte, so fanden sich Stimmen, die die Wilhelmstraße oder Downing-Street dafür verantwortlich machen wollten. Auf beiden Seiten wurde eine Zentralisierung des politischen Willens angenommen, die nur in der eigenen Phantasie bestand. Die Presse arbeitet erklärlicherweise mit zahlreichen Verallgemeinerungen und Abstraktionen. In Deutschland spricht man oft von „England" oder von „den Engländern", wo man eigentlich nur von der „Daily Mail" oder von Mr. Stead (den diese Erwähnung neben der „Daily Mail" nicht kränken möge) oder von der Kapregierung oder von dem Chamberlainschen Tarifbunde sprechen sollte. Umgekehrt liebt es ein Teil der englischen Presse nicht zu verallgemeinern, sondern zu vereinzeln. Hat ein sozialdemokratischer

oder ein ultramontaner oder ein nationalliberaler Redakteur — die deutschen Parteien werden in der englischen Presse nicht immer so ganz genau unterschieden — einen Leitartikel geschrieben, so heißt es: der Artikel ist auf Geheiß des Reichskanzlers oder gar des Kaisers geschrieben worden; das also sind die Ansichten und Absichten der deutschen Politik! Das sind krasse Fälle, für die sich aber doch viele Belege finden ließen; in vielen anderen liegt es nicht so deutlich am Tage, worin der politische Fehlschluß steckt.

Idealisierung der englischen Politik

Mit der Vorstellung, daß die englische Politik einen außerordentlich zentralisierten politischen Willen darstellte, verbindet sich die andere Vorstellung, daß sie seit Jahrhunderten ein wahres Muster von Vorbedacht, Folgerichtigkeit und Entschlossenheit gewesen sei. In dieser Auffassung liegt unbewußt etwas von der Tendenz, mit der Tacitus seine „Germania" geschrieben hat: man stellt die englische Politik mit ihren Tugenden und Vorzügen der deutschen Politik als Vorbild hin. Kommt man mit jenen Anschauungen nach England, so nimmt man mit großem Erstaunen wahr, daß englische Preßorgane mit derselben Taciteischen Tendenz von der deutschen Politik schreiben. Als noch die Konservativen am Ruder waren, hat die konservative „Morning-Post" so manches Mal die deutsche Politik als ein nachahmenswertes Vorbild von Gründlichkeit, „Wissenschaftlichkeit" und Folgerichtigkeit geschildert; in ehrlichem patriotischen Schmerz klagte sie über die Systemlosigkeit, Inkonsequenz, Gedankenlosigkeit und Unentschlossenheit der eigenen Regierung, deren Politik nichts anderes wäre als ein ewiges „Fortwursteln" (muddle through).

Diese verschiedene Beurteilung der englischen Politik ergibt sich aus dem verschiedenen Standpunkt des Beobachters. Der englische Kritiker schaut mehr auf die Ursachen, der deutsche mehr auf die Ergebnisse, besonders die Ergebnisse der Vergangenheit. Der Engländer sieht die Dinge aus einer zu kurzen, der Deutsche aus einer zu weiten Entfernung. Es heißt wirklich den geschichtlichen Tatsachen Gewalt antun, wenn man aus der englischen Kolonialpolitik vom Ende des 16. Jahrhunderts bis auf die Gegenwart einen politischen Willen abstrahiert, der in dem ganzen Zeitraum sein Ziel nie aus dem Auge verloren hätte. In der englischen Kolonialgeschichte wechseln Zeiten hohen Aufschwungs mit Zeiten tiefer Depression ab; und es ist nicht zu vergessen, daß in wichtigen Epochen England als Kolonialmacht ebensowenig mit gefährlichen Gegnern zu rechnen hatte, wie Rußland in Innerasien. Vor allem von der Epoche von 1815 bis in die achtziger Jahre trifft Sir John Seeleys Wort das Richtige, daß England „in einem Anfall von Geistesabwesenheit" ein neues Empire geschaffen habe. Es war in der Tat zum guten Teil eine Politik des Unbewußten. Die besten Kräfte der Regierung, der Parteien und der Nation daheim wurden durch die parlamentarischen Kämpfe absorbiert. In der englischen Parlamentspolitik gilt die Taktik weit mehr als das politische Prinzip; man sorgt für das Heute und denkt nicht allzuviel an das Morgen: „Jetzt kommen wir endlich wieder zur vernünftigen Arbeit," sagte Lord Palmerston, als das Parlament in die Ferien gegangen war. Viele große Erfolge der britischen Reichspolitik im 19. Jahrhundert sind ausschließlich das Werk

der Willenszentren an der Peripherie gewesen. Die politischen Kreise in London befanden sich in einem Zustand von Geistesabwesenheit, während der „man on the spot" das Reich mehrte. Und über die Geschichte der letzten dreißig Jahre faßt Professor Holland Rose sein Urteil dahin zusammen, daß England sich meist damit zufrieden gab, die Entscheidungen der anderen Mächte abzuwarten; und wenn die Dinge doch noch glücklich endeten, so kam die glückliche Wendung gewöhnlich durch das Eingreifen irgend eines britischen Kaufmanns oder Forschers.

Faschoda. Burenkrieg

Aus der neueren Geschichte werden besonders Faschoda und der Burenkrieg als Beispiel für die zielbewußte Konsequenz der englischen Politik angeführt. Aber man ist zu dem Zweifel berechtigt, ob sich die Faschoda-Krisis nicht vielleicht anders abgespielt hätte, wenn nicht die Männer an Ort und Stelle von dem Kaliber eines Lord Cromer und eines Lord Kitchener gewesen wären. Und gegen die Annahme, daß der Burenkrieg planmäßig von langer Hand vorbereitet gewesen wäre, spricht der Umstand, daß nach Mr. Balfours Erklärung vom 28. November 1899 die englische Regierung vollständig davon überrascht wurde, daß der Oranje-Staat gemeinsame Sache mit dem Transvaal machte. Wenn eine Regierung sich über einen so wichtigen Punkt der südafrikanischen Frage so wenig informiert hält, so wird man in ihre Politik nicht allzuviel Konsequenz hineinlesen dürfen. Ferner ist es später bekannt geworden, daß Mr. Chamberlain im Sommer 1899 die Zustimmung Sir Campbell-Bannermans zu einer teilweisen Mobilmachung ersuchte. Mr. Chamberlain erklärte dem Führer der Opposition aus-

drücklich, die Regierung wolle keinen Krieg, sondern wollte die Buren nur blüffen; und wer das englische Parlamentsleben kennt, darf nicht daran zweifeln, daß eine solche Erklärung im besten Glauben gegeben worden ist. Es würde zu weit führen, andere Argumente heranzuziehen, die genaueren Zusammenhänge wird man doch erst aus späteren Veröffentlichungen erfahren; aber wenn man die Verhandlung der Burenkriegskommission gelesen hat, so möchte man der Auffassung vieler Engländer zuneigen, daß der Ursprung des Burenkrieges nicht in Downing-Street und nicht bei Mr. Chamberlain, sondern bei dem High Commissioner in Südafrika, Lord Milner, dem „man on the spot", zu suchen ist.

Wehrpolitik

Nicht als ob nun der englischen Politik alle politischen Grundsätze fehlten, jede Konsequenz und jedes Zielbewußtsein abginge. Das hieße eine extreme Auffassung durch eine ebenso extreme ersetzen. Der oberste Grundsatz der englischen Politik ist immer gewesen, die Vorherrschaft zur See aufrechtzuerhalten; und gerade die Erfahrungen des Burenkrieges haben dazu geführt, eine Wehrpolitik einzuführen, die auf festen systematischen Grundsätzen beruht. In der Reichsverteidigungs-Kommission (Imperial Defence-Committee), einer Schöpfung Mr. Balfours, ist ein behördliches Organ geschaffen, das die langentbehrte Einheit über dem Kriegsministerium und der Admiralität bildet. Die Neuorganisation und Neuverteilung der Flotte sowie die Inangriffnahme der Heeresreform zeigen, daß Systematik, „Wissenschaftlichkeit" und Konsequenz keine Grundsätze sind, die der englischen Politik fremd wären.

Labilität der öffentlichen Meinung

Aber diese Eigenschaften darf man nicht auch in der öffentlichen Meinung suchen. Von der englischen Presse und von der öffentlichen Meinung gilt es, daß ihre Haltung außerordentlich labil ist. Ein englischer Schriftsteller charakterisierte vor ein paar Jahren den politischen Sinn seiner Landsleute dahin, daß sie beständig in der Gegenwart lebten, daß sie außerordentlich stark auf die Ereignisse und Verhältnisse des Augenblicks reagierten und sich deren wandelnden Bedürfnissen anpaßten, daß sie ihre Stellungnahme zu dem heutigen Tage durch keine Erinnerung an das Gestern und Vorgestern beeinflussen ließen. Und das ist keine neue Erscheinung der Gegenwart. Ende des 18. Jahrhunderts sagte ein russischer Diplomat: „Ich habe die öffentliche Meinung Englands an einem Tage umschlagen sehen." Etwas Ähnliches haben wir selbst erlebt, als wenige Jahre nach Faschoda die Entente mit Frankreich zustande kam.

Englands Friedensliebe

„England," schrieb im Jahre 1887 Sir Charles Dilke, „hat die Tage seiner Kämpfe hinter sich, wenn es nicht durch eine ganz außerordentlich provozierende Sache in Bewegung gesetzt wird. Die Gründe sind erstens sein notorischer Mangel an militärischen Rüstungen und zweitens sein großes Bedürfnis nach Frieden... Und die tiefeingewurzelte Friedensliebe Englands entspringt zum Teil aus denselben Gründen, die England in einem Krieg von langer Dauer furchtbar machen würden, nämlich aus seinem enormen Reichtum und seinen großen Hilfsquellen und der Konzentration aller Energie auf das Wirtschaftsleben, was überall zum Kriege indisponiert macht." Diese Urteile treffen auch heute noch in vieler Hinsicht zu. Der Burenkrieg hat Englands

mangelnde Kriegsbereitschaft für einen Landkrieg vollauf dargetan; er hat aber auch gezeigt, welche Anstrengungen und Leistungen England sich während eine langen Krieges zutrauen darf. Seit dem Burenkriege ist eine Reform des englischen Heerwesens in Angriff genommen worden. Das neue Ziel ist, für denjenigen Landkrieg, der für England in erster Linie in Betracht kommen könnte, in moderner Weise gerüstet zu sein: die militärische Rüstung Englands gilt der Verteidigung der Landgrenze Indiens. Zwar kann England hier auf die Unterstützung Japans rechnen; allein die Verwendung japanischer Truppen in Indien, Afghanistan oder Seistan würde das Prestige Englands bei der eingeborenen Bevölkerung derart schädigen, daß davon wohl nur im alleräußersten Notfalle Gebrauch gemacht werden würde.

England als Landmacht

Gegenüber dem festländischen Europa kommt England als Militärmacht nur in verhältnismäßig geringem Grade in Betracht. Freilich besitzt es zur See nicht nur über jede einzelne europäische Kontinentalmacht, sondern auch über jede zurzeit denkbare Kombination eine große absolute Überlegenheit. Zur See steht England mächtiger da denn je. Seine strategische Flottenaufstellung ist der politischen Lage angepaßt worden. Aus dem japanischen Machtbereich ist die englische Flotte zurückgezogen; gegenüber Amerika und im Mittelmeer hat England relativ abgerüstet. Die Streitmacht ist im Atlantic und in der Nordsee konzentriert. Daß diese Konzentration eine strategische Aufstellung gegen Deutschland bedeutet, liegt auf der Hand. Aber darf man aus der englischen Seerüstung und der Neuverteilung seiner Flotte Schlüsse auf die englische Politik ziehen, in dem Sinne, daß sie die

England als Seemacht

Motive der Wehrpolitik

Absicht verfolgte, einen Angriffskrieg zu führen? Wir Deutsche sind mit dem Grundsatz: si vis pacem, para bellum, so vertraut, daß wir ihn uns wohl auch als Motiv der Wehrpolitik eines andern Landes vorstellen könnten. Deutschland hat dreißig Jahre lang gegen Frankreich und mehr als die Hälfte derselben Zeit gegen Rußland gerüstet. Daß es eine defensive Rüstung gewesen ist, darüber kann bei verständigen Leuten in Deutschland selbst kein Zweifel herrschen. Franzosen und Russen mögen darüber anders denken; aber sie würden sich in den Motiven der deutschen Politik irren, wenn sie aus der Konzentration der deutschen Wehrkraft an der französischen und der russischen Grenze auf eine aggressive Politik Deutschlands, auf die Absicht eines Angriffskrieges mit zwei Fronten schlössen. So können wir ebenfalls aus der englischen Wehrpolitik allein, solange keine anderen Gründe dazu kommen, keine zwingenden Schlüsse auf eine aggressive Politik Englands ziehen. Umsoweniger, als diese Politik keine neuen Bahnen verfolgt. Vielmehr ist sie konservativ, denn sie ist auf den status quo, die Erhaltung der britischen Suprematie zur See eingestellt. Für ihren defensiven Charakter spricht indirekt auch die Beobachtung, daß je deutlicher die maritime Überlegenheit Englands zutage trat, die öffentliche Meinung sichtlich an Nervosität verlor. Jahre hindurch hatte ihr die Besorgnis in den Gliedern gesteckt, die aus der burenfreundlichen Haltung der französischen, deutschen und russischen Presse während des Krieges herrührte, daß eine Kombination zweier oder dreier kontinentaler Mächte gegen England im Bereiche der politischen Möglichkeiten stände.

Die Entente cordiale mit Frankreich, die Vernichtung der russischen Flotte im japanischen Kriege, die Reorganisation und Neuverteilung der englischen Flotte, haben die öffentliche Meinung zum guten Teil von jenem Alpdruck befreit. Freilich gelingt es der Presse immer wieder trotz beruhigender Erklärungen seemännischer Autoritäten, wie z. B. Lord Brasseys, einem Teil des Publikums den Zweifel beizubringen, ob die englische Flotte ihren Aufgaben wirklich völlig gewachsen sei. Im allgemeinen aber ist die Stimmung doch wesentlich ruhiger geworden. „Schiffe sind billiger als Krieg", hat Lord Charles Beresford gesagt. Und daß selbst ein siegreicher Krieg in der Tat um keinen niedrigen Preis erkauft werden kann, das ist aus Südafrika her noch unvergessen und wird lange unvergessen bleiben. Aber auf englischer wie auf deutscher Seite ist die Vorstellung weit verbreitet, daß das andere Land sich mit aggressiven Gedanken und Plänen trägt. In England besteht immer noch das alte Vorurteil, daß „Weltpolitik" den Stempel „made in Germany" trüge, daß Deutschland, und Deutschland allein, mit seiner Flottenpolitik aggressive Ziele verfolgte. Englands Freunde und Bundesgenossen: Japan, Frankreich, die Vereinigten Staaten, verstärken ihre Seerüstung; sogar Argentinien und Brasilien geben englischen Werften Aufträge, moderne große Schlachtschiffe zu bauen. Dies wird in England ohne Anstoß, ja ohne Verwunderung hingenommen; aber wenn Deutschland Schiffe baut, heißt es in Zeitungen und Tendenzromanen, daß Deutschland einen Raid auf die englische Küste plante. Es wäre nur konsequent, wenn auch die deutsche Luftschifferabteilung unter diesem Gesichts-

„Schiffe billiger als Krieg"

Vorurteile gegen deutsche Flottenpolitik

punkte betrachtet würde; eine deutsche Landung in Hydepark durch die Luft gäbe einen vortrefflichen Stoff für den nächsten Invasionsroman.

England saturiert

Territorial ist England saturiert. Um neue Landgebiete zu erwerben, wird es schwerlich einen Krieg führen. Theoretisch wäre es denkbar, daß es einen

Handelskriege

Handelskrieg führen könnte. Handelskriege sind auch früher geführt worden, und Mr. Balfour selbst bemerkte vor nicht langer Zeit in seiner akademischen Weise, daß künftige Handelskriege nicht außer dem Bereich der Möglichkeit lägen. Aber in einer Zeit wirtschaftlichen Aufschwungs und Wohlstands rücken solche Möglichkeiten naturgemäß in eine fernere Zukunft, für die wir heute keine politische Berechnung aufstellen können. Zudem kommt die starke diplomatische Stellung, die England mit seinem Bündnis und seinen Ententen gegenwärtig einnimmt, auch seiner Wirtschaftspolitik und seiner Volkswirtschaft ganz außerordentlich zugute.

Erhaltung des europäischen Gleichgewichts

Die Aufrechterhaltung der maritimen Suprematie ist der eine Grundsatz gewesen, der sich dauernd durch die englische Politik hindurchzieht. Der zweite war die Erhaltung des europäischen Gleichgewichts. Nun ist bei der heutigen europäischen Konstellation die leichtere Wagschale ganz gewiß nicht auf Englands Seite. Vom englischen Standpunkt betrachtet — und wir müssen uns auf den Standpunkt Englands stellen, wenn wir die Motive seiner Politik erkennen wollen — ist das europäische Gleichgewicht hergestellt. Also auch dieses Ziel ist erreicht. Was würde nun England durch einen Krieg, von langer Hand vorbereitet und geplant, gewinnen? Ob und inwieweit England die

Politik zu verfolgen beabsichtigt, Deutschland diplomatisch, namentlich auch, soweit es sich um wirtschaftspolitische Unternehmungen im nahen, mittren und fernen Orient handelt, „einzukreisen", darüber liegen der Öffentlichkeit nicht genügende Daten vor, daß man mehr als eine Theorie geben könnte. So wenig die Politik solche Möglichkeiten aus dem Auge verlieren darf, so verfrüht wäre ein historisches Urteil. Ebenso würde die Politik, die Deutschland dann zu führen hätte, so sehr von den besonderen Umständen der Lage abhängen, daß eine Erörterung darüber gar zu allgemein ausfallen müßte.

Öffentliche Meinung

Das unsicherste Element in der englischen Politik ist und bleibt die öffentliche Meinung. Das vorhin zitierte Wort Sir Charles Dilkes trifft zu, daß nur eine „ganz außerordentlich provozierende Sache" die englische Politik in den Krieg treiben könnte. In dieser Formulierung ist auch das eminent subjektive, gefühlsmäßige Element in der öffentlichen Meinung treffend ausgedrückt. Aber man muß freilich hinzufügen, daß die öffentliche Meinung in den letzten zwanzig Jahren sehr viel leichter erregbar geworden ist. Der liberale Teil der öffentlichen Meinung, der gegenwärtig herrscht, ist zweifellos weit schwerer in Bewegung zu setzen, als die öffentliche Meinung unter der letzten konservativen Regierung war. Aber man kann nicht außer acht lassen, daß durch eine jahrelange Agitation eine Menge Zündstoff angehäuft worden ist, der freilich einer starken Mine bedürfte, um zur Explosion zu kommen, dessen Existenz aber unmöglich ignoriert werden kann. Mit dieser Tatsache hat nicht allein die Politik der Regierung, sondern auch die Politik der Presse zu rechnen.

Und wenn das Wesen der öffentlichen Meinung in England Gefühlspolitik ist, so hat jede Realpolitik dies gefühlsmäßige Moment als eine sehr bedeutsame Realität zu berücksichtigen.

Europäische und Weltpolitik

Bei alledem aber darf die europäische Politik nicht als etwas Isoliertes betrachtet werden. Unerwartete Entwicklungen der Weltpolitik können die Lösung europäischer Spannungen zur Folge haben.

Dritter Teil.

8. Korea und die Mandschurei.

Japan und Korea

Japan hat die beiden Kriege von 1894 und 1904 vorwiegend um Korea geführt, und Korea ist heute ein japanisches Protektorat. Erst während des letzten Krieges haben die japanischen Absichten auf Korea allmählich endgültige Gestalt angenommen. Schon der erste Bündnisvertrag mit England von 1902 erkannte die besonderen politischen, industriellen und kommerziellen Interessen Japans in Korea an. Aber während hier noch die Unabhängigkeit und Integrität des Landes als eines der Ziele des Bündnisses hingestellt wurde, erscheint Japan in dem zweiten Vertrage von 1905 bereits als anerkannte Schutzmacht über Korea. England läßt seinem Verbündeten freie Hand in „der Leitung, der Kontrolle und dem Schutze" Koreas; nur daß die dazu ergriffenen Maßregeln nicht dem Prinzip der „Offenen Tür" widersprechen sollen. In dem Friedensvertrag von Portsmouth wurde das japanische Protektorat auch von Rußland anerkannt, und bezeichnenderweise schließt sich der Wortlaut dieser Artikel an die entsprechenden Paragraphen des englischen Bündnisvertrages an. Die Beziehungen zwischen Japan und Korea selbst wurden durch vier Abkommen geregelt, die in den Jahren 1904 und

1905 Korea aufgezwungen wurden. Diese Abkommen zeigen, wie der Herrscher von Korea Zug um Zug seine Hoheitsrechte an die Schutzmacht abtreten mußte. Schließlich hat auch der direkte Verkehr der koreanischen Regierung mit dem Auslande aufgehört, die koreanischen Diplomaten im Auslande und die fremden Diplomaten in Söul sind abberufen worden. Koreas Beziehungen zum Auslande wurden jetzt in Tokio und durch den japanischen Generalresidenten in Söul geregelt. In die Hände der Japaner ist auch das Post- und Telegraphenwesen gefallen. Die meisten Nachrichten über Korea erhält man jetzt aus Tokio; und daß die japanische Besitzergreifung von Korea nicht ohne jeden Widerstand vor sich gegangen ist, daß die koreanische Regierung ihren politischen Selbstmord nicht in voller Freiwilligkeit begangen hat, erfuhr man erst aus den vorsichtig durchgeschmuggelten Nachrichten eines englischen Korrespondenten. Die Gesamtheit der koreanischen Staatshoheitsrechte ist auf Japan übergegangen. Zwar ist der König, oder wie er sich seit 1897 nannte, der Kaiser von Korea nicht abgesetzt worden, aber er ist zu einem Schattendasein verurteilt, und es ist wohl begreiflich, wenn der unglückliche Monarch gefürchtet hat, ebenso wie seine Gemahlin vor zwölf Jahren von den Japanern den Tod zu finden. Die Japaner haben nicht nur die bestehende koreanische Regierung übernommen, soweit diese überhaupt existierte, sondern haben in vieler Hinsicht eine Verwaltung überhaupt erst geschaffen. Im großen und ganzen ließen sie, soweit möglich, die Kulissen des früheren Regimes bestehen, aber dahinter geschah alles durch die Japaner. Die japanische Presse liebt es, von Korea

als von dem japanischen Ägypten zu sprechen, und die englische Regierungsmethode im Nillande scheint in der Tat als Vorbild gedient zu haben.

Eine der ersten Maßregeln der Japaner war, die Eisenbahn von Fusan und Söul auszubauen, diese Linie bis zum Yalu zu verlängern und zugleich die Strecke von Söul nach dem Hafen Tschemulpo zu verbessern. Da zugleich Telegraphen- und Telephonlinien gelegt wurden, so gab es in Korea reichlich Arbeitsgelegenheit und Geldverdienst, und der Außenhandel hatte sein Teil an dieser Anregung des Wirtschaftslebens. Die Japaner haben die Finanzen und die Währung in Ordnung gebracht, das System der Steuerverpachtung abgeschafft und durch eine Anleihe von 15 Millionen Yen die verfügbaren Staatsmittel vermehrt. Bahnbauten

Eine starke japanische Einwanderung strömte in das eroberte Land. Die Regierung förderte die Einwanderung und hat auch auf ihre Regulierung Einfluß genommen; denn unter den ersten Auswanderern befanden sich zahlreiche ungeeignete Elemente, deren Auftreten und Gebaren den alten Haß der Koreaner vermehren und der japanischen Regierung neue Schwierigkeiten bereiten mußten. Die Einwanderung zieht sich fast ausschließlich in die Städte, zumal nach Söul und den Vertragshäfen. Es sind ganz überwiegend Händler und Krämer, die dort ihr Glück suchen. Außer der geringen Entfernung von der Heimat hat Korea eine besondere Anziehungskraft für die Japaner. Korea wird als erobertes Land betrachtet, die Japaner fühlen sich hier als Herrenvolk. Weit entfernt, von der Solidarität der gelben Rasse durchdrungen zu sein, sehen sie auf die Koreaner gleicher und auch höherer Japanische Einwanderung

Klasse und Lebensstellung als auf die Untertanen ihrer Nation herab. Korea ist kein reiches Land, zumal wenn man es von dem Standpunkte des japanischen Einwanderers betrachtet. Eine großkapitalistische Ausbeutung wie die der Alexejew und Bezobrazow hätte hier vielleicht am ehesten Erfolg; aber Unternehmungen großen Stils werden durch die Kapitalarmut Japans Schranken gezogen. Es ist viel davon die Rede gewesen, Korea als eine japanische Ackerbau- und Siedlungskolonie zu behandeln, einerseits um die ländliche Übervölkerung der Heimat hierher abströmen zu lassen, andrerseits um hier Japans steigenden Bedarf an agrarischer Einfuhr zu decken. Aber es scheint, daß die koreanische Landwirtschaft ungefähr auf der gleichen Stufe steht wie die japanische, und daß auch hier der Teil des Landes, der ohne Schwierigkeit für den Ackerbau gewonnen werden konnte, sich bereits in Kultur befindet. Eine Ausdehnung der Anbaufläche wäre vielleicht möglich, aber nur unter ähnlichen Schwierigkeiten wie in Japan selbst. Derartige Möglichkeiten wie Kanada oder Australien bietet Korea als Siedlungskolonie sicher nicht. Alles in allem wird die japanische Kolonie in Korea in wenigen Jahren 100000 Köpfe erreichen. Aber bisher zeigt sie keinerlei Neigung zur Seßhaftigkeit. Der Japaner wandert in der ausgesprochenen Absicht ein, sich in einigen Jahren ein hübsches Stück Geld zu verdienen und dann in die Heimat zurückzukehren. Er kauft wohl Land, wenn er es billig bekommt, aber er bebaut es nicht selbst, sondern läßt es durch die Eingeborenen bewirtschaften; er selbst spielt die Rolle des Grundherrn, und meist des abwesenden Grundherrn.

Was die Handelsinteressen in Korea betrifft, so standen bisher neben Japan England und Amerika obenan. Die beiden Mächte, die durch ihre Anleihen Japans Krieg mit Rußland ermöglicht haben, sind an der japanischen Politik in Korea weitaus am meisten interessiert. England ist an verschiedenen Unternehmungen in Korea beteiligt. Das bisher investierte Kapital wird auf mehr als 40 Millionen Mark geschätzt; aber bis vor kurzem gab es in ganz Korea nur eine einzige englische Handelsfirma. Keine englische, geschweige eine amerikanische Dampferlinie läuft Korea an. Selbst mit Shanghai gibt es keine regelmäßige Dampferverbindung. Die Schiffahrt nach Korea ist fast ganz in japanischen Händen. Söul wird heute von Tokio in 48 Stunden erreicht. Vor dem Kriege war die englische Einfuhr fast so groß, und speziell die Einfuhr von Baumwollwaren doppelt so groß wie die japanische; England bediente sich chinesischer Zwischenhändler. Amerika war durch Kaufleute wie durch Missionare stärker vertreten als England, die amerikanische Kolonie in Korea war nächst der japanischen die stärkste; freilich zählen die Japaner nach Tausenden und die Amerikaner nur nach Dutzenden. Die Amerikaner hatten sich nebst dem Einfuhrhandel auf industrielle Unternehmungen geworfen. Aus ihren Konzessionen ist ungleich mehr entstanden, als aus denen der Russen. Die erste koreanische Eisenbahn, die während des Krieges von der japanischen Regierung aufgekauft wurde, war von Amerikanern gebaut, desgleichen die ersten Straßenbahnen und Telephon- und Beleuchtungswerke. Das Goldbergwerk in Unsan ist amerikanisch. Nun gewinnt es aber mehr und mehr den

Handelsinteressen

Anschein, als ob die Japaner die Absicht hätten, die wirtschaftliche Ausbeutung Koreas zu monopolisieren. Zunächst haben sie die Konzessionen, die die frühere koreanische Regierung russischen und französischen Gesellschaften gemacht hatte, annulliert. Die Bahnlinie von Söul nach dem Yalu war eine französische Konzession gewesen. Die Japaner behaupteten, die Konzession sei verfallen gewesen, während es von den Franzosen bestritten wurde. Allerdings war der japanische Besitz dieser Linie eine strategische Notwendigkeit, aber während die Linie Fusan—Söul der amerikanischen Gesellschaft abgekauft wurde, blieben die französischen Konzessionäre ohne Entschädigung. Über die Rechtslage der späteren Konzessionen ist somit eine gewisse Unsicherheit entstanden. Neue Konzessionen werden aber nicht mehr von der koreanischen, sondern von der japanischen Regierung erteilt, und es läßt sich füglich nicht erwarten, daß diese eine ähnliche Freigebigkeit in deren Gewährung zeigen wird wie ihre koreanischen Vorgänger. Das Gefühl der Rechtsunsicherheit zeigte sich darin, daß bestehende Gesellschaften Japaner zur Beteiligung heranzogen. Und dies Gefühl der Unsicherheit verstärkte sich, als die diplomatischen Vertreter des Auslandes, da ihre Obliegenheiten erloschen waren, aus Söul abberufen, und die Entscheidungen der Regierung nach Tokio verlegt wurden, so daß Amerikanern und Europäern der Beistand des Repräsentanten ihrer Regierung nicht mehr unmittelbar zur Hand ist.

Förderung der japanischen Interessen

Die japanische Finanz-, Währungs- und Wirtschaftspolitik in Korea wird selbstverständlich den Interessen der Japaner dienstbar gemacht. Zumal

die Ausfuhr der wichtigsten japanischen Industrie, der Textilindustrie, wird mit allen Mitteln gefördert, und Lancashire wird das in absehbarer Zeit zu spüren haben. Der optimistische Glaube, daß Japan in Korea eine altruistische Politik der „Offenen Tür" zu führen gedächte, ist sichtlich im Abnehmen; und wie es sich mit den entsprechenden Verpflichtungen seines Bündnisvertrages abfinden wird, ist eine offene Frage. Nichts ist wohl so bezeichnend, wie die Änderung des koreanischen Zollwesens. Korea hatte im Jahre 1883 seine ersten Handelsverträge geschlossen und einige Vertragshäfen, deren es jetzt elf gibt, geöffnet. Anfänglich stand die Zollverwaltung unter einem Deutschen, Baron von Möllendorf; dann wurde sie mit der chinesischen Zollverwaltung unter der Leitung von Sir Robert Hart verbunden. Seit langen Jahren stand ein Engländer, Mr. Mac Leavy Brown, dem koreanischen Zollwesen vor. Dieser ist aber, wie die meisten Ausländer in koreanischen Diensten, verabschiedet und durch einen Japaner ersetzt worden. Der Zusammenhang mit dem chinesischen Zollwesen darf damit als endgültig gelöst betrachtet werden. Man sprach bereits in Japan davon, den japanischen Zolltarif auf Korea anzuwenden, also Korea in die Zollgrenzen Japans einzubeziehen, und in der englischen Presse wurde die berechtigte Frage aufgeworfen, wie sich das mit dem Bündnisvertrage in Einklang bringen ließe, der die wirtschaftliche Gleichberechtigung aller Nationen stipuliert hat.

Zollwesen

Die Verpflichtung, daß die japanische Politik in Korea dem Grundsatz „gleicher Gelegenheit für den Handel und die Industrie aller Nationen" entsprechen müßte, bindet Japan nur England und

Die „offene Tür"

nicht etwa auch Amerika gegenüber. Die Amerikaner haben keinen Anhalt, Japan zur Erfüllung jener Verpflichtung zu mahnen. Es kommt lediglich darauf an, wie England und Japan sich über „die allgemeinen Interessen aller Mächte in Ostasien", deren Erhaltung eines der Ziele des Bündnisses von 1905 ist, einig werden. Zwar hat auch England, wie wir aus Putnam Weales neustem Buche erfahren, bereits viele Depeschen wegen dieser wirtschaftlichen Fragen nach Tokio gerichtet; aber einstweilen scheint Japan entschlossen, unbeschadet des Vertrages, nicht nur politisch, sondern auch industriell und kommerziell Herr im eigenen Hause bleiben zu wollen.

Die Mandschurei

Mehr als Korea steht die Mandschurei im Zentrum der ostasiatischen Frage. Die geographische Lage, die strategischen und wirtschaftlichen Verhältnisse machten sie zu dem natürlichen Schauplatz des Krieges und zu dem besonderen Gegenstande des Interessenstreites. Erst durch den russisch-japanischen Konflikt ist die Mandschurei in den Gesichtskreis der internationalen Politik getreten. Korea war schon vor Jahrhunderten der Zankapfel zwischen Japan und China gewesen; eine japanische Königin mit dem suggestiven Namen Jingo hat schon in dem dritten Jahrhundert unserer Zeitrechnung einen Eroberungsfeldzug nach Korea unternommen. Dagegen wurde die Mandschurei erst vor einem Jahrzehnt politisch entdeckt. Erst der japanisch-chinesische Krieg lüftete den Schleier von diesem Lande.

Rußland in der Mandschurei

Rußland hat während seiner Okkupation in der Mandschurei den Beweis seiner zivilisatorischen

Fähigkeiten ebenso abgelegt, wie vordem in Innerasien. Erst die Russen machten die Mandschurei mit dem Landfrieden bekannt. Der Bau der Eisenbahnen, wofür Rußland an 300 Millionen Rubel ausgab, beschleunigte den trägen Kreislauf des wirtschaftlichen Lebens, und wenn die Japaner in Korea Pfennige ausgaben, ließen die Russen in der Mandschurei Taler springen. Die Russen bauten Bahnen, Städte und Kasernen. Die einheimische Bevölkerung setzte bei der gesteigerten Nachfrage die Landesprodukte zu gutem Preise ab, neue Arbeitsgelegenheiten entstanden, die Löhne stiegen, und der Geldumsatz kam dem auswärtigen Handel zustatten. Die wirtschaftlichen Bedürfnisse der Russen in dem Kriege, vor allem der Bedarf an Weizen und Vieh, rief eine sehr bedeutende chinesische Einwanderung nach der Mandschurei hervor, die zum großen Teil aus dem übervölkerten Shantung kam. Die Russen förderten den Weizenbau, für den das Land sich vortrefflich eignet; in Charbin wurden nicht weniger als sieben Getreidemühlen gebaut, ein Beweis, wie der Ackerbau zunahm. Russische Bauern waren in der Mandschurei freilich bisher ebensowenig zu finden wie japanische in Korea; neuerdings aber heißt es, daß an die 50000 Soldaten in der Mandschurei angesiedelt werden sollen, und daß die russische Regierung eine Ansiedlungspolitik betreibt, die sich der kanadischen an die Seite stellen ließe. Der erwachende Wohlstand wurde freilich durch den Krieg unterbrochen, Strecken angebauten Landes liegen brach, die Häuser waren von den Truppen abgerissen, um Brennmaterial zu gewinnen, die Bevölkerung fürchtet sich vor den Geschossen und Minen, die unexplodiert auf den Fel-

dern liegen. Die Russen sind im Norden der Mandschurei geblieben; der Bedarf an Lebensmitteln dauert an; und die Chinesen wären nicht die guten Rechner, die sie sind, wenn sie nicht diese Erwerbsgelegenheit wahrnähmen. Man darf als eine sichere Tatsache annehmen, daß die Besiedlung und der Anbau der russisch gebliebenen Mandschurei sich sehr lebhaft weiter entwickeln wird.

Staatsrechtliches Problem

Die staatsrechtlichen Verhältnisse der Mandschurei sind noch nichts weniger als stabil geworden. In dem Friedensvertrag von Portsmouth kamen Japan und Rußland überein, die Mandschurei vollständig und gleichzeitig zu räumen und alle Teile des Landes, die sich zurzeit noch unter militärischer Okkupation befanden, der ausschließlichen Verwaltung Chinas zurückzuerstatten. Nur die Halbinsel Liautung wurde ausgenommen; hier sollte Japan als Rechtsnachfolger Rußlands in den 99jährigen Pachtvertrag mit China eintreten. Aber aus der übrigen Mandschurei sollten die Truppen in gleichen Verhältnissen und zu gleicher Zeit zurückgezogen werden, dergestalt daß am 15. April 1907 die beiderseitige Räumung vollendet wäre. Und dieser Teil des Pakts ist mit buchstäblicher Genauigkeit ausgeführt worden. Indessen behielten sich beide Mächte

Eisenbahn-Schutztruppen

das Recht vor, Eisenbahn-Schutztruppen in dem Lande zu behalten. Rußland hat in dem Friedensvertrage von Portsmouth die Eisenbahnstrecke zwischen Port Arthur und Changchun an Japan abgetreten. Der nördliche Teil der mandschurischen Bahn gehört sonach den Russen, der südliche Teil den Japanern; auf Rußland kommen etwa drei Viertel, auf Japan ein Viertel der ganzen Strecke. Auf den Kilometer dürfen höchstens 15 Mann zum

Schutze der Bahn kommen. Das macht für Rußland etwa 30000 und für Japan etwa 10000 Mann aus. Diese Truppen werden auch, nachdem die Verwaltung den Chinesen zurückerstattet ist, im Lande bleiben, solange die Sicherheit der Eisenbahnen, nach übereinstimmender Ansicht Japans und Rußlands, dieses Schutzes bedarf. Ist die chinesische Verwaltung vor dem Kriege nicht in der Lage gewesen, den notwendigen Schutz vor den mandschurischen Räuberbanden zu gewährleisten, so wird es auch in der Zukunft ein gutes Stück innerer Reformarbeit bedürfen, ehe China die Anforderungen Rußlands und Japans befriedigen kann. Eine beschränkte Truppenmacht auf jeder Seite dürfte also für absehbare Zeit in der Mandschurei verbleiben. Und wenn das Eisenbahnnetz etwa durch Zweigstrecken weiter ausgebaut wird, so wird sich die Zahl dieser Schutztruppen vergrößern. Da eine Verteilung dieser Schutztruppen über die ganze Bahnstrecke in dem Friedensvertrag nicht gefordert wird, so können sie an bestimmten Punkten konzentriert werden. Die Teilung der mandschurischen Bahn läuft also nahezu auf eine militärische Teilung des Landes hinaus. Freilich soll die Bahn, mit Ausnahme der japanischen Strecke in der Halbinsel von Liautung, nicht zu strategischen Zwecken benutzt werden. Aber der Teilungspunkt der Bahn befindet sich ungefähr dort, wo das japanische und das russische Heer in der letzten Phase des Krieges einander gegenüberstanden; die großen Massen von Befestigungen, Erdwerken u. dgl. stehen noch heute so da, wie sie nach dem Kriege verlassen wurden, so daß sich der Eindruck einer militärischen Grenzlinie verstärken muß. Und wenn die russische

Militärische Teilung der Mandschurei

Armee mit Ausnahme der Eisenbahn-Schutztruppen den Boden der Mandschurei geräumt hat, so folgt daraus noch nicht, daß sie dann sofort etwa an die deutsche Grenze geworfen würde. Es heißt vielmehr, daß Rußland nach der Räumung der Mandschurei gegen 300000 Mann in der Nähe der Grenze halten will. Der Friede zwischen Japan und Rußland würde danach ebenso ein bewaffneter Friede werden, wie nur irgendwo auf dem europäischen Festlande.

Japan in der Mandschurei

In der Südmandschurei ist Japan an die Stelle Rußlands getreten. China hat in dem Vertrag vom 22. Dezember 1905 den Portsmouther Friedensvertrag, soweit er die Mandschurei berührt, anerkannt. Wohl oder übel mußte China die verlängerte militärische Okkupation und ebenfalls die Eisenbahn-Schutztruppen gutheißen, bis es — nach der Meinung Rußlands und Japans — sein eigenes Heerwesen so weit entwickelt hat, um den Schutz selbst übernehmen zu können. Zugleich ließ sich Japan in dem erwähnten Abkommen einige Eisenbahnkonzessionen von China erteilen. Das Ergebnis hiervon und seiner eigenen Unternehmungen ist, daß Japan in absehbarer Zeit ein Eisenbahnnetz besitzen wird, das Korea, den Süden der Mandschurei und Peking miteinander verbindet, während es sich im Norden an das russische Bahnsystem anschließt. Japan plant, im Anschluß an seine Eisenbahnverstaatlichung, hier ein großes einheitliches Bahnsystem zu schaffen, das dem Namen nach eine Aktiengesellschaft mit japanischer und chinesischer Beteiligung sein wird, tatsächlich aber ein japanisches Regierungsunternehmen ist. In Verbindung hiermit werden neue Schiffahrtslinien,

Kohlenbergwerke und Handelsunternehmungen geplant, die den Süden der Mandschurei ebenso einer monopolistischen Ausbeutung durch die Japaner vorbehalten, wie das Protektorat Korea.

Japanische Einwanderung

Auch in die Südmandschurei zieht die japanische Einwanderung ein. Im Sommer 1906 wurden die Japaner allein in Mukden, Niutschwang und Antung am Yalu auf 18000 geschätzt; ebenso wie in Korea sind es keine Bauern, sondern der Mehrzahl nach Krämer und Trödler, auch hier drängt sich eine unerwünschte Klasse von Einwanderern zusammen. Das chinesische Element wird als allzu gefährlicher Konkurrent nach Möglichkeit beiseite geschoben.

Chinesische Verwaltung

Am 15. April 1907 sollte nach dem Friedensvertrag von Portsmouth die militärische Räumung der Mandschurei vollendet sein und die Zivilverwaltung des Landes an China übergeben werden; ein chinesischer Vizekönig ist bereits ernannt. In welcher Weise und unter welchen etwaigen Einschränkungen dies geschehen wird, steht dahin. Inzwischen war, noch bevor diese administrative Änderung eingetreten war, die Mandschurei kommerziell weiter erschlossen worden. In dem erwähnten Vertrage mit Japan hatte China der Öffnung von 16 mandschurischen Handelsplätzen zugestimmt. In einigen Fällen hinkte diese rechtliche Anerkennung, daß Fremde sich in den genannten Städten niederlassen und Handel treiben dürften, beträchtlich hinter den Tatsachen her. Einige jener 16 Ortschaften werden wirklich erst jetzt dem Verkehr geöffnet, aber unter ihnen befindet sich auch Charbin, das sich längst zu einer großen Verkehrsstadt von europäischem Charakter ausgewachsen hat. Hier

zweigt sich die mandschurische Bahn von der sibirischen Hauptstrecke ab. Seiner Bevölkerung nach ist Charbin eine fast ausschließlich russische Stadt auf mandschurischem Boden, seine Bedeutung wächst zusehends, so daß es bereits als russisches Shanghai bezeichnet worden ist. Wie nun die Verwaltung von Charbin in die Hände der Chinesen gelegt werden soll, bleibt einigermaßen rätselhaft. Es kommt dazu, daß die Russen an diesem wichtigen Bahnzentrum von ihren vertragsmäßigen Rechten der Bahnverwaltung und des Bahnschutzes, die eine administrative Tätigkeit mit exekutiven Befugnissen begründen, einen möglichst weiten Gebrauch machen werden. Im großen und ganzen hatten die Russen in der Zeit vor dem Kriege die chinesische Verwaltung, soweit sie sie nicht störte, unangetastet gelassen, so daß eine förmliche Wiederherstellung, wie der Friedensvertrag sie fordert, nicht einmal nötig wäre. Wo aber große russische Interessen in dieser Weise konzentriert sind, wird die chinesische Verwaltung schwerlich den Einfluß gewinnen können, der ihr nach dem Wortlaut des Portsmouther Vertrages zustände.

Charbin

Es ist unmöglich, die weitere Entwicklung dieser Verhältnisse vorauszusehen; doch so viel scheint klar zu sein, daß die mandschurische Frage durch den Krieg keineswegs definitiv gelöst, sondern nur in ein neues Stadium eingetreten ist. Die politische Unklarheit der mandschurischen Verhältnisse zeigt sich besonders in der handelspolitischen Lage. Japans Sympathien in England und Amerika beruhten nicht zum wenigsten auf der Vorstellung, daß es nicht allein für japanische, sondern auch für europäische und amerikanische Interessen in den Krieg

Unklarheit der politischen Lage

zog. Aber auf die Verwirklichung dieses Grundsatzes hatte Japan warten lassen. Es hatte zwar die Tür, die Rußland zu verschließen drohte, weit aufgerissen, aber es hatte sie nicht offen stehen lassen. Der Rechtsbestand ist freilich etwas verwickelt. Die Mandschurei erhält ihre europäische und amerikanische Wareneinfuhr nicht, wie China, ausschließlich durch ihre eigenen Seehäfen, sondern das Land steht dem Außenhandel auch nach anderen Richtungen offen. Es genügt also nicht allein in den Vertragshäfen Zollämter zu errichten, sondern dasselbe müßte auch an der Landgrenze geschehen, wenn anders wirklich gleiche Handelsgelegenheit für alle Nationen geschaffen werden sollte. Neben der mandschurischen Küstenlinie kommt die Landgrenze mit Rußland in Betracht; von Wladiwostok aus können Waren über Charbin eingeführt werden. Drittens grenzt die Mandschurei an das japanische Pachtgebiet der Liautung-Halbinsel; viertens an Korea. Die Einrichtung des Zollwesens ist eine Angelegenheit Chinas. Da die Mandschurei an das japanische Liautung und das unter Japans Herrschaft stehende Korea und an russisches Gebiet grenzt, so hat China mit Japan und Rußland über die Einrichtung des Zollwesens zu verhandeln. Zugleich muß aber natürlich eine Verständigung zwischen Japan und Rußland selbst erzielt werden, und das wird weiterhin dadurch kompliziert, daß zwischen beiden Ländern Verhandlungen über einen neuen Handelsvertrag schweben. Endlich spielten die Bedürfnisse der provisorischen militärischen Okkupation hinein. Zollfragen

Den Chinesen eilte es keineswegs mit der Erledigung dieser Angelegenheit. Vielmehr bot die

chinesische Diplomatie ihren ganzen Reichtum an Verschleppungskünsten auf, in der Hoffnung, dadurch diesen oder jenen Vorteil zu erhaschen. China wünschte zunächst mit Japan ins Reine zu kommen. Japan aber wollte sich nicht binden, ehe sich Rußland nicht gebunden hätte. Über die Einrichtung der Zollgebäude, über den Ankauf des Grund und Bodens, über die Bedingungen, unter denen sich die Ausländer in den Vertragsstädten niederlassen sollten, wurde lange hin und her gestritten. Die Japaner ihrerseits sahen sich nicht veranlaßt, auf eine Beschleunigung des Verfahrens zu drängen, da sie aus dem bestehenden Zustande Nutzen zogen. Der einzige mandschurische Hafen, der für die europäische und amerikanische Einfuhr wirklich eine Bedeutung hat, ist Niutschwang. Hier besteht ein chinesisches Zollamt, das wie das ganze chinesische Zollwesen unter internationaler Kontrolle und unter der Leitung von Sir Robert Hart steht, und hier werden Einfuhrzölle erhoben. Daneben sind aber einige weniger legitime Einfuhrhäfen in Aufnahme gekommen, vor allem Dalny und Antung. Diese stehen unter der militärischen Verwaltung der Japaner. Sie blieben der europäischen und amerikanischen Einfuhr verschlossen. Aber die japanische Einfuhr wurde hineingelassen, und zwar zollfrei. Niemand konnte etwas dagegen einwenden, daß die Japaner ihre Einfuhr zollfrei in ihr Pachtgebiet von Liautung hineinließen; aber da zwischen diesem japanischen Pachtgebiet und der chinesischen Mandschurei keine Zollgrenze bestand, so trat die japanische Einfuhr auch in die Mandschurei zollfrei ein, zum offenbaren Nachteil der europäischen und amerikanischen Einfuhr, die in Niutschwang den Zoll

Japanische Handelspolitik

entrichten mußte. Ein Teil der englischen und amerikanischen Presse lehnte sich gegen diese einseitige und illegitime Bevorzugung der japanischen Einfuhr auf, die in offenem Widerspruch zu dem Grundsatz der „Offenen Tür" zu stehen schien. Die Japaner verwiesen darauf, daß auch in Wladiwostok kein chinesisches Zollamt vorhanden sei, und daß die dortige Einfuhr ebenfalls zollfrei über Charbin das Gebiet der Mandschurei erreichte. Indes ist die Einfuhr in Wladiwostok ungleich geringer, und es handelt sich auch nicht um eine Einfuhr ausschließlich russischer Erzeugnisse. Die japanische Industrie hat diese Lage benutzt, um auf dem mandschurischen Markte festeren Fuß zu fassen als bisher, was ihr dadurch erleichtert wurde, daß schon während des Krieges eine regelmäßige Dampferverbindung von Osaka nach Dalny geschaffen worden war. Die japanische Presse verfehlte nicht, die japanischen Industriellen zur Ausnutzung der günstigen Gelegenheit anzuspornen, und die Folge war, daß einmal in Shanghai, dem alten Stapelplatz für ganz Nordchina, und zweitens in Niutschwang, der japanische Wettbewerb sehr fühlbar geworden ist. Es wurde geklagt, daß in gewissen Branchen eine völlige Dislokation des früheren Handels herbeigeführt worden sei. Ziffernmäßig läßt sich diese Entwicklung nicht mit Sicherheit erfassen. Die beiden Kriegsjahre 1904 und 1905 können nicht als normal gelten, da die Kriegführung in der Mandschurei die Einfuhr unnatürlich gesteigert hatte; und erst wenn mit der Regelung des Zollwesens stetigere Verhältnisse eingetreten sind, wird man die Verschiebungen des Handels völlig übersehen können.

Die „Offene Tür"

Die beiden Nationen, deren Handel mit der Mandschurei am größten war, und die damals die Methoden des japanischen Wettbewerbs am schwersten empfinden mußten, sind England und die Vereinigten Staaten. So hatte die amerikanische Einfuhr an Baumwollwaren nach Niutschwang, wo sie einen guten Markt besaß, unter dieser japanischen Konkurrenz erheblich zu leiden. Dazu kam noch die so häufig von japanischen Industriellen skrupellos angewandte Nachahmung ausländischer Waren, bis auf die Schutzmarken. Es ist daher erklärlich genug, wenn in Amerika über die neue japanische Auffassung der „Offenen Tür" lebhaft Klage geführt und besorgt wird, daß Japan zu einer ebenso exklusiven Handelspolitik übergehen würde wie vorher Rußland. In England denkt man vorläufig noch optimistischer und hofft, daß das englische Bündnis auf die Politik Japans nicht ohne Einfluß bleiben würde. Aber wenn Japan den Grundsatz der „Offenen Tür" formell vielleicht nicht verletzt hat, so ist es doch klar, daß es seinen kommerziellen und industriellen Vorteil in der Mandschurei rücksichtslos verfolgt und weiter verfolgen wird. Die neusten Nachrichten aus der Mandschurei lauten freilich wieder mehr beruhigend; solange die Kapitalarmut Japans andauert, und solange seine Industrie das Übergangsstadium zum kapitalistischen Betriebe noch nicht überwunden hat, werden Europa und Amerika, bei einiger Anstrengung, wohl noch keinen Grund haben, vor der japanischen Konkurrenz die Flinte ins Korn zu werfen.

Wie sich die politische Frage der Mandschurei lösen wird, läßt sich nicht vorher sagen. Sie ist mit dem allgemeinen chinesischen Probleme eng

verknüpft. Der augenblickliche provisorische Zustand erweckt den Eindruck, als ob eine Aufteilung der Mandschurei in eine japanische und eine russische Interessensphäre im Gange wäre, deren Grenze durch die Teilung der mandschurischen Eisenbahn gegeben ist. Ebenso scheint dies eine wirtschaftspolitische Grenze werden zu sollen, da die Russen durch prohibitive Frachttarife die Durchfuhr aus der japanischen Mandschurei über Changchun hinaus zu verhindern streben.

---

9. Probleme des Pacific.

„Mare pacifico"

Im Jahre 1513 entdeckte Balboa, den mittelamerikanischen Isthmus überschreitend, den Stillen Ozean; er stürzte sich in die Fluten und schwang sein Schwert nach allen Himmelsrichtungen, zum Zeichen, daß er von dem Meere und allen seinen Gestaden Besitz ergriffe für Gott, die Kirche und den König von Spanien. Magelhan, der bald darauf das Kap Horn umschiffte und von dort die Philippinen erreichte, gab dem Meere den Namen, den es heute kaum mehr verdient: Mare pacifico. Spanier und Portugiesen, Holländer und Engländer haben an der Küste des Pacific und auf seinen Inseln nach Gold, Edelsteinen und Gewürzen gesucht, bis die neue Zeit dem Handel neue Schätze erschloß, die Produkte Chinas, Japans, Australiens, Chiles, die die Einfuhr von Europa bezahlten. Neue Nationen sind an den Ufern des Stillen Ozeans entstanden. Im Osten, Süden und Westen begegnen sich die ältesten und die neuesten Kulturen der Welt.

Die Völker von vier Weltteilen sind an der Zukunft dieses weiten Gebietes interessiert. Die alten Kulturmächte, Portugal und Spanien, sind aus dieser Welt, die sie einst entdeckten, verdrängt worden. Holland hat sich bisher behauptet, ohne doch in der Lage zu sein, seinen Kolonialbesitz aus eigener Kraft zu verteidigen; und englische Zeitungen erinnern von Zeit zu Zeit an den Vertrag, den Holland im Jahre 1824 mit England geschlossen hat, wonach keine dritte Macht spezielle Handelsprivilegien in Holländisch-Ostindien erwerben dürfte. Neue Mächte sind an die Stelle der alten getreten. Rußland ist freilich durch den Krieg von Port Arthur zurückgedrängt und berührt den Pacific nur noch in Wladiwostok. Deutschland hat einen Teil von Neu-Guinea, die mikronesischen Inseln und einen Teil der Samoa-Gruppe erworben. Frankreich besitzt Indo-China und einen Teil von Polynesien; Amerika die Philippinen, Guam, Hawai und einen Teil von Samoa. Der australische Staatenbund und Neuseeland sind gegen ihre Wünsche aus ihrer friedlichen Isolierung in das Getriebe der Weltpolitik hineingezogen worden.

England im Pacific

Von den Großmächten des Pacific ist England die älteste. Es ist heute so gut wie vergessen, daß sich England während des Siebenjährigen Krieges, in den Jahren 1761 und 1762 in Manila und Kuba festsetzte, daß Pitt im Jahre 1789 Spanien mit Krieg bedrohte, wenn es nicht Englands Herrschaft über Vancouver anerkennen wollte, daß in den napoleonischen Kriegen im Jahre 1806 General Beresford Buenos Aires nahm. Aber Manila und Kuba wurden in dem Frieden von 1763 aufgegeben,

E. Kanada

und Buenos Aires ging 1807 wieder verloren. Und

wenn Vancouver englisch geblieben ist, so hat weniger die englische als die kanadische Regierung Grund, sich dessen zu rühmen. Als die Vereinigten Staaten nach dem Sezessionskriege ihre frühere freundnachbarliche Haltung gegen Kanada änderten, war die Gefahr nicht gering, daß Britisch-Kolumbien zum Eintritt in die Union verlockt würde. Alaska wurde 1867 den Russen abgekauft; und Britisch-Kolumbien, im Norden und Süden von amerikanischem Besitz eingeschlossen, durch die Rocky Mountains und die damals unbewohnte Prairie von Kanada getrennt, war der britischen Reichszugehörigkeit, die ihm keinen Nutzen brachte, überdrüssig genug. Da war es die energische Politik des kanadischen Premierministers John Macdonald, die den Osten und Westen von Britisch-Nordamerika zu einem Bundesstaat zusammenfaßte und durch den Bau der kanadischen Pacific-Bahn der Dominion von Kanada eine politische und wirtschaftliche Realität gab. Diese transkanadische Bahn besitzt immer noch eine große strategische Bedeutung. Britisch-Kolumbien hat die besten Häfen an der Westküste des Pacific; sowohl der kanadische Osten als der Westen ist reich an Kohle, so daß sogar San Francisco zu einem gewissen Teil auf britische Kohle angewiesen ist. Vancouver und Esquimault im Osten, Hongkong, die Fidji-Inseln und Singapore im Westen und Süden sind die Kohlen- und Flottenstationen, die England im fernen Osten als Stützpunkte dienen; außerdem wäre Weihaiwei zu nennen, obwohl England unterlassen hat, es zu befestigen. Aber wie England seine maritimen Positionen gegenüber den Vereinigten Staaten in Westindien und in Kanada aufgegeben und die Flotten-

stationen von Halifax und Esquimault der kanadischen Regierung überlassen hat, so hat es Japan zu Gefallen seine Flotte aus den ostasiatischen Gewässern zurückgezogen und dafür in Singapore, außerhalb des japanischen Machtbereichs, den Grund zu einem Flottenstützpunkt ersten Ranges gelegt.

Wie im nördlichen Teile des Pacific die größte der autonomen britischen Kolonien, Kanada, liegt, so wird er im Süden durch das britische Australien und Neuseeland begrenzt, und über einem großen Teil der polynesischen Inseln weht der Union-Jack. Kanada ist bis zur Gegenwart weit mehr dem Atlantischen Ozean zugewandt als dem Pacific. In Ostkanada finden wir die ältere wirtschaftliche und gesellschaftliche Kultur, und der kanadische „Nordwesten", d. h. die mittleren Provinzen Manitoba, Alberta und Saskatchewan, wo in weiten Gebieten die vorgeschichtliche Zeit erst vor zehn oder fünf Jahren aufhörte, gravitiert mit seinen Interessen fast ganz ausschließlich nach Osten. Das wichtigste Produkt des jungfräulichen Prärieboden, der Weizen, geht nach England. Im Vergleich zu den Provinzen östlich von den Rocky Mountains ist das am Pacific liegende Britisch-Kolumbien noch sehr wenig entwickelt. In einer sehr verschiedenen Lage befindet sich Australien. Während Vancouver fast 4300 Seemeilen von Yokohama entfernt liegt, befindet sich Australien in nächster Nachbarschaft mit einer ganzen Anzahl anderer Mächte, und während Kanada an die Grenznachbarschaft mit den Vereinigten Staaten von Anbeginn gewöhnt war, haben sich Australien und Neuseeland mit ihrer neuen Nachbarschaft noch keineswegs ausgesöhnt. Die große Küstenausdehnung des australischen Fest-

Australien und Neuseeland

landes erschwert die maritime Verteidigung; gerade die Ost- und Südostküste, die am stärksten besiedelt sind, sind dem Pacific zugewandt, und die Hälfte der australischen Bevölkerung wohnt in den Küstenstädten. Australien und Neuseeland sind beide vollständig auf den Schutz der britischen Flotte angewiesen. Dies Bewußtsein der Abhängigkeit von dem Mutterlande bedrückt das koloniale Selbstgefühl. Nach der Meinung der Kolonien wäre es Englands Pflicht gewesen, ihnen diese Lage zu ersparen; England hätte verhindern sollen, daß andere Nationen sich in der Südsee festsetzten, hätte das ganze Gebiet auf der Landkarte britisch-rot anstreichen müssen. Und wenn England früh zu günstiger Zeit zugegriffen hätte, so wäre das leicht genug geschehen. Aber in London verhielt man sich kühl gegen diese Wünsche. Beständig drängten Australien und Neuseeland das Londoner Kolonialamt zu energischem Vorgehen, so oft die Kolonien durch das Erscheinen fremder Mächte im Pacific aus ihrer weltfernen Isolierung aufgestört wurden. Wenn Amerikaner, Franzosen oder Deutsche Miene machten, sich auf der einen oder andern Inselgruppe niederzulassen, dann wurde Downing-Street mit Petitionen und Abordnungen bestürmt, den Kolonien nicht das ihnen von Natur und Rechts wegen zukommende Patrimonium rauben zu lassen. Gelegentlich griffen auch die Gouverneure, „the men on the spot", zu und annektierten aus eigener Machtvollkommenheit; tatsächlich hat der Union-Jack vorübergehend über Hawai, Tahiti, Samoa, Neu-Kaledonien, den Neu-Hebriden und dem deutschen Anteil von Neu-Guinea geweht; allein Downing-Street weigerte sich, die Annexion zu ratifizieren. Gerade

die Südsee liefert den Beweis dafür, daß Englands Kolonialpolitik im 19. Jahrhundert keineswegs so konsequent gewesen ist, wie man auf dem Festlande so häufig annimmt. Nur mit großer Mühe wurde der Londoner Regierung die Absicht oktroyiert, einen Teil von Neu-Guinea zu okkupieren. Die Annexion der Cook-Gruppe und anderer Inseln ist nur durch die unermüdliche Agitation Seddons, des verstorbenen neuseeländischen Premierministers, erfolgt. Neuseeland selbst war beinahe nur durch einen Zufall in englischen Besitz gekommen. Die Auswandererschiffe waren gerade gelandet und hatten die britische Flagge geheißt, als französische Schiffe, die dieselbe Absicht verfolgten, am Horizont auftauchten. Schon die ersten französischen Annexionen in der Südsee — Tahiti im Jahre 1842 und Neu-Kaledonien im Jahre 1853 — wurden von den Australiern mit großem Unwillen aufgenommen. Um so mehr stieg die Erregung seit dem Beginn der neuen kolonialpolitischen Ära. Die Begründung eines französischen, deutschen und amerikanischen Kolonialbesitzes und die sechzehn fremden Kohlen- und Flottenstationen in der Südsee haben das meiste dazu beigetragen, die Hemmnisse zu überwinden, die der Zusammenschließung der australischen Kolonien zu einem Staatenbunde entgegenstanden. Erst im Jahre 1901 kam der Commonwealth zustande; und wie schon einzelne Kolonien vorher, so erklärte jetzt Gesamtaustralien als seinen Willen, daß sich fernerhin keine fremde Macht in dem Bereich der australischen Interessensphären niederlassen dürfe. Da inzwischen die ganze melanesische, mikronesische und polynesische Welt aufgeteilt worden war, so kam diese Erklärung verspätet; und die austra-

lische Monroe-Doktrin ist einstweilen mehr eine politische Merkwürdigkeit als eine ernsthafte Tatsache. Australien mit seinen vier Millionen Einwohnern ist weder wirtschaftlich noch vor allem politisch und militärisch eine Macht, die den übrigen Nationen, die im Pacific interessiert sind, Schrecken einflößen könnte. Und wenn das neue Bundesministerium Deakin eine verständigere Einwanderungspolitik zu verfolgen und der Eifersucht der australischen Trades-Unions zum Trotz die Einwanderung zu fördern beabsichtigt, so wird es doch eine lange Zeit brauchen, bis Australiens Wille schwer in die politische Wagschale fällt. In Downing-Street selbst war man bisher nicht gewillt, sich den Velleitäten der selbstbewußten Kolonien zu fügen und der englischen Politik gegenüber andern Großmächten Fesseln aufzuerlegen. Um den australischen Imperialismus einstweilen zu befriedigen, hat man den britischen Teil von Neu-Guinea unter die Verwaltung des Commonwealth gestellt; und wie die amerikanische Demokratie auf den Philippinen, so steht die australische Demokratie in Neu-Guinea vor dem schwierigen Problem, eine Kolonialpolitik zu führen, die gegenüber den Eingeborenen notwendig aller demokratischen Ideale und Methoden entraten müßte.

Australien und Japan

In eine besonders unangenehme Lage ist Australien durch das Bündnis mit Japan versetzt worden. Der Grundsatz „Australien für die Australier" deckt sich im großen ganzen mit dem Gedanken eines „weißen" Australien. Die Australier wünschen die fremden Rassen aus ihrem Lande ebenso auszuschließen, wie die nordamerikanischen Weststaaten. In beiden Ländern verbindet sich das Rassengefühl

mit dem Gedanken, daß die weiße Arbeit gegen den Wettbewerb der billigen farbigen Arbeit geschützt werden müsse. Chinesen, Indier, Malaien, Kanaken würden den australischen Arbeiter unterbieten, sollen also von dem Lande ferngehalten werden. Die Kanaken, ohne deren Hilfe der Zuckeranbau in dem tropischen Klima von Queensland gefährdet ist, sollen in kurzer Zeit das Land verlassen. Die im Lande befindlichen Chinesen und Japaner werden zwar zurzeit noch geduldet, aber neuer Zuzug wird verhindert. Desgleichen die Einwanderung indischer Kulis. Dies ist ein wunder Punkt in der imperialistischen Politik Englands. Australien ist der indischen Auswanderung verschlossen; in Südafrika, wo das indische Element eine wachsende Bedeutung erhält, trägt man sich ebenfalls mit Ausschließungsgedanken. Aber Indien ist ein höchst wichtiger Teil des britischen Reiches, und bei dem steigenden Selbstbewußtsein der indischen Bevölkerung, das auch wieder aus dem Siege einer asiatischen Rasse über Rußland Nahrung zieht, muß man ihren Wünschen mehr Rechnung tragen als früher. Auf der jetzigen britischen Kolonialkonferenz, wo zum ersten Male auch Indien vertreten ist, müssen diese Dinge zur Sprache kommen. Die Londoner Regierung hatte freilich durchgesetzt, daß Australien die indische Einwanderung nicht als solche selbst verbieten durfte. Es wird daher von den Einwanderern der Nachweis einer gewissen Bildung verlangt; sie müssen ein Diktat in einer europäischen Sprache nachschreiben können. Auf diese Weise sind aber nicht nur die indischen Kulis, sondern auch Europäer zurückgewiesen worden; man erzählt, daß in einem Falle die Einwanderungs-

kandidaten, als alles andere nichts half, einem Diktat nach dem Neugriechischen unterzogen wurden. Die Rassenantipathie der Australier gilt natürlich auch den Japanern. Während des Krieges wünschten die Australier den russischen Waffen den Sieg. Nach den japanischen Erfolgen und dem erneuten Bündnis mit England wird die Einwanderungspolitik Australiens einer Revision bedürfen. Von der Kolonie des verbündeten England darf Japan ein größeres Entgegenkommen verlangen, als von den Vereinigten Staaten.

England in der Südsee

Der englische Besitz in der Südsee hat sich erst in den letzten Jahrzehnten unter dem Einfluß des internationalen Wettbewerbs ausgedehnt. Im Jahre 1874 wurden die Fidji-Inseln annektiert, 1880 Rotuma, 1886 Santa Cruz, 1888 die Cooks-Inseln, 1892 die Gilbert-, Ellis- und Phönix-Gruppen; 1886 und 1899 wurden mit Deutschland das Abkommen über die Salomon-Inseln und 1900 das über Samoa und die Tonga-Gruppe geschlossen. Fidji war die erste englische Kolonie im Pacific; sie wurde auf das Drängen Neuseelands dem amerikanischen Einfluß entrissen; Australien übernahm die Schuld von 9000 Pfund Sterling, die der bedeutendste Häuptling bei Amerikanern gemacht hatte. Nachdem die Fidji-Inseln annektiert waren, wurde im Jahre 1877 deren Gouverneur, als dem High Commissioner of Western Pacific, die Wahrung der britischen Interessen in diesem ganzen Gebiete anvertraut; ihm unterstehen auch die Salomon-, Gilbert-, Tonga-, Phönix- und Tokelau-Gruppen. Dagegen sind die Cooks-Inseln der Verwaltung Neuseelands unterstellt worden, um dem provinziellen Imperialismus dieser Kolonie eine Abschlagszahlung zu geben.

Denn die Neuseeländer, weit entfernt davon, ihr Schicksal mit dem australischen Commonwelth verbinden zu wollen — selbst der Plan eines australisch-neuseeländischen Zollbündnisses ist vorläufig gescheitert — haben ihre eigenen ehrgeizigen Gedanken, die über die Machtmittel ihrer Bevölkerung von 900000 Menschen weit hinausschießen. Die einen träumen von einem Größeren Australien, die andern von einem Größeren Neuseeland; aber die Voraussetzung dazu wäre, daß die englische Weltpolitik in Ostasien und im Pacific nicht von London, sondern von Sydney und von Wellington aus gelenkt würde.

Die Neuen Hebriden

Das Wirkungsgebiet des High Commissioner im westlichen Pacific ist im Westen und Osten von französischem Besitz eingeschlossen. Neu-Kaledonien und die Neuen Hebriden durchbrechen den geschlossenen Ring britischen Besitzes von Australien bis zu den Cooks-Inseln. Die Erwerbung Neu-Kaledoniens durch Frankreich steht augenscheinlich in ursächlichem Zusammenhange mit der Eröffnung der Eisenbahn über den Panama-Isthmus (1855). Die Neuen Hebriden sollten nach dem englisch-französischen Abkommen von 1878 neutral bleiben, aber 1886 wurden französische Truppen gelandet, und seit jener Zeit herrschte eine lange Fehde zwischen der englischen und der französischen Regierung, die erst in dem Abkommen vom 8. April 1904 ihr Ende fand. Dieses Abkommen nahm eine spezielle Regelung der Neuen Hebriden-Frage in Aussicht, und Ende 1906 ist sie in der Weise zustande gekommen, daß das tatsächlich bestehende Kondominat förmlich anerkannt wurde. Die endgültige Lösung der Besitzfrage ist damit nur hinaus-

geschoben. Wenn das Kondominat im Laufe der Zeit zu ähnlichen Reibungen führen sollte, wie das einstige amerikanisch-deutsch-englische Kondominat über Samoa, so ist eine Teilung zu erwarten. Australien und Neuseeland, die sich wegen des letzten Abkommens höchst ungebärdig zeigten, würden mit bitterer Kränkung eine Vermehrung des französischen Besitzes in der Südsee sehen; denn die Franzosen zeigen sich den Engländern auf den Neuen Hebriden in wirtschaftlicher Beziehung bei weitem überlegen, und die südlichen Inseln, die an Neu-Kaledonien grenzen, und wo sich der beste Hafen, Havannah-Harbour, befindet, würde ganz natürlich den Franzosen zufallen.

Die gesamte Bewertung des Kolonialbesitzes in dem südlichen Pacific ist gewaltig gestiegen, seitdem die Vollendung des Panama-Kanals in sicherer Aussicht steht. Die Fidji-Inseln und ihre Nachbargruppen, die Neuen Hebriden, Samoa usw., liegen auf der Route von Sydney nach San Francisco, Vancouver und den südamerikanischen Häfen, und werden, wenn der Panama-Kanal eröffnet ist, auf der Route nach dem Mississippi-Gebiet und dem Atlantic liegen. Sowohl die kommerzielle als die strategische Bedeutung der polynesischen Inseln muß dadurch steigen, und gerade von diesem Gesichtspunkte aus konnten die australischen und neuseeländischen Imperialisten das Hebriden-Abkommen nicht verzeihen.

Der nördliche Pacific

Wenden wir uns nun dem nördlichen Teil des Pacific zu, so springt die Verschiedenheit des geographischen und politischen Bildes in die Augen. Die Südsee mit ihrem Inselreichtum spiegelt die europäische Situation wider, und zwar nach Maß-

gabe der Stärke der europäischen Seemächte. Den Löwenanteil besitzt England; daneben sind Frankreich, Deutschland und Amerika vertreten, und auch das alte koloniale Erbteil der Holländer besteht noch. Dagegen ist der nördliche Teil des Pacific eine weite, inselarme Meeresfläche. Die Nationen, die hier den Vorrang haben, fußen nicht allein auf kolonialem Besitz, der von ihrer heimischen Basis Tausende von Meilen entfernt liegt, sondern ihr eigenes Territorium wird von dem Pacific bespült. Sieht man von dem überall gegenwärtigen England ab, so ist der Norden des Pacific japanisch und amerikanisch. Die Vereinigten Staaten sind die ostpacifische Macht schlechthin, denn Kanada gravitiert, wie gesagt, nach dem Atlantic, und Mexiko und Südamerika kommen für einen eigenen aktiven Handel noch kaum in Betracht.

Amerika und der Pacific

Was für Europa der ferne Osten ist, ist für Amerika im Grunde der ferne Westen; wenn die Amerikaner gleichwohl dem europäischen Sprachgebrauch gefolgt sind, so läßt sich das mit wirtschaftlichen Tatsachen begründen. Die Vereinigten Staaten gravitieren, wie Kanada, stärker nach dem Atlantic als nach dem Pacific. Die amerikanische Ausfuhr, die nach Ostasien geht, stammt dem größten Teil nach aus den Oststaaten und erreicht zu einem sehr beträchtlichen Prozentsatz ihr Ziel nicht auf dem Wege quer durch den Pacific, sondern über den Atlantic und durch den Suez-Kanal. Das hängt mit der geringen Entwicklung der amerikanischen Ozeanschiffahrt zusammen. Wenig mehr als 8% des gesamten amerikanischen Außenhandels segelt unter amerikanischer Flagge. Besonders der ostasiatische Handel Amerikas geht größtenteils als

englisches Frachtgut, so daß für den amerikanischen Exporteur, dem Handelswege nach, Ostasien in genauem Wortsinn der ferne Osten war, ebenso wie für Europa.

Panama-Kanal

Diese Dinge werden sich ändern, sobald der Panama-Kanal gebaut ist. Wenngleich voraussichtlich für Europa und für einen großen Teil von Nordamerika der Atlantic das wichtigere und verkehrsreichere Handelsmeer bleiben wird, so muß sich doch die Lage im Pacific selbst durch den Kanalbau völlig ändern. Das gilt vor allem in strategischer Beziehung. Die wichtigsten Kriegshäfen und Werften der Vereinigten Staaten befinden sich an der atlantischen Küste. Die pacifische Küste ist, mit Ausnahme Kanadas, arm an guten Häfen; im Atlantic befindet sich der größte Teil der amerikanischen Kriegsflotte. Die Entfernung von dieser Basis nach Hawai, den Philippinen und dem ostasiatischen Kontinent wird durch den Kanal bedeutend verringert werden. Die Entfernung zwischen der Basis und dem Endziel verringert sich hier in ähnlicher Weise, wie die Entfernung von der militärischen Basis Rußlands durch den Bau der sibirischen Eisenbahn; und in der Tat betrachten die Japaner den Bau des Panama-Kanals mit ähnlichen Blicken, wie vordem den Bau der sibirischen Bahn. Freilich ist die strategische Lage Japans bei weitem die günstigere. Eine Inselmacht wie England, geographisch und damit strategisch konzentriert, während die langen Küstenlinien der Vereinigten Staaten einem Angriff von der See weit leichter offen stehen, hat Japan die beste Aussicht, die maritime Vorherrschaft im Westen des Pacific zu gewinnen. Durch den Besitz von For-

Strategische Stellung Japans

mosa beherrscht es die Route, die vom Suezkanal nach Ostasien führt; denn das offene Meer östlich von Formosa ist durch die Monsune wie durch Taifune gefährlich; und wenn Formosa keine guten Häfen besitzt, so bieten die Pescadores-Inseln vollen Ersatz dafür. Durch den Besitz von Korea und den Süden von Sachalin beherrschte Japan die Straßen, die hier nach China führen; durch den Besitz von Liautung beherrscht es den Golf von Petschili, so daß das ganze chinesische Meer so gut wie ein japanischer Binnensee ist.

Hawai

Nun hat sich Amerika freilich weit über das Meer vorgeschoben. Mit Hawai beherrscht es die einzige Inselgruppe inmitten des weiten Ozeans, und durch die Philippinen und die Insel Guam ist es der unmittelbare Nachbar Japans geworden. Sowohl Hawai wie die Philippinen bedeuten für Amerika Probleme, deren Lösung keine leichte Aufgabe sein wird. Als die Amerikaner 1898 Hawai annektierten, protestierte Japan, freilich ohne Erfolg. Seitdem Hawai in amerikanischem Besitz ist, hat sich die japanische Bevölkerung daselbst mächtig vermehrt. Die Eingeborenen sterben aus; in fünfzig Jahren hat sich die eingeborene Bevölkerung um 40 000 vermindert. Dagegen sind von 1900—1905 nahezu 40 000 Japaner eingewandert; die gesamte japanische Bevölkerung beziffert sich auf 65 000, unter einer Gesamtbevölkerung von etwa 170 000. Dem Namen nach wird Hawai nach demselben demokratischen Prinzip regiert, wie andere amerikanische Territorien auch; tatsächlich aber hatten im Jahre 1902 nur 12 550, meist Amerikaner und Eingeborene, das politische Stimmrecht. Es besteht also ein oligarchisches System. Aber die japani-

schen Ansiedler bleiben auf der Insel wohnen und vermehren sich stärker als die Weißen. Im Jahre 1905 waren bereits ein Viertel sämtlicher Schulkinder Asiaten. Die in Hawai geborenen Japaner können amerikanische Bürger werden und damit das Wahlrecht erwerben; am Horizont zeigt sich also die Möglichkeit, daß die Japaner späterhin einen wesentlichen, vielleicht den entscheidenden Einfluß auf die Regierung des Territoriums gewinnen könnten; eine Situation, die bei der strategischen Bedeutung Hawais weittragende Folgen haben könnte.

Philippinen

Noch größere Schwierigkeiten bieten bereits in der Gegenwart die Philippinen. Die Amerikaner haben sich bisher nicht mit dem Gedanken vertraut machen können, ihre Kolonien so zu regieren, wie England Ägypten oder Indien regiert. Sie halten grundsätzlich an dem demokratischen Regierungssystem fest. Nun sind die Filipinos für eine demokratische Regierung etwa ebenso reif, wie die schwarzen Republikaner von San Domingo oder die venezolanischen Volksgenossen des trefflichen Präsidenten Castro. Die inneren Probleme der Philippinen haben den Amerikanern schon Sorge genug gemacht. Es sind wiederholt Stimmen laut geworden, daß es das beste für die Vereinigten Staaten wäre, diese Frucht des spanischen Krieges wieder fahren zu lassen. Indes sind die Philippinen ein so wertvoller Stützpunkt für alle Unternehmungen in Ostasien, daß wenn die Amerikaner darauf verzichteten, sie ipso facto die Stellung Japans ganz ungemein verstärkten. Die Frage des nationalen Prestige kommt hinzu; vor dem ostasiatischen Kriege wäre es für Amerika leichter gewesen, die Philippinen aufzugeben als nachher; und vollends

der kalifornische Schulstreit dürfte die Bereitwilligkeit, sie Japan zu überlassen, schwerlich vergrößert haben. Zu dem innern Problem kommen also äußere. Und es ist ja diese Projektion amerikanischer und europäischer Interessen auf den Pacific und nach Ostasien, die den Schwerpunkt der Weltpolitik hierher verlegt hat. Japan gegenüber befindet sich Amerika mit dem Besitz der Philippinen fast in einer ebenso ungünstigen Lage, wie Frankreich mit Indochina und Deutschland mit Kiautschou, weil die strategische Entfernung von der natürlichen Basis so groß ist. Die Vollendung des Panama-Kanals wird diese Entfernung wesentlich verkürzen; aber gleichwohl ist, zumal im Westen des Pacific, die maritime Stärke Japans zurzeit größer als die von Amerika.

Den Einfluß des Panama-Kanals auf die wirtschaftliche Entwicklung im Pacific zu berechnen, ist kaum möglich. Der Kanal wird das Industriegebiet von Neu-England und das Mississippigebiet sowohl der Westküste von Südamerika wie der ostasiatischen bedeutend näher bringen, und er wird die kommerzielle Rivalität zwischen Amerika und Japan fraglos steigern. Es handelt sich ja immer in allererster Linie um den chinesischen Markt, an dem die amerikanische Metall-, Textil- und Petroleumindustrien sehr bedeutende Interessen besitzen. Und die allgemeine Anschauung kommt in einem amerikanischen Konsularbericht treffend zum Ausdruck, wonach die Interessen in Ostasien „eine neue Epoche in unserm nationalen Leben bedeuten".

Japan als Mittelpunkt der pacifischen Schiffahrt

Die Entwicklung deutet aber darauf hin, daß Japan mehr und mehr zum Mittelpunkt des pacifischen Verkehrs wird. Dies ist auch das aus-

gesprochene Ziel der Japaner selbst: „Der Handel des Orients übt eine große Anziehungskraft auf die Handelsflotten der Welt aus, und unser Land muß für die ganze Welt das Zentrum des gesamten Orienthandels werden.“ Japan ist bereits jetzt der End- und Durchgangspunkt für eine ganze Reihe der großen Dampferlinien. Englische, deutsche, österreichische, französische Dampferlinien kommen durch den Suezkanal nach Japan; die englisch-kanadische Linie berührt Japan auf dem Wege nach Hongkong und Manila; desgleichen eine amerikanische Linie; eine Linie verbindet Japan mit Australien, eine andere wird es in kurzem mit Südamerika verbinden. Nun geht, wie schon ausgeführt, das Streben der Japaner dahin, die Schiffahrt mit Korea, der Mandschurei und Nordchina, mit Wladiwostok und Shanghai zu monopolisieren. Ein vollständiges System von Schiffahrtslinien besteht teils schon, teils wird es geplant, das den Verkehr zwischen den japanischen Inseln, mit China, Indo-China und den Philippinen an sich reißen soll. An dieses Schiffahrtssystem schließen sich die Bahnlinien in Korea und der Mandschurei; in wenigen Jahren wird Peking erreicht sein; in absehbarer Zeit hofft Japan ein Verkehrsnetz zu besitzen, das seinem Handel das Übergewicht verleihen und Japan den so hart entbehrten Kapitalreichtum schaffen soll. Das Ziel ist, die Konkurrenz der fremden Schiffe niederzukämpfen und das Monopol des Zwischenhandels zwischen Europa, Amerika und dem fernen Osten für Japan zu erwerben. Wie Hongkong der Stapelplatz für Südchina ist, so soll Japan das Distributionszentrum für Nordchina werden. Die Stellung Shanghais wird also in erster Linie bedroht.

Nun ist es für die japanische Wirtschaftspolitik im Pacific und auf dem Kontinent charakteristisch, daß hinter allen privaten Unternehmungen in der einen oder andern Weise Staat und Regierung stehen. Die Wirtschaftspolitik der Japaner ist dem Individualismus der Engländer gerade entgegengesetzt; sie ist ein ausgesprochen kollektivistischer Charakter mit bureaukratischem Einschlag. Eine großartige nationale Organisation ist und wird noch geschaffen, deren einzelne Glieder überall miteinander in Verbindung stehen; und das ist der Grund, weshalb Amerika wie Europa den japanischen Wettbewerb ganz besonders zu fürchten hat.

---

10. Japan und seine Nachbarn.

Das siegreiche Japan von 1895 war eine ostasiatische Lokalmacht, das siegreiche Japan von 1905 ist ein Weltstaat geworden. Der russische Krieg zog Japan in das Konzert der Großmächte hinein und stellte es zwischen die anderen Weltstaaten. Unmittelbar nach der ersten großen Schlacht des Krieges hob eine deutsche Zeitung die Bedeutung des Ereignisses hervor, daß Rußland in dieselbe Lage gekommen wäre, die Deutschland seit Jahrzehnten ertragen muß, daß auch Rußland von nun ab im Osten wie im Westen an eine Militärmacht grenzt, daß es zwei Landgrenzen zu verteidigen hätte und möglicherweise mit einem Bündnis seiner beiden Nachbarn rechnen müßte. In eine ähnliche Lage ist aber auch Japan gekommen. Es war ein eigener Zufall, daß Ende

vorigen Jahres der kalifornische Schulstreit zeitlich zusammenfiel mit den Meinungsverschiedenheiten, die zwischen Rußland und Japan über die Auslegung des Friedensvertrages von Portsmouth herrschten. Zu gleicher Zeit wurde von San Francisco gemeldet, in Kalifornien herrschte die Überzeugung, daß es binnen fünf Jahren Krieg zwischen Japan und Amerika gäbe, und aus Petersburg, daß in fünf oder zehn Jahren ein zweiter ostasiatischer Krieg in Aussicht stände. Jene Friktionen verloren zwar bald ihren akuten Charakter, aber in den Stimmungen, die jenen Meldungen zugrunde lagen, spiegelten sich die großen Ergebnisse der letzten Jahre wider. Von Petersburg an der Ostsee bis nach Washington am Atlantic wurde der Druck empfunden, den der neue Weltstaat durch seine bloße Existenz ausübte. Rußland wie die Vereinigten Staaten hatten eine neue militärische und maritime Großmacht zum Grenznachbarn erhalten. Selbst wenn Amerika zu seiner früheren Isolierung von den politischen Händeln der Welt zurückkehren und sich auf den amerikanischen Kontinent beschränken wollte, selbst wenn es das wollte, so könnte es das heute nicht mehr. Im Pacific ist Ost und West in dem weltpolitischen Ring zusammengeschlossen. Es war höchst suggestiv, daß jene beiden Nachrichten von einem künftigen japanisch-russischen und einem japanisch-amerikanischen Kriege zeitlich zusammenfielen. Wenn jene Nachrichten sich bewahrheiteten, so erschien eine russisch-amerikanische Kombination beinahe als die logische Folge der Lage; und obwohl sie sich tatsächlich nicht bewahrheiteten, so offenbarten sie doch die politische Tatsache, daß Japan ebenso wie Rußland und

Deutschland als Konsequenz seiner Weltmachtstellung in Kauf nehmen muß, unter Umständen zum Kampfe gegen zwei Fronten gerüstet zu sein.

Japan und Rußland

Das Verhältnis zwischen Japan und Rußland, wie es sich aus dem Frieden von Portsmouth entwickelt hat, haben wir bereits skizziert. In der Mandschurei stehen beide Mächte einander in ähnlicher Stellung gegenüber wie zu Ende des Krieges; die Eisenbahngrenze bei Chungchun bildet eine Militärgrenze und, nach der Tarifpolitik der russischen Bahnverwaltung zu schließen, vorläufig wenigstens auch eine handelspolitische Grenze. Rußland steht nach dem Verluste Port Arthurs Japan fast ausschließlich als Landmacht gegenüber; denn Wladiwostok bleibt ein defensiver Posten, der nicht nur durch die neuen Befestigungen, sondern auch durch das Eis geschützt wird. Nach den maritimen Erfahrungen des letzten Krieges bedeutet das für Rußland eher eine Verstärkung seiner Stellung. Der Friede von Portsmouth hatte so wenig eine definitive Regelung des russisch-japanischen Konfliktes gebracht, daß selbst über den Inhalt des Friedensinstruments alsbald Meinungsverschiedenheiten entstanden. Diese Meinungsverschiedenheiten wurden von der Presse freilich allzu pessimistisch angesehen; sogar der Krieg wurde an die Wand gemalt, der doch mindestens für die Dauer des japanisch-englischen Bündnisses als nahezu ausgeschlossen gelten darf. Über die Fischereigerechtigkeiten und die anderen Fragen, die aus der verschiedenen Auslegung des Friedensinstruments entsprangen, sowie über die russisch-japanischen Handelsbeziehungen, die einer neuen Regelung bedurften, wird zweifellos eine Verständigung erzielt

werden, die mindestens bis zum Jahre 1915 — dem Endpunkt des Bündnisses mit England — vorhalten wird; und die allgemeine Lage enthält so viele unberechenbare Faktoren, daß man die Entwicklung dieser acht Jahre nicht voraussehen kann, geschweige was danach kommen wird. So viel aber ist klar, daß Rußlands Stellung in Ostasien durch den Krieg nicht wesentlich geschwächt ist; und so viel ist wahrscheinlich, daß in den kommenden Jahren die russische Macht in Ostasien sich in eben der Weise wirtschaftlich konsolidieren wird, wie es die Politik Graf Wittes vor der Zeit der Alexejewschen Statthalterschaft anstrebte. Weiterhin ist von der größten Bedeutung, wie viel von den noch ausstehenden russischen Eisenbahnprojekten in der Mongolei und Turkestan bis zum Jahre 1915 verwirklicht werden wird.

Japan und Amerika

Die Beziehungen zwischen Japan und den Vereinigten Staaten sind durch den kalifornischen Schulstreit nicht lange getrübt geblieben. Aber dieser Konflikt gab der öffentlichen Meinung in den Vereinigten Staaten den Anlaß, ihre Ansichten über die Beziehungen zwischen Amerika und Japan einer Revision zu unterziehen. Die ersten Anzeichen dieser neuen Orientierung ließen sich bereits während der Friedensverhandlungen in Portsmouth bemerken. Die russischen Unterhändler fanden bei den Amerikanern mehr Sympathie als die japanischen. Diesmal waren es die Russen, die auf dem Instrument der amerikanischen Presse besser zu spielen verstanden als die Japaner. Während diese strengstes Stillschweigen und äußerste Reserve bewahrten, zeigten sich die russischen Vertreter äußerst zugänglich und freigebig mit Nachrichten, Erklä-

rungen, Suggestionen für die amerikanische Presse. Jetzt zum ersten Male lernten die Amerikaner die ostasiatischen Dinge von einem anderen Standpunkt aus betrachten als von dem japanisch-englischen, und durch die Neuheit wirkte das geradezu sensationell. Jetzt zum erstenmal kam den Amerikanern der Gedanke, ob die japanischen Erfolge, vom amerikanischen Standpunkt aus betrachtet, nicht doch zu groß geworden wären, ob nicht die Amerikaner selbst „auf das falsche Pferd gewettet" hätten. Von dem großen Publikum wurde das freilich mehr instinktiv empfunden; durch den kalifornischen Schulstreit aber entwickelten sich diese instinktiven Gefühle zum politischen Argument. Man faßte sogar die Möglichkeit eines Krieges mit Japan ins Auge; und zugleich sagte man sich, daß wenn es Krieg mit Japan gäbe, auch England durch den Vertrag gebunden wäre, gegen Amerika zu kämpfen. Die Entente der beiden angelsächsischen Nationen, Lord Salisburys Werk, bot selbstverständlich eine ziemlich sichere Garantie, daß es zu keinem Kriege zwischen Amerika und Japan kommen würde. Aber die amerikanisch-englischen und die amerikanisch-japanischen Beziehungen verloren ihre frühere Kongruenz. Der Gedanke, daß England die Rolle des Schiedsrichters zwischen Amerika und Japan zufiele, konnte einer empfindlichen Nation wie den Amerikanern nicht behagen. Auch das Thema der Abhängigkeit der amerikanischen Presse von der englischen wurde in den Vereinigten Staaten erörtert. Die englische Presse fand, daß in den Beziehungen zwischen England und Amerika eine gewisse Abkühlung eingetreten sei. Dies war Grund genug für die englische Politik, eine neue Annäherung an

Amerika und England

die Vereinigten Staaten zu suchen. Einen brauchbaren Anlaß gab der Umstand, daß noch eine ganze Reihe von strittigen Fragen zwischen beiden Ländern aussteht, deren eine in den letzten Jahren zu einer Friktion zwischen der britischen Kolonie Neufundland und den Vereinigten Staaten geführt hatte. Die englische Regierung ist kürzlich mit der amerikanischen übereingekommen, die Ausgleichsverhandlungen, die im Jahre 1899, wie früher erwähnt, vertagt worden waren, von neuem aufzunehmen; und die Amerikaner dürfen vielleicht wieder auf ein paar einträgliche Nachgiebigkeiten Englands rechnen, die letzten Endes Kanada und Neufundland zu bezahlen haben würden.

China

Nun hat aber Japan sowohl wie Rußland noch einen anderen Nachbarn, den eigentlichen Träger des ostasiatischen Problems: China. Wenn Japan in den politischen und wirtschaftlichen Berechnungen eine unbekannte Größe ist, so ist China eine Sphinx. Der Gedanke, daß sich hier ein Land, das für unermeßlich reich gilt, und ein Markt von 430 Millionen Menschen dem Welthandel erschlösse, packte die Phantasie Europas und Amerikas in ähnlicher Weise wie vordem die wirtschaftlichen Aussichten in Indien. Und ein ähnliches Problem schien hier zu entstehen wie einst in Indien. Solange die Herrschaft des indischen Großmoguls fest konsolidiert war, hatte die englisch-ostindische Kompagnie eine ausschließliche Handelspolitik getrieben. „Krieg und Handel vertragen sich nicht; Portugal hat nichts mehr in Indien verdient, seitdem es sich zu verteidigen hatte", schrieben die Londoner Direktoren an ihren Generalgouverneur in Kalkutta. Als aber die Macht des Großmoguls in

Verfall geriet, und als zugleich Frankreich als Rivale auftrat, änderte die ostindische Kompagnie ihre Politik und begründete eine eigene militärisch-politische Herrschaft. Der japanisch-chinesische Krieg hinterließ den Eindruck, daß die Mandschudynastie nur auf tönernen Füßen stände, und aus dem wirtschaftlichen Problem in China entsprang das politische, ob das Reich der Mitte zusammenhalten würde oder nicht. Die 430 Millionen Menschen, die China bewohnen, bieten zwar kein derartiges Durcheinander von Nationen, Sprachen und Religionen dar wie Indien, aber sie sind auch keine Nation in dem Sinne wie es die europäischen Nationen sind. Betrachtet man die Grundlagen des chinesischen Reiches, so folgt sowohl aus der Verschiedenheit der Bevölkerung als aus der politischen Dezentralisation, der weitgehenden Autonomie der Provinzen, daß die Voraussetzungen für eine alternative Entwicklung gegeben sind. Diese Grundlagen ermöglichen ebensowohl eine politische Zersplitterung des chinesischen Reichs in mehrere Staaten als die Aufrechterhaltung seiner politischen Einheit. Im Interesse Europas und Amerikas, im Interesse des Friedens wie der wirtschaftlichen Entwicklung ist es aufs höchste zu wünschen, daß die politische Einheit des chinesischen Reiches erhalten bleibt. Ein politisches Auseinanderbrechen müßte zu Krisen führen, die für Europa und Amerika weitgreifende Folgen haben könnten. Die Kaiserin von China, die die Einheit des Staats vor allem repräsentiert, ist über 70 Jahre alt; der Kaiser ist ein körperlich und geistig schwacher Mensch, ohne Nachkommen und ohne Aussicht, Nachkommen zu haben; ein Thronwechsel muß in absehbarer Zeit

Politische Probleme Chinas

eintreten. Es steht zu erwarten, daß die Kaiserin mit Umgehung des jetzigen Kaisers einen Nachfolger einsetzen wird, und von dessen Persönlichkeit wird die politische Zukunft Chinas zum großen Teil abhängen.

Heeresreform

China bedarf zu seiner staatlichen Konsolidierung derselben Mittel wie die Türkei: Truppen und Eisenbahnen. Seit 1902 hat die chinesische Heeresorganisation unter dem Generalgouverneur von Petschili, Yuanshikai, bedeutende Fortschritte gemacht. Die europäischen Militärattachés haben die großen Fortschritte anerkannt, die die vorjährigen Manöver gezeigt haben; namentlich wurde die neue chinesische Artillerie gerühmt. Gegenwärtig verfügt China über 10 Divisionen zu 12500 Mann, die europäisch ausgebildet sind; die Armee vermehrt sich jährlich um 20—25000 Mann; und wenn dies Tempo anhält, so wird China im Jahre 1915, wenn das englisch-japanische Bündnis abläuft, eine Armee von einer halben Million im Felde haben, die Reserven ungerechnet. Der größte Teil der Truppen steht im Norden von China, was durchaus im Sinne der Konsolidierung der zentralen Macht ist. Unwillkürlich denkt man an die militärischen Erfolge Japans. Aber es ist eine offene Frage, ob China auf militärischem Gebiete die Japaner einholen wird. In Japan hatte das Feudalsystem den kriegerischen Geist des Volks nie einschlummern lassen. Diese sehr wichtige Voraussetzung fehlt bei den Chinesen, und erst die Erfahrung kann lehren, ob die Chinesen die moralischen Qualitäten des Soldaten besitzen.

Eisenbahnen

Zurzeit sind nur fünf von den achtzehn Provinzen Chinas mit der Hauptstadt durch Eisenbahnen so verbunden, daß sie von Peking aus militä-

risch beherrscht werden. Allein der Bahnbau macht Fortschritte und in etwa fünf Jahren werden nicht mehr fünf, sondern elf Provinzen die erforderliche Bahnverbindung mit Peking haben. Nach Ablauf des englisch-japanischen Bündnisses wird also China vielleicht eine militärische Macht bedeuten, mit der man zu rechnen hat. Auch zur maritimen Verteidigung Chinas werden Vorbereitungen getroffen. Ein Engländer, Kapitän Tyler, ist zum Marinesekretär ernannt worden; und es heißt, daß im Jahre 1908 ein umfassendes Schiffsbauprogramm zu erwarten steht. Auch in mancher anderen Hinsicht legt China Tendenzen zu größerer Selbständigkeit an den Tag. Es heißt, daß Sir Robert Hart binnen kurzem seinen Posten als Generaldirektor des chinesischen Zollwesens aufgeben werde, und daß China versuche, sein Zollwesen zu nationalisieren. Hierbei würde es sich freilich nicht nur um verwickelte administrative, sondern auch um Probleme des internationalen Vertragsrechts handeln, woran vornehmlich England interessiert ist; die Entwicklung läßt sich nicht vorhersagen.

China und Japan

Zu seinen politischen Lehrmeistern hat sich China die Japaner erwählt. Der japanische Einfluß in China ist seit seinen beiden Kriegen außerordentlich gewachsen. Freilich beschränkt sich der japanische wie der europäische Einfluß ganz wesentlich auf Peking und auf die Vertragshäfen; es ist nur ein ganz geringer Prozentsatz des chinesischen Volks, das gegenwärtig dem fremden Einfluß unterliegt. Die Vertragshäfen sind die Orte, wo die Europäisierung der chinesischen Methoden in der Wirtschaft, im Schulwesen, in den allgemeinen Anschauungen sich Bahn bricht und von wo aus sie

sich nur sehr allmählich ins Innere fortsetzt. So großen Einfluß die Japaner an der Küste direkt, und indirekt durch die Ausbildung chinesischer Studenten und Schüler in Japan ausüben, so trägt doch die neue Bewegung in China einen durchaus nationalen Charakter. Zwar haben die Siege Japans über Rußland das asiatische Selbstgefühl nicht nur in China, sondern auch in Indien, Afghanistan, Persien und selbst in der Türkei gehoben. Man hat von einem Panasiatismus, von einer Koalition des Islams mit dem Buddhismus und ähnlichen Phantasmen sprechen hören; aber man muß daran festhalten, daß Asien keine nationale, rassenmäßige oder religiöse Solidarität besitzt. Es wäre wohl denkbar, daß Japan und China sich politisch und militärisch zu einem bestimmten Zwecke verbänden. Aber das wäre ein Bündnis wie ein anderes auch; die nationalen Unterschiede und Gegensätze der beiden Völker würden damit nicht aus der Welt geschafft. Das Emporsteigen Japans trägt vielmehr dazu bei, diese nationalen Unterschiede und Gegensätze stärker hervortreten zu lassen; es befördert das nationale Erwachen Chinas. Zurzeit sind die Japaner den Chinesen als politische, militärische, wirtschaftliche Lehrmeister hochwillkommen. Unter Umständen aber betrachten die Chinesen die Japaner auch jetzt schon ebenso als „fremde Teufel", wie Europäer und Amerikaner. Wie die panslawistische Politik Rußlands keine Dankbarkeit von den befreiten Völkern geerntet hat, so wird China, wenn es sich politisch konsolidiert hat und sich zum nationalen Selbstbewußtsein völlig durchgerungen hat, Japan gegenüber eine ebenso egoistische Interessenpolitik führen, wie Japan selbst

gegenüber seinen europäischen und amerikanischen Lehrmeistern.

Die gegenwärtige Lage wird beherrscht durch das englisch-japanische Bündnis, das bis zum Jahre 1915 dauert. In dieser Frist wird der Panamakanal gebaut sein, wird ein Thronwechsel in China stattgefunden haben, werden die japanischen Rüstungen vollendet, die chinesischen fortgeschritten sein, wird Rußland sich von seinen inneren Wirren erholt und voraussichtlich sein asiatisches Eisenbahnsystem weiter ausgebaut haben. Die Beziehungen zwischen England und Rußland werden nach der einen oder der anderen Richtung eine Änderung erfahren haben. Das chinesische Problem wird in ein neues Stadium eingetreten sein. Endlich wird es sich zeigen, welche Entwicklung die Beziehungen zwischen England und Japan zu nehmen bestimmt sind.

England und Japan

England hat durch das Zurückziehen seiner Flotte aus dem japanischen Machtbereich bekundet, daß seine ostasiatische und pacifische Politik wesentlich wirtschaftlicher Natur ist. Mit dem politischen status quo, der durch das Bündnis erreicht ist, ist England zufrieden und verfolgt in Asien seine wirtschaftlichen Interessen. Die politische Führerrolle in Ostasien hat England Japan überlassen. Man hat England als den „stillen Teilhaber" in dem englisch-japanischen Kompagniegeschäft genannt. Trotz der Konkurrenz der anderen europäischen Nationen und Amerikas hat England in dem letzten Jahrzehnt ein glänzendes Geschäft im fernen Osten gemacht. Heute aber fürchten die Amerikaner weniger den englischen als den japanischen Wettbewerb; von Amerikanern wie

von Engländern hört man die Äußerung, daß Englands wirtschaftliche Stellung in Ostasien den Zenit überschritten habe. Über die Wirtschaftspolitik Japans in Korea und der Mandschurei, die der englischen Auffassung der „Offenen Tür" offenbar nicht konform ist, sind, wie wir aus dem neusten Buche von Putnam Weale erfahren, bereits jetzt zahlreiche Noten zwischen London und Tokio ausgetauscht worden; in England selbst mehren sich die Stimmen, die sich von dem Bündnis mit Japan wenig Gutes für die wirtschaftlichen Aussichten Englands versprechen. Ob das japanisch-englische Bündnis im Jahre 1915 noch einmal erneuert werden wird, läßt sich heute weder bejahend noch verneinend beantworten; aber mancherlei Anzeichen sprechen dafür, daß die Begeisterung für das Bündnis in England im Abnehmen begriffen ist. Die weltpolitische Konstellation hat durch das japanisch-englische Bündnis für eine geraume Zeit einen festen Aggregatzustand erhalten; aber es kann nicht ausbleiben, daß es wieder flüssig werden und die allgemeine Lage eine neue Form annehmen lassen wird. Wie endlich all diese Dinge auf die europäische Politik zurückwirken werden, entzieht sich jeder Mutmaßung.

Bewaffneter Friede

Eine sichere Tatsache ist nur, daß Japan seine Rüstungen zu Lande und zur See fortsetzt. Wenn das Bündnis mit England abläuft, wird Japan als Landmacht nur noch hinter Deutschland, Rußland und Frankreich zurückstehen. Seine maritime Stellung zu bestimmen, ist schwerer. Namentlich läßt sich die Entwicklung der amerikanischen Flotte während dieses Zeitraums nicht genau überblicken. Ende 1904 sprach der amerikanische Marinesekre-

tär, Mr. Morton, das bedeutsame Wort aus: „Die amerikanische Flotte darf keiner Flotte in der Welt nachstehen", ein Wort, das in England verhältnismäßig wenig Beachtung gefunden hat. Da nun auch China sein Heerwesen reorganisert, so hat es, alles in allem genommen, den Anschein, daß der bewaffnete Friede Europas ein bewaffneter Friede der Welt werden wird.

Verlag von Karl Curtius, Berlin W.

Die Heldentaten des Dom Christoph da Gama in Abessinien

Nach dem portugiesischen Berichte
des MIGUEL DE CASTANHOSO
übersetzt und herausgegeben
von

Enno Littmann
ord. Professor an der Universität Straßburg

Der Expedition der Portugiesen unter Christoph da Gama, einem Sohne des großen Seefahrers Vasco da Gama, nach Abessinien gebührt in der Geschichte ihres Landes ein hoher Ehrenplatz. Das Ergebnis der Expedition in den Jahren 1541—43 ist nicht als große Eroberung anzusehen, es wurde weder eine Kolonie gegründet, noch wurden Schätze gesammelt, sondern ein christliches Reich, das sich Jahrhunderte hindurch in schwerem Kampfe gegen Heidentum und Islam behauptet hatte, wurde vom Untergange gerettet. Fast übermenschliche Anstrengungen hatten jene vierhundert Helden zusammen mit ihrem tapferen Führer, der ihnen in allem voranging, zu erdulden; trotz des ungewohnten Landes, der großen Hitze, trotz Wassermangels und schlechter Ernährung, großer, mühevoller Märsche und durchwachter Nächte kämpften sie mit unerschütterlichem Mute. „Sie waren", wie der abessinische Chronist sagt, „starke und mutige Männer, die nach Kampf dürsteten wie die Wölfe und nach Schlachten hungerten wie die Löwen"; und ihr Anführer war „ein starker Held, dessen Herz wie von Eisen und Stahl war". Jener Kampf von Europäern in Nordost-Afrika um die Mitte des 16. Jahrhunderts erinnert uns unwillkürlich an die Kämpfe, die im 19. und zu Anfang des 20. Jahrhunderts von Europäern in Afrika geführt sind, zumal auch an die unserer deutschen Landsleute im Südwesten des schwarzen Erdteils, wo teilweise ganz ähnliche Bedingungen vorliegen wie in Abessinien.

M. 3.20

Verlag von Karl Curtius, Berlin W.

OUTLINES
OF
INDIAN PHILOSOPHY

ON THE PHILOSOPHY OF THE VEDÂNTA
IN ITS RELATIONS
TO THE OCCIDENTAL METAPHYSICS

BY
DR. PAUL DEUSSEN
PROFESSOR AT THE UNIVERSITY OF KIEL

In Ganzleinen gebunden M. 2.—

Professor Dr. Heinrich Hitzigrath
Direktor der Realschule in Hamm-Hamburg

Die politischen Beziehungen
zwischen
Hamburg und England
zur Zeit Jakobs I., Karls I. und der Republik 1611—1660

Das Heft bildet den Anfang einer größeren Arbeit über Hamburg und England. Es zeigt die Wiederaufnahme der Compagnie der Merchant adventurers und das politische Verhältnis zwischen dem mächtigen Seestaat und der kleinen Handelsrepublik unter dem Einfluß der englischen Kaufmannsgilde.

Preis M. 1.—

Druck von Oscar Brandstetter in Leipzig.

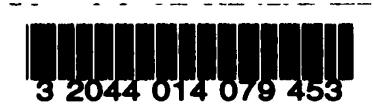
This book should be returned to the Library on or before the last date stamped below.

A fine of five cents a day is incurred by retaining it beyond the specified time.

Please return promptly.

APR 6 - '55 H

NOV 3 '62 H


3 2044 014 079 453